



XV. Legislaturperiode

XV legislatura

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 7

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE
N. 7

vom 13.02.2014

del 13/02/2014

Präsident
Vizepräsident

Dr. Thomas Widmann
Dr. Roberto Bizzo

Presidente
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 7

vom 13.02.2014

Inhaltsverzeichnis

Begehrensantrag Nr. 5/14 vom 13.2.2014, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Leitner, Artioli, Steger, Knoll, Pöder, Tommasini und Urzi, betreffend die Parteienfinanzierung Seite 1

Beschlussantrag Nr. 1/13 vom 22.11.2013, eingebracht vom Abgeordneten Pöder, betreffend die Befreiung der Einkommen bis 35.000 Euro vom Irpef-Zuschlag des Landes und

Beschlussantrag Nr. 13/13 vom 10.12.2013, eingebracht von den Abgeordneten Leitner, Blaas, Mair, Oberhofer, Siegmund Stocker und Tinkhauser, betreffend die Abschaffung bzw. Reduzierung der regionalen Zusatzsteuer IRPEF Seite 5

Beschlussantrag Nr. 25/13 vom 12.12.2013, eingebracht von den Abgeordneten Foppa, Dello Sbarba und Heiss, betreffend gemeinsame Schule Seite 20

Beschlussantrag Nr. 27/13 vom 18.12.2013, eingebracht von den Abgeordneten Zimmerhofer, Klotz und Knoll, betreffend die Aufnahme von Spitzensportlern in den Landesdienst Seite 33

Beschlussantrag Nr. 30/14 vom 8.1.2014, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss, betreffend die Müllverbrennungsanlage: Mülleinfuhrverbot Seite 45

RESOCONTO INTEGRALE DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO PROVINCIALE

N. 7

del 13/02/2014

Indice

Voto n. 5/14 del 13.2.2014, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Leitner, Artioli, Steger, Knoll, Pöder, Tommasini e Urzi, riguardante il finanziamento ai partiti pag. 1

Mozione n. 1/13 del 22.11.2013, presentata dal consigliere Pöder, riguardante l'esenzione dal pagamento dell'addizionale provinciale IRPEF per i redditi fino a 35.000 euro e

mozione n. 13/13 del 12.12.2013, presentata dai consiglieri Leitner, Blaas, Mair, Oberhofer, Siegmund Stocker e Tinkhauser, riguardante l'abolizione o riduzione dell'addizionale regionale IRPEF pag. 5

Mozione n. 25/13 del 12.12.2013, presentata dai consiglieri Foppa, Dello Sbarba e Heiss, riguardante scuole comuni pag. 20

Mozione n. 27/13 del 18.12.2013, presentata dai consiglieri Zimmerhofer, Klotz e Knoll, riguardante l'assunzioni dei campioni sportivi nell'amministrazione provinciale pag. 33

Mozione n. 30/14 dell'8.1.2014, presentata dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss, concernente l'inceneritore: divieto d'importazione di rifiuti pag. 45



Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Dr. Thomas Widmann

Ore 10.06 Uhr

Namensaufruf - appello nominale

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet. Laut Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung wird das Protokoll der jeweils letzten Landtagssitzung allen Abgeordneten in Papierform zur Verfügung gestellt.

Zum Protokoll können bis Sitzungsende beim Präsidium schriftlich Einwände vorgebracht werden. Sofern keine Einwände nach der genannten Modalitäten erhoben werden, gilt das Protokoll ohne Abstimmung als genehmigt.

Kopien des Protokolls stehen bei den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen, die mit der Abfassung des Protokolls betraut sind (hinterste Bankreihe), zur Verfügung.

Für die heute Sitzung sind der Vizepräsident Roberto Bizzo und der Abgeordnete Bernhard Zimmerhofer entschuldigt.

Da ein Begehrensantrag eingebracht wurde, der gestern einstimmig im Fraktionssprecherkollegium beschlossen worden ist, die Unterschrift aber erst jetzt formell getätigt wurde, wird die Sitzung für fünf Minuten unterbrochen, um dieses Dokument kopieren und verteilen zu lassen. Wir können den Begehrensantrag erst behandeln, wenn er bei jedem und jeder Abgeordneten formell aufliegt. Laut Geschäftsordnung kann er nur dann effektiv behandelt werden. Die Sitzung wird deshalb bis 10.15 Uhr unterbrochen.

ORE 10.09 UHR

ORE 10.16 UHR

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist wieder aufgenommen. Der Begehrensantrag Nr. 5/14 betreffend die Parteienfinanzierung ist nun verteilt worden. Bei der gestrigen Sitzung des Fraktionssprecherkollegiums ist einstimmig beschlossen worden, diesen Begehrensantrag auf die Tagesordnung zu setzen und dann dessen Behandlung vorzuziehen. Damit wir dies tun können, braucht es für die Genehmigung des entsprechenden Antrages in diesem Saal bei der Abstimmung eine Zweidrittelmehrheit.

Ich möchte den Antrag auf Einsetzung der Tagesordnung nun zur Abstimmung bringen. Da es sich um die erste Abstimmung in dieser Sitzung handelt, bitte ich Sie zu kontrollieren, ob Ihre Kärtchen richtig eingefügt sind.

Ich eröffne die Abstimmung: mit 28 Ja-Stimmen genehmigt.

Kollege Theiner hatte bei der Abstimmung ein technisches Problem. Wie wollen wir vorgehen? Ich würde sagen, dass wir den zuständigen Techniker bitten, vor der Sitzung jedes Mal eine Testabstimmung durchzuführen, damit wir wissen, dass nach Einfügung des Kärtchens eine Abstimmung auch richtig funktioniert.

In diesem Falle, wenn Sie einverstanden sind, erachten wir das Abstimmungsergebnis für gültig, da die Zweidrittelmehrheit gegeben ist und auch die Willensbekundung bereits im Vorfeld angekündigt worden ist. Formell halten wir aber protokollarisch fest, dass Kollege Theiner abstimmen wollte, es aber technisch nicht möglich war.

Für das Vorziehen dieses Begehrensantrages brauchen wir keine Abstimmung zu vollziehen, da dies gestern vom Fraktionssprecherkollegium einstimmig beschlossen worden ist. Somit können wir diesen Antrag zur Behandlung bringen.

Neuer Punkt 71 der Tagesordnung: **"Begehrensantrag Nr. 5/14 vom 13.2.2014, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Leitner, Artioli, Steger, Knoll, Pöder, Tommasini und Urzi, betreffend die Parteienfinanzierung."**

Nuovo punto 71) all'ordine del giorno: **"Voto n. 5/14 del 13.2.2014, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Leitner, Artioli, Steger, Knoll, Pöder, Tommasini e Urzi, riguardante il finanziamento ai partiti."**

Das Parlament behandelt dieser Tage die Umwandlung in Gesetz des Gesetzesdekrets Nr. 149 vom 28. Dezember 2013 über die "Abschaffung der direkten öffentlichen Finanzierung – Bestimmungen für Transparenz und innerparteiliche Demokratie sowie Regelung der freiwilligen und der indirekten Zuwendungen an Parteien". Die Bestimmungen dieses Dekrets könnten schwerwiegende Folgen für die parteipolitische Landschaft Südtirols haben.

Historisch gesehen wirkte sich die zahlenmäßig starke und tief verwurzelte deutsche Minderheit Südtirols auch auf die Südtiroler Parteienlandschaft aus, die sich größtenteils aus Landesparteien zusammensetzt.

Von den derzeitig neun im Landtag vertretenen Parteien sind nur zwei ausdrückliche Ableger staatlicher Parteien oder Bewegungen, während alle anderen (die insgesamt 32 von 35 Abgeordneten stellen) zu politischen Formationen oder Bewegungen gehören, die nur in Südtirol oder höchstens noch in der Region Trentino-Südtirol vertreten sind.

Diese besondere Situation wird unserer Ansicht nach vom Gesetzesdekret Nr. 149/2013 nicht hinreichend berücksichtigt und könnte verheerende Folgen für die von uns vertretenen Parteien haben, die auch noch 2013 ein starkes Wahlmandat erhielten.

Problematisch ist vorwiegend Artikel 10 des Dekrets, wonach die Zuwendungen an eine Partei 300.000 Euro oder 5 % der Einnahmen laut Einnahmen- und Ausgabenrechnung der Partei, so wie sie aus der Rechnungslegung des vorletzten Jahres vor der Auszahlung hervorgeht, nicht übersteigen darf.

Vor allem die Obergrenze von 5 % ist für die Landes- und Regionalparteien fatal, da diese nicht über Budgets in Millionenhöhe verfügen und über die Mitgliedsbeiträge finanzieren. Die höchsten Zuwendungen stellen dabei die freiwilligen Mandatsbeiträge dar.

Die Anwendung dieser Bestimmung in Südtirol bedeutet ein unüberwindbares Hindernis für freiwillige Beiträge an politische Parteien und den Todesstoß für die Landesparteien, von denen einige seit Jahrzehnten mit beachtlichen Wahlerfolgen aktiv sind.

Eine Begrenzung der Beiträge auf 5 % der Einnahmen laut Einnahmen- und Ausgabenrechnung der Parteien entspricht einer Verringerung der Zuwendungen von Privatpersonen um ein Zehnfaches oder mehr. Dementsprechend werden die Einnahmen im Jahr darauf noch weiter sinken und damit auch die Obergrenze der Spenden: In einigen Jahren werden viele Parteien nicht mehr überlebensfähig sein. Da sich diese Bestimmung prozentual nach den Parteifinzen richtet, werden zunächst finanzschwächere Parteien in Mitleidenschaft gezogen, dann aber auch finanzstärkere Parteien, aber immer nur auf Landes- und Regionalebene.

Dies scheint umso schwerwiegender, als das Recht (und die finanzielle Möglichkeit!) sich politisch zu organisieren und in den Institutionen vertreten zu sein ein Grundrecht ist, vor allem in einer Provinz, in der eine zahlenmäßig starke Sprachminderheit lebt, und die Sicherstellung des friedlichen Zusammenlebens zwischen den verschiedenen Sprachgruppen vordringlich ist. Die Tatsache, dass sich in Südtirol immer mehr lokale Bewegungen und Parteien behauptet haben, bildet heute die Grundlage des Minderheitenschutzes und ist eine Garantie für das Zusammenleben. Es wäre gravierend, wenn diese parteipolitische Konstellation aufgrund einer Bestimmung, die hauptsächlich für rein staatliche Belange konzipiert wurde, binnen weniger Jahre hinweggefegt würde.

Ein weiteres Thema betrifft die Sicherstellung des Rechts und der Pflicht einer höchst transparenten Zertifizierung des Jahresabschlusses durch von der Börsenaufsicht befugte Rechnungsprüfer und somit der Eintragung in das Parteienverzeichnis. Im Vergleich zu den staatlichen Parteien müssen regionale Parteien nämlich einen Großteil ihrer finanziellen Mittel für die Honorare der Rechnungsprüfer opfern. Es würde genügen, den Kreis der befugten Rechnungsprüfer auch auf einfache Wirtschaftsprüfer auszudehnen oder mit einer größeren Anzahl von regionalen Rechnungsprüfern Vereinbarungen abzuschließen und ihre Honorare mit staatlichen oder noch besser regionalen Geldern zu begleichen. Dies entspräche der rechtlichen Vorschrift, die den Grundsatz verfolgt, den Parteien verstärkt Dienstleistungen und Einrichtungen und weniger finanzielle Mittel zu Verfügung zu stellen.

Die beste Lösung bestünde also darin, nur für Landes- und Regionalparteien die prozentual zu den Einnahmen laut Einnahmen- und Ausgabenrechnung der Parteien errechnete Obergrenze (von derzeit 5 %) für Parteienzuwendungen abzuschaffen. Eine in absoluten Zahlen ausgedrückte Obergrenze (von 300.000 Euro, die ggf. herabgesetzt werden kann) garantiert bereits den vom Dekret verfolgten demokratischen Grundsatz und würde die kleinen Regionalparteien, die Teil der Ge-

schichte unserer Autonomie sind, nicht zum Tode verurteilen. Diese Textpassage wurde mittlerweile im Ausschuss des Senats abgeändert und enthält nun lediglich eine Obergrenze von 100.000 Euro für Parteienzuwendungen und keine prozentualen Angaben mehr. Wir stimmen dieser Lösung zu und ersuchen die beiden Parlamentskammern, diese zu bestätigen.

Schließlich ist es im Sinne der Chancengleichheit bei der Ausübung des Rechts auf politische Organisation angebracht, den Kreis der Anspruchsberechtigten der Spenden im Ausmaß von 2 % der Einkommenssteuer auf die auf Landes- und Regionalebene tätigen Parteien auszudehnen.

Aus den oben genannten Gründen,

fordert
der Südtiroler Landtag
die italienische Regierung und
das italienische Parlament auf,

1. die Abschaffung der prozentual zu den Einkünften laut Jahresabschluss der besagten Parteien errechneten Obergrenze für Zuwendungen zu bestätigen;
2. den Kreis der Anspruchsberechtigten der Spenden im Ausmaß von 2 % der Einkommenssteuer auf die auf Landes- und Regionalebene tätigen Parteien auszudehnen;
3. für Regionalparteien kostengünstigere Formen der Rechnungsprüfung zuzulassen.

Il Parlamento sta trattando in questi giorni la conversione in legge del decreto legge 28 dicembre 2013, n. 149, recante "Abolizione del finanziamento pubblico diretto, disposizioni per la trasparenza e la democraticità dei partiti e disciplina della contribuzione volontaria e della contribuzione indiretta in loro favore". Le disposizioni contenute in tale decreto potrebbero avere assai gravi conseguenze nel panorama politico-partitico della Provincia autonoma di Bolzano.

La presenza di una minoranza linguistica forte e radicata sul territorio ha avuto storicamente effetti anche sul panorama dei partiti che si sono costituiti nella nostra Provincia e che sono in gran parte partiti territoriali.

Infatti degli attuali 9 gruppi politici presenti in Consiglio provinciale, solo due fanno esplicito riferimento a partiti o movimenti nazionali, mentre tutti gli altri (che rappresentano 32 consiglieri e consigliere su un totale di 35) appartengono a formazioni o movimenti presenti sul solo territorio della nostra Provincia o al massimo della Regione Trentino-Alto Adige/Südtirol.

Non ci pare che questa particolare situazione sia adeguatamente contemplata nel decreto-legge n. 149/2013 e ciò potrebbe avere effetti distruttivi sui partiti che noi rappresentiamo e che hanno ricevuto ancora nel 2013 un forte mandato elettorale.

I problemi sorgono soprattutto a causa dell'articolo 10 del Decreto, dove si stabilisce che in favore di un singolo partito politico non possano essere versati contributi superiori a 300.000 euro o al 5% dell'importo dei proventi iscritti nel conto economico del partito stesso, quale risultante dal rendiconto di esercizio riferito al penultimo anno antecedente quello dell'erogazione.

Soprattutto il limite del 5% ha effetti distruttivi sui partiti locali in quanto questi non vantano bilanci milionari, si mantengono con le offerte degli aderenti e il contributo più alto proviene dai versamenti volontari delle persone elette nelle diverse istituzioni.

Se applicata nel nostro contesto, la norma si traduce in un enorme ostacolo alla contribuzione volontaria a un partito politico e rischia di condannare i partiti locali, alcuni dei quali attivi da diversi decenni con notevoli successi elettorali, all'estinzione.

Limitare l'offerta al 5% dei proventi iscritti nel conto economico dei partiti, equivale a ridurre di dieci volte, e oltre, la possibilità di contribuzione dei soggetti privati. Ne consegue inoltre che l'anno successivo i proventi si ridurranno ancora di più, e con essi il limite alle offerte: in pochi anni molti partiti saranno costretti a chiudere i battenti. Una norma simile, inoltre, applicandosi proporzionalmente alle cifre dei bilanci, colpirà innanzitutto i partiti con bilanci più ridotti, poi fatalmente anche quelli con bilanci più ampi, ma sempre di proporzionati a una pura dimensione provinciale/regionale.

Tutto ciò appare particolarmente grave, poiché il diritto (e la possibilità materiale!) di organizzarsi politicamente e di darsi rappresentanza nelle istituzioni è un diritto fondamentale, soprattutto in una Provincia che vede la presenza di una forte minoranza linguistica e in cui è centrale l'esigenza di garantire la pacifica convivenza tra diversi gruppi linguistici. Che in provincia di Bolzano si siano affermati sempre di più movimenti e partiti territoriali costituisce oggi la base sia della difesa della mino-

ranza, sia della garanzia della convivenza, e sarebbe gravissimo che – a causa di una norma che appare pensata soprattutto in un'ottica puramente nazionale – tale articolazione politico-partitica venisse spazzata via nel giro di pochi anni.

Un altro tema riguarda la tutela del diritto e del dovere di certificare nella forma di massima trasparenza il bilancio – attraverso i revisori Consob autorizzati – e garantire quindi l'iscrizione al registro dei partiti. Le tariffe nazionali dei revisori dei conti però sottraggono una parte importante di risorse se rapportate a un partito su scala ridotta regionale. Basterebbe ampliare la revisione ad un semplice commercialista, oppure convenzionare un maggior numero di revisori in regione, finanziando l'opera degli stessi attraverso dei fondi statali o ancor meglio regionali. Ciò sarebbe in linea con il disposto della legge che prevede il principio di offrire più servizi e strutture e meno denaro ai partiti.

La soluzione migliore consiste pertanto nell'eliminare, solo per quanto riguarda i partiti o i movimenti operanti su scala provinciale-regionale, il limite alle offerte calcolato su base percentuale (ora il 5%) dei proventi iscritti nel conto economico di detti partiti. Il limite espresso in cifre assolute (300.000 euro, eventualmente riducibile) garantisce già quel principio democratico che il Decreto vuole assicurare, e non condannerebbe a morte i partiti che operano sulla piccola scala regionale e hanno fatto la storia della nostra Autonomia. Già in Commissione al Senato questo passaggio è stato sostituito, prevedendo solo un tetto massimo per le offerte di 100.000 euro e nessun riferimento a percentuali. Condividiamo questa soluzione e chiediamo ai due rami del Parlamento di confermarla.

È infine opportuno, nel senso delle pari opportunità nel diritto di organizzazione politica, estendere anche ai partiti operanti in una dimensione provinciale-regionale la possibilità di accedere alle offerte derivanti dalla destinazione del 2 per mille.

Per tutti questi motivi,

*il Consiglio della Provincia
autonoma di Bolzano
sollecita*

il Governo e il Parlamento affinché

1. venga confermata l'eliminazione della condizione del limite alle offerte calcolato in percentuale sui proventi iscritti a bilancio di detti partiti;
2. estendere anche ai partiti operanti sulla dimensione provinciale-regionale la possibilità di accedere alle offerte derivanti dalla destinazione del 2 per mille;
3. introdurre per partiti operanti nella dimensione regionale soluzioni meno onerose per la revisione dei bilanci.

Gibt es Wortmeldungen? Herr Abgeordneter Knoll, Sie haben das Wort.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Zum Fortgang der Arbeiten. Ich habe vorher mit dem Verfasser des Textes Riccardo Dello Sbarba gesprochen. Uns ist noch ein Fehler aufgefallen, und zwar in den Prämissen. Im zweiten Absatz steht: *"Historisch gesehen wirkte sich die zahlenmäßig starke und tief verwurzelte deutsche Minderheit ..."* Vor allem im italienischen Text stimmt das so nicht. Es wirkt so bzw. schaut so aus, als ob die deutsche Sprachgruppe in Südtirol die Minderheit darstellen würde. Der Vorschlag, der auch mit dem Einbringer bzw. dem Verfasser abgesprochen ist, wäre, einfach das Wort "Minderheit" mit dem Wort "Sprachgruppe" zu ersetzen. Damit würden wir dieses Problem umgehen.

PRÄSIDENT: Es handelt sich also um eine sprachliche Korrektur, die wir so annehmen können. Herr Abgeordneter Dello Sbarba zum Fortgang der Arbeiten, bitte.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Grazie, presidente. Anche nel testo italiano dove c'è scritto: 'una minoranza linguistica forte e radicata' va eliminata la parola "sul territorio".

PRÄSIDENT: Auch diese sprachliche Korrektur wird angenommen. Wir korrigieren das in der Reinschrift. Wir stimmen nun über den Begehrensantrag Nr. 5/14 ab.

Ich eröffne die Abstimmung: mit 27 Ja-Stimmen und einer Stimmenthaltung genehmigt.

Wir kommen nun zur Behandlung der Beschlusanträge zurück. Gemäß Artikel 117 der Geschäftsordnung ist es möglich, ähnlich lautende und inhaltlich verwandte Beschlusanträge zu bündeln, wobei die Einbringer jeweils zehn Minuten Redezeit zur Verfügung haben. Danach kann jeder/jede Abgeordnete drei Minuten Stellung nehmen. Ein Regierungsmitglied kann dann zehn Minuten lang Stellung nehmen. Die beiden Einbringer können danach jeweils für fünf Minuten replizieren. Das heißt, dass sich die Redezeit für die Einbringung und die Replik verdoppeln, die Antwort des Regierungsmitgliedes hingegen bei diesen zehn Minuten bleibt.

Punkt 9 der Tagesordnung: **"Beschlusantrag Nr. 1/13 vom 22.11.2013, eingebracht vom Abgeordneten Pöder, betreffend die Befreiung der Einkommen bis 35.000 Euro vom Irpef-Zuschlag des Landes" und "Beschlusantrag Nr. 13/13 vom 10.12.2013, eingebracht von den Abgeordneten Leitner, Blaas, Mair, Oberhofer, Siegmund Stocker und Tinkhauser, betreffend die Abschaffung bzw. Reduzierung der regionalen Zusatzsteuer IRPEF".**

Punto 9) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 1/13 del 22.11.2013, presentata dal consigliere Pöder, riguardante l'esenzione dal pagamento dell'addizionale provinciale IRPEF per i redditi fino a 35.000 euro" e "mozione n. 13/13 del 12.12.2013, presentata dai consiglieri Leitner, Blaas, Mair, Oberhofer, Sigmar Stocker e Tinkhauser, riguardante l'abolizione o riduzione dell'addizionale regionale IRPEF".**

BESCHLUSSANTRAG Nr. 1/13

Befreiung der Einkommen bis 35.000 Euro vom Irpef-Zuschlag des Landes

Mit Artikel 50 des gesetzesvertretenden Dekretes vom 15. Dezember 1997, Nr. 446, in geltender Fassung, wurde der Regionalzuschlag auf die Einkommensteuer der natürlichen Personen eingeführt. In Südtirol handelt es sich aufgrund der Autonomiebestimmungen um einen Landeszuschlag, den so genannten Irpef-Zuschlag. Die Steuersätze für den Irpef-Zuschlag können innerhalb eines Rahmens festgesetzt werden, Befreiungen sind bis zu einem bestimmten Rahmen möglich.

247.000 Steuerzahler haben weniger als 33.000 Euro Brutto-Einkommen, 205.000 weniger als 26.000 Euro Brutto-Einkommen im Jahr. 8.600 Südtirolerinnen und Südtiroler geben mehr als 75.000 Euro Einkommen an, immerhin 2.000 verdienen mehr als 150.000 Euro und 200 mehr als zweieinhalb Millionen Euro.

Dieser vom unterfertigten Landtagsabgeordneten vorgelegte Beschlusantrag soll die Landesregierung nun zur Umsetzung einer bereits im Zuge der Debatte zum Landeshaushalt 2011 vorgebrachten Forderung verpflichten:

- Alle steuerpflichtigen Einkommen bis 35.000 Euro werden vom Irpef-Zuschlag befreit;*
- für die Einkommen zwischen 35.001 und 70.000 Euro bleibt der Steuersatz gleich wie bislang;*
- die Einkommen über 70.000 Euro wird der Steuersatz erhöht.*

Ausgehend von der derzeit geltenden Steuersituation würde die Befreiung der Einkommen bis 35.000 Euro weitere Mindereinnahmen von rund 19 Millionen Euro mit sich bringen und über 260.000 Personen betreffen.

Die Erhöhung des Steuersatzes ab Einkommen über 70.000 Euro auf 1,4 Prozent würde Mehreinnahmen von rund 6,5 Millionen Euro mit sich bringen und über 10.000 Steuerzahler betreffen.

Die zusätzlichen Mindereinnahmen würden – ohne Berücksichtigung des endgültigen Steueraufkommens – durch die Maßnahmen dieses Beschlusses rund 12,5 Millionen Euro betragen.

Durch ein erhöhtes Konsumverhalten der Bürger sind jedoch in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung letztlich höhere Einnahmen für den Landeshaushalt zu erwarten, womit die durch die Irpef-Zuschlag-Befreiung entgangenen Einnahmen ausgeglichen werden.

Dies vorausgeschickt,

*beschließt
der Südtiroler Landtag:*

- 1. Die Landesregierung wird verpflichtet, alle nötigen Schritte zu setzen, um die Steuerzahler mit Einkommen bis 35.000 Euro vom Irpef-Zuschlag ab der kommenden Steuerperiode zu befreien.*
- 2. Die Landesregierung wird verpflichtet, die nötigen Schritte zu setzen, um für die Einkommen über 70.000 Euro einen höheren Steuersatz als bislang vorzusehen, ab der kommenden Steuerperiode.*

MOZIONE N. 1/13

Esenzione dal pagamento dell'addizionale provinciale IRPEF per i redditi fino a 35.000 euro
 Con l'articolo 50 del decreto legislativo 15 dicembre 1997, n. 446, e successive modifiche, è stata istituita l'addizionale regionale all'imposta sul reddito delle persone fisiche. In base alle norme dello Statuto di autonomia in Alto Adige si tratta di un'addizionale provinciale, la cosiddetta addizionale IRPEF. L'aliquota dell'addizionale IRPEF ha un margine di variabilità e sono possibili esenzioni fino a una determinata misura.

247.000 contribuenti hanno un reddito lordo inferiore a 33.000 euro e 205.000 contribuenti un reddito lordo inferiore a 26.000 euro all'anno. 8.600 altoatesini e altoatesine dichiarano un reddito superiore ai 75.000 euro, 2.000 guadagnano più di 150.000 euro e 200 più di due milioni e mezzo di euro.

Con la presente mozione il sottoscritto consigliere provinciale intende impegnare la Giunta provinciale a dare attuazione a una richiesta già presentata nell'ambito del dibattito sul bilancio provinciale 2011:

- *tutti i redditi imponibili fino a 35.000 euro sono esentati dall'addizionale IRPEF;*
- *per i redditi compresi tra 35.001 e 70.000 euro l'aliquota resta invariata;*
- *per i redditi superiori a 70.000 euro l'aliquota è aumentata.*

Sulla base dell'attuale situazione fiscale l'esenzione per i redditi fino a 35.000 euro comporterebbe ulteriori minori entrate per circa 19 milioni di euro e riguarderebbe più di 260.000 persone.

L'aumento dell'aliquota all'1,4% per i redditi superiori a 70.000 euro comporterebbe maggiori entrate per circa 6,5 milioni di euro e riguarderebbe più di 10.000 contribuenti.

Le ulteriori minori entrate conseguenti alle misure della presente mozione ammonterebbero – senza considerare il gettito fiscale definitivo – a 12,5 milioni di euro circa.

Con l'aumento dei consumi, nel conto economico complessivo si dovrebbero però avere maggiori entrate nel bilancio provinciale che andrebbero a compensare le minori entrate dovute all'esenzione dal pagamento dell'addizionale IRPEF.

Ciò premesso,

*il Consiglio della Provincia
 autonoma di Bolzano
 delibera quanto segue:*

- 1. Si impegna la Giunta provinciale a provvedere a quanto necessario ai fini di esentare, a partire dal prossimo anno fiscale, i contribuenti con un reddito fino a 35.000 euro dal pagamento dell'addizionale IRPEF.*
- 2. Si impegna la Giunta provinciale a provvedere a quanto necessario per aumentare, a partire dal prossimo anno fiscale, l'aliquota dell'addizionale IRPEF per i redditi superiori a 70.000 euro.*

BESCHLUSSANTRAG Nr. 13/13

Abschaffung bzw. Reduzierung der regionalen Zusatzsteuer IRPEF

Die arbeitende Bevölkerung und die Rentner haben es immer schwerer, einen angemessenen Lebensstil zu führen. Die letzten Zahlen über die Armut belegen, dass in Südtirol viele Menschen mit einer Mindestrente von weniger als 500 Euro auskommen müssen, was weit unter dem Lebensminimum liegt.

Die Preise des so genannten Warenkorb sind im Vergleich zum vorigen Jahr wiederum gestiegen, während die Löhne stagnieren und territoriale Zusatzverträge weiterhin nicht erkennbar sind. Besonders ins Gewicht fallen die ständig steigenden Treibstoff- und Energiekosten, was für Familien und Rentner zunehmend zu akuten Problemen führt. Die Sparpakete der italienischen Regierung treffen Klein- und Niedrigverdiener ebenso wie den Mittelstand und haben zu einem weiteren Kaufkraftverlust geführt.

Die Politik hat die Aufgabe, nach Wegen zu suchen, die Bürger vom hohen Steuerdruck zu befreien. Bekanntlich ist der regionale Zuschlag auf die IRPEF die einzige Einkommenssteuer, bei der das Land einen Gestaltungsspielraum hat. Eine gänzliche Abschaffung des IRPEF-Zuschlags würde eine Mindereinnahme im Landeshaushalt von rund 60 Mio. Euro bedeuten, eine Summe die allein dadurch eingespart werden kann, wenn man auf den Technologiepark verzichtet. Dazu muss festgehalten werden, dass den Bürgern dieses Geld in der Tasche bliebe, würde das Land auf 0,9 % (inzwischen vom Staat mit 1,23 % festgelegt) der Bruttoentlohnung der Lohnabhängigen verzichten. Es

darf nicht vergessen werden, dass eine Entlastung vom IRPEF-Zuschlag Einnahmen für das Land aus der Mehrwert- oder der Körperschaftssteuer bedeuten.

In einigen Gemeinden des Landes wird auch noch eine kommunale IRPEF-Steuer eingehoben. Die Politik in Südtirol hat die Aufgabe, gerade in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten den Steuerdruck überall dort abzumildern, wo die Möglichkeit dazu besteht.

Der Südtiroler Landtag spricht sich grundsätzlich für eine Abschaffung der regionalen Zusatzsteuer IRPEF zum ehest möglichen Zeitpunkt aus.

Angesichts des derzeit engen Gestaltungsspielraumes, nicht zuletzt wegen der finanziellen Forderungen seitens der italienischen Regierung,

verpflichtet
der Südtiroler Landtag
die Landesregierung,

die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ab dem Jahr 2014 der regionale IRPEF-Zuschlag nur auf jene Einkommen erhoben wird, die 35.000 Euro überschreiten.

MOZIONE N. 13/13

Abolizione o riduzione dell'addizionale regionale IRPEF

La popolazione lavorativa e i pensionati fanno sempre più fatica a mantenere un tenore di vita adeguato. Le ultime statistiche sulla povertà confermano che in Alto Adige sono molti a dover tirare avanti con una pensione minima sotto i 500 euro, cifra di molto inferiore al minimo vitale.

Rispetto all'anno scorso i prezzi dei beni e servizi contenuti nel cosiddetto paniere sono ancora aumentati, mentre gli stipendi sono stagnanti e ancora non si profila la stipula di accordi integrativi territoriali. In modo particolare incidono le spese per carburanti ed energia e questi aumenti stanno sempre più diventando un problema serio per le famiglie e i pensionati. I tagli introdotti dal Governo colpiscono allo stesso modo le persone a basso reddito e il ceto medio e hanno provocato un'ulteriore perdita di potere d'acquisto.

La politica ha il compito di trovare vie percorribili per liberare i cittadini dalla forte pressione fiscale. L'addizionale regionale IRPEF è notoriamente l'unica tassa sul reddito, dove la Provincia ha qualche margine di manovra. L'abolizione di questa addizionale comporterebbe una minore entrata per le casse provinciali di circa 60 milioni di euro e per compensarla basterebbe rinunciare al parco tecnologico. A ciò si aggiunge che questi soldi resterebbero nelle tasche dei cittadini se la Provincia rinunciasse allo 0,9% (nel frattempo lo Stato ha fissato l'1,23%) della retribuzione lorda dei lavoratori dipendenti. Non bisogna dimenticare che uno sgravio dall'addizionale regionale IRPEF comporterebbe entrate per la Provincia derivanti da IVA o IRES.

In alcuni comuni della provincia si riscuote per giunta un'addizionale comunale IRPEF. Specie in questi tempi economicamente difficili, la politica provinciale ha il compito di ridurre la pressione fiscale ovunque possibile.

Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano si dichiara sostanzialmente favorevole all'abolizione dell'addizionale regionale IRPEF, da effettuarsi quanto prima.

Visto che attualmente il margine di manovra è piuttosto ridotto, anche per via delle richieste finanziarie del Governo,

*il Consiglio della Provincia
autonoma di Bolzano
impegna
la Giunta provinciale*

a creare i presupposti, affinché con il 2014 l'addizionale regionale IRPEF si applichi unicamente ai redditi superiori a 35.000 euro.

Herr Abgeordneter Pöder, Sie haben das Wort zur Erläuterung Ihres Beschlussantrages.

PÖDER (BürgerUnion - Ladins Dolomites - Wir Südtiroler): Danke, Herr Präsident! Der Landtag sollte gleich zu Beginn der Legislaturperiode das tun, was im Wahlkampf doch mehr oder weniger alle versprochen haben, nämlich eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Familien und ganz speziell auch einmal der Ar-

beitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sozusagen der kleinen Leute vorzunehmen. Das ist aufgrund der Tatsache möglich, dass wir in Südtirol den IRPEF-Zuschlag per Landesgesetz regeln können.

In der vergangenen Legislaturperiode haben wir diesbezüglich eine ganze Reihe von Vorschlägen behandelt. Im Zusammenhang mit dem Haushalt von 2011 hat es damals hier auch Obstruktion von Seiten einiger Oppositionsvertreter gegeben, um zu erreichen, dass beim IRPEF-Zuschlag Erleichterungen beschlossen werden. Es gab zwar ein Abkommen, aber Entlastungsmaßnahmen haben nur bis zu einem bestimmten Punkt stattgefunden. Diese waren natürlich an ein niedriges Einkommen, aber auch an die Anzahl der Familienmitglieder bzw. speziell an die Anzahl der Kinder geknüpft.

Leider Gottes hat man es in der vergangenen Legislaturperiode nicht so weit gebracht, den IRPEF-Zuschlag bis zu einem bestimmten Höchsteinkommen oder innerhalb einer bestimmten Einkommensgrenze völlig zu streichen, um es einmal so zu sagen. Ich hatte mehrmals den Vorschlag eingebracht und bringe ihn nun noch einmal ein, dass wir alle Jahreseinkommen bis zu 35.000 Euro vom IRPEF-Zuschlag befreien, bei Einkommen bis zu 70.000 Euro die derzeitigen Hebesätze belassen und für Einkommen ab 70.000 Euro höhere Hebesätze vorsehen.

Es gibt auch andere Vorschläge, wie beispielsweise Freibeträge, mit denen man glaubt, einen bestimmten gerechteren Ansatz zu finden, und zwar unabhängig davon, wie hoch das Einkommen ist. Davon halte ich persönlich nicht besonders viel. Ich denke nicht, dass wir Spitzenverdiener belohnen oder unterstützen sollten. Diese Spitzenverdiener sollten beim IRPEF-Zuschlag noch einmal im Rahmen einer Solidarabgabe höher besteuert werden, um niedrigere und mittlere Einkommen zu entlasten.

In Südtirol gibt es – das sind Daten, die wir noch am Ende der letzten Legislaturperiode erhalten haben – 247.000 Steuerzahler, die weniger als 33.000 Euro Bruttoeinkommen aufweisen. 205.000 Steuerzahler haben ein Bruttoeinkommen von weniger als 26.000 Euro. 8.600 Südtirolerinnen und Südtiroler geben mehr als 75.000 Euro Einkommen an. Immerhin 2.000 verdienen – zumindest so wird es angegeben – mehr als 150.000 Euro. Mehr als 200 Südtirolerinnen und Südtiroler zählen zu den Glücklichen, die mehr als 2,5 Millionen Euro Jahreseinkommen angeben.

Mit diesem Beschlussantrag sollte auf jeden Fall einmal die Tatsache berücksichtigt werden, dass die Steuererhöhungsmaßnahmen in den letzten Jahren, speziell auf staatlicher Ebene, die niedrigeren Einkommensstufen und den unteren Mittelstand ganz besonders belastet haben. Wenn zum Beispiel die Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt erhöht wird, belastet diese Erhöhung zwar nominell alle gleich, aber in den Auswirkungen belastet sie natürlich ganz speziell die niedrigen und mittleren Einkommensschichten wesentlich mehr als die hohen Einkommensschichten. Aufgrund der Tatsache, dass in der Relation die Dienstleistungen und Sachleistungen immer noch in Anspruch genommen werden müssen, wie Einkäufe usw., und das Einkommen im Verhältnis dann aber natürlich reell wesentlich niedriger ist, stellen die Mehrwertsteuererhöhungen einen wesentlich höheren Belastungsfaktor für die niedrigen als für hohe Einkommen dar.

Ich bin deshalb der Meinung, dass wir bei den niedrigen und mittleren Einkommen ansetzen müssen und nicht alle sozusagen pauschal vom Einkommenssteuerzuschlag befreien sollten. Der Freibetrag, den man für alle vorsehen möchte, ist, wie gesagt, ein anderer möglicher Weg. Ich denke, dass man den Freibetrag aber nicht in dieser Form regeln sollte, wie er diskutiert und mehrmals auch schon öffentlich angekündigt wurde.

Wir sollten, denke ich, auf jeden Fall hergehen und die Einkommen bis 35.000 Euro pauschal vom Einkommenssteuerzuschlag befreien. Um es noch einmal zu sagen, wie es auch im Beschlussantrag in den Prämissen erläutert wird, sollte man die Einkommen, die zwischen 35.000 und 70.000 Euro liegen, weder höher besteuern noch befreien und die Höchst- bzw. Spitzeneinkommen sollen mit einem höheren Satz besteuert werden.

Im Zusammenhang mit dem Kaufkraftverlust, der ganz speziell und enorm in den letzten Jahren die unteren und auch mittleren Einkommensschichten betroffen hat, ist das eine Maßnahme, die wir absolut jetzt, auch speziell zu Beginn der Legislaturperiode, treffen sollten. Ich habe mir sagen lassen, dass wir in den letzten fünf Jahren einen mittleren Kaufkraftverlust von 2.570 Euro zu verzeichnen hatten. Jährlich wohl gemerkt! Was die Familieneinkommen betrifft, glaube ich, kann man sicherlich sagen, dass wir mit einer solchen Maßnahme auch nur ansatzweise diesen Kaufkraftverlust ausgleichen könnten.

Wir sollten dies tun, weil auf diesem Gebiet, insgesamt gesehen, natürlich eine Maßnahme notwendig ist, um den Familien und speziell den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine Steuerentlastungsmaßnahme zukommen lassen zu können. Wir haben in den letzten Wochen und Monaten auch im Zuge der Regierungsbildung des Öfteren von Entlastungsmaßnahmen gehört. Jüngst konnten wir mitverfolgen, dass man ein Entlastungspaket von insgesamt 93 Millionen Euro, sei es was die Entlastung des IRPEF-Zuschlages als auch die der Wertschöpfungssteuer IRAP angeht, beschließen möchte. Da möchte ich eine Einschränkung machen dürfen.

Bei der IRAP-Steuer haben wir in der vergangenen Legislaturperiode dreimal ein Steuergeschenk gemacht, ohne dass es einen Return für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder für die Erhaltung von Arbeitsplätzen gegeben hat. Wir haben den Unternehmen dreimal relativ einfach Steuergeschenke in Form von IRAP-Senkungen gemacht. Speziell die größeren Unternehmen haben natürlich enorm davon profitiert. Eine Maßnahme zur IRAP-Senkung, die wir damals beschlossen haben, ist noch nicht einmal umgesetzt worden, weil sie irgendwo in Brüssel noch in den Wirren der europäischen Bürokratie hängt und überprüft werden muss, ob sie zulässig ist. Es geht dabei um Sondersenkungen, die allerdings – so habe ich es mir sagen lassen – noch einmal eine hohe Anzahl von Betrieben betreffen würde.

Auch ich bin der Meinung, dass die Südtiroler Betriebe zusätzlich noch Sauerstoff brauchen, auch in Form von Entlastungsmaßnahmen. Diese sollten aber in jedem Fall und unbedingt an Bedingungen geknüpft werden müssen, die in der letzten Konsequenz dazu führen, dass davon auch die Angestellten dieser Betriebe profitieren. Diese Entlastungen sollten zum einen hinsichtlich der Arbeitsplatzsicherung und der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, aber zum anderen auch – und das ist ein wesentlicher Faktor, wie immer man es auch regeln kann oder möchte – wenigstens teilweise in irgendeiner Form von zusätzlichen Entlohnungen und höheren Löhnen an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weitergegeben werden. Das ist ein wesentlicher Umstand.

Wir sollten nicht noch einmal ein Geschenk in Form einer IRAP-Senkung machen, das dann letztlich nicht den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und dem gesamten Wirtschaftskreislauf zugutekommt, wie es in der letzten Legislaturperiode zumindest zweimal der Fall war. Bei diesem Beschlussantrag geht es aber um den IRPEF-Zuschlag, der eine der Steuermaßnahmen ist, bei der der Landtag korrigierend eingreifen kann. Diese Korrektur sollte, meiner Meinung nach, auf jeden Fall einmal alle Einkommen bis 35.000 Euro betreffen.

PRÄSIDENT: Herr Abgeordneter Leitner, Sie haben das Wort zur Erläuterung Ihres Beschlussantrages.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Präsident! Auch wir haben zu diesem Thema einen Beschlussantrag eingereicht, weil wir der Meinung sind, dass gerade zu Beginn dieser Legislatur eine Maßnahme zur Steuererleichterung getroffen werden soll, welche auch alle irgendwo im Wahlkampf vertreten haben. Der IRPEF-Zuschlag ist eine Maßnahme, bei der das Land selbst gestaltend eingreifen kann. Ansonsten haben wir in der Steuerpolitik wenig Spielraum. Nachdem uns hier dieser Gestaltungsspielraum zur Verfügung steht, sollten wir ihn nach Möglichkeit auch bestmöglichst nutzen.

Ich weiß schon, dass wir von der Opposition folgenden Vorwurf erhalten werden: "Ihr habt es leicht zu verlangen. Das ist nicht drinnen!" Ich glaube aber, dass es schon möglich ist. Die Frage jetzt ist, wo man die Schwerpunkte in Zukunft setzt. Mit dieser Maßnahme erreicht man wirklich sehr viele Menschen. Ich schicke voraus, dass unser Vorschlag eigentlich der wäre, den IRPEF-Zuschlag überhaupt zu streichen. Wir sind der Meinung, dass damit die Kaufkraft gestärkt würde. Die Menschen hätten somit Geld in der Tasche und bräuchten dann keine anderen bzw. weniger Subventionen.

In diesem Zusammenhang müssen wir noch weitere Diskussionen führen. Dies werden wir dann bei der Behandlung des Haushaltes tun. Wenn der Haushalt durchforstet und ein Kassensturz getätigt wird, muss man sich einfach auch Gedanken darüber machen und die ganze Subventionspolitik auf den Prüfstand stellen. Südtirol ist bekanntlich ein Land, in dem alles gefördert wird. Es muss die Frage erlaubt sein, ob das alles sinnvoll ist. Förderungen im strukturellen Bereich sind sicherlich nach wie vor notwendig, aber es ist wichtig, dass man bei den ganzen Fördermaßnahmen auch die Treffsicherheit erhöht.

Mit dem IRPEF-Zuschlag haben wir aber eine direkte Möglichkeit, bei der Steuer einzuwirken, welche die Leute dann nicht zahlen müssen und die man ihnen dann nicht in Form von Beiträgen zurückzugeben braucht. Das Geld, das sie haben, geben sie auch aus. Derzeit klagen alle, dass die Konsumenten weniger ausgeben. Dies ist eine klare Folge des Sachverhaltes, dass sie weniger Geld besitzen. Ich sage es noch einmal: Wenn sie Geld haben, geben sie es auch aus. Diesen Teufelskreis müssen wir durchbrechen.

Ich weiß, dass das nicht leicht ist. Man muss sich aber ganz klare Ziele setzen. Zurzeit befinden wir uns leider in einer Situation, in der sehr viele Rentner mit einer Mindestrente von knapp 500 Euro auskommen müssen. Es gibt sehr viele Arbeiter, die ungefähr 1.200 Euro im Monat verdienen, aber nur sehr wenige, die im Hochlohnbereich angesiedelt sind. Es ist jedoch auch immer schwer Unterschiede zu machen. Die Frage ist: Wo zieht man die Grenze? Hundert Euro können ausschlaggebend dafür sein, ob ich in diese Einkommensgrenze hineinfalle oder nicht. Theoretisch kann es auch nur ein Euro sein! Es ist also, wie gesagt, sehr schwierig.

Uns wäre deshalb lieber, den IRPEF-Zuschlag gänzlich abzuschaffen, und zwar sobald es möglich ist. Wir haben bewusst in diesen Beschlussantrag hineingeschrieben, dass sich der Südtiroler Landtag grundsätzlich für

eine Abschaffung zum ehest möglichen Zeitpunkt aussprechen sollte. Ich erinnere daran, dass wir bereits mit Landeshauptmann Durnwalder anlässlich einer Haushaltsdebatte verhandelt haben, bei der wir die Behandlung des Haushaltes eine Zeit lang blockiert hatten. Wir sind dann zu einer schriftlichen Einigung gekommen, bei der uns der Landeshauptmann versprochen hat, zum ehest möglichen Zeitpunkt größtmögliche Erleichterungen vorzusehen.

Es ist noch nicht geschehen. Man hat gesagt, dass dafür der Spielraum einfach nicht da war. Man muss sich den Spielraum nur suchen! Meiner Überzeugung nach ist der Spielraum gegeben. Man muss dann eben anderswo sparen. Wenn wir den IRPEF-Zuschlag beseitigen – die Rechnung belief sich damals, glaube ich, auf 64 Millionen Euro –, wäre das ungefähr so viel, was uns der Technologiepark kostet. Dazu sage ich: Streichen wir lieber den Technologiepark, denn unserer Überzeugung nach braucht es ihn nicht.

Lassen wir das Geld den Leuten! Ich sage nicht, geben wir es ihnen zurück, sondern nehmen wir es ihnen nicht weg. Dann brauchen wir es ihnen auch nicht in irgendeiner anderen Form zurückzugeben. Dieses Bewusstsein muss sich irgendwann einmal durchsetzen. Es ist den Menschen mehr geholfen, wenn sie weniger Steuern zahlen als zu kassieren, also wieder Beiträge vergeben werden. Den Menschen ist es lieber und ich erspare mir eine Menge an Bürokratie.

Auch das war ein Schlagwort im Wahlkampf: Bürokratieabbau! Und wo baue ich am meisten Bürokratie ab? Dort, wo dieses ganze Beitragsystem außer Kraft gesetzt oder minimiert wird! Ich sage es noch einmal: Beiträge sind dann sinnvoll, wenn ich direkt helfen kann, wie in Form von strukturellen Beiträgen. Auch im Sozialbereich wird es Beiträge brauchen, um jenen Menschen zu helfen, die sich selbst nicht helfen können. Es nützt uns aber wenig, den Menschen das Geld aus der Tasche zu ziehen, um dann mit den Beiträgen eine gute Figur zu machen. So habe ich es immer erklärt, weil es auch so abläuft.

Die Mitglieder der Landesregierung glauben, eine gute Figur zu machen, wenn sie den Leuten einen Brief schreiben können, in dem drin steht: "Es freut mich, Ihnen mitteilen zu dürfen, dass die Landesregierung, auf meinen Vorschlag hin, Ihnen dieses und jenes gewährt hat." Damit machen die Landesräte zwar eine gute Figur, aber das Geld gehört den Steuerzahlern. Es ist nicht das Geld der Landesräte! Es ist aber schon ein bisschen besser geworden, auch in der Diskussion, muss ich sagen. Man hat eingesehen, dass man in eine Sackgasse läuft. Auf Dauer wird das nicht so weitergehen können.

Wenn man eine Hürde einführt, wo legt man diese dann fest? Von diesen 35.000 Euro war schon oft die Rede. Ich denke, dass diese zunächst auch sinnvoll ist, wenngleich – das wiederhole ich – unsere Forderung jene wäre, den IRPEF-Zuschlag abzuschaffen. Ich erinnere auch daran, dass es in Südtirol Gemeinden gibt, die noch einen zusätzlichen IRPEF-Zuschlag einkassieren. Es waren einmal sechzehn Gemeinden, die diesen kommunalen IRPEF-Zuschlag eingeführt haben. Ich weiß nicht, wie viele es jetzt sind.

Die Bürger dieser Gemeinden sind also noch einmal benachteiligt. Ich denke, dass das eine Ungerechtigkeit darstellt. Wenn ich in Vahrn wohne, zahle ich keinen kommunalen Zuschlag. In Brixen zahlt man ihn schon. Stehen an der Gemeindegrenze zwei Häuser, eines gehört zu Brixen und das andere zu Vahrn, dann zahlt der eine und der andere nicht. Das ist nicht gerecht, muss ich sagen. Ich möchte jetzt nicht gegen die Gemeindeautonomie reden, aber wenn es um Steuern geht, denke ich, sollte man schon versuchen, auch irgendwo auf eine Einheitlichkeit hinzuwirken, da sich sonst große Ungerechtigkeiten ergeben.

In der derzeitigen Situation, in der auch in Südtirol viele Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen und die Leute wirklich Schwierigkeiten haben, über die Runden zu kommen – es schaut nicht so aus, als ob sich das in nächster Zukunft weiß Gott wie im positiven Sinn ändern würde – sollte man alles tun, um die Gestaltungsspielräume, die wir zur Verfügung haben, auszunützen und die Leute so weit als möglich zu entlasten. Es geht nicht darum, den Leuten alles zu versprechen, was man nicht halten kann.

Wir haben immer noch einen Haushalt von 5,1 bis 5,4 Milliarden Euro. Wir werden sehen, wie viel dann schlussendlich herauskommt. Wir wissen, was wir dem Staat schulden oder wie viel wir bereit sind, dem Staat zu zahlen. Zwar verstehe ich diese hohen Summen nicht, aber das Mailänder Abkommen und das Bozner Memorandum beinhalten eben scheinbar Verpflichtungen, zu denen der Landtag nicht befragt wurde. Der Landtag wird hierzu wahrscheinlich eine andere Meinung haben.

Sind wir wirklich bereit, den Römern so viel Geld in den Rachen zu schmeißen, damit sie weiterhin damit Schindluder treiben dürfen? Ich bin nicht bereit, für andere zu zahlen, wenn diese nicht ordentlich wirtschaften. Das kann man unseren Steuerzahlern nicht zumuten! Wie erkläre ich den Südtirolern, dass wir über unser Abkommen bzw. unsere Verpflichtungen hinaus dauernd Geld nach Rom schicken, das Rom eigentlich nicht zu-steht? Die nationale Solidarität hat bei mir Grenzen, das muss ich ganz klar sagen. Da muss man wahrscheinlich ebenfalls neu verhandeln und wird auch das den Menschen nicht erklären können.

Ich komme zurück zu unserem Antrag selbst. Der erste Punkt trifft sich mit dem, was auch Kollege Pöder vorschlägt, nämlich diese Befreiungsgrenze bei einem Einkommen von 35.000 Euro festzusetzen. Der Landtag soll die Landesregierung verpflichten, *"die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ab dem Jahr 2014 der regionale IRPEF-Zuschlag nur auf jene Einkommen erhoben wird, die 35.000 Euro überschreiten"*.

Den zweiten Punkt, den Kollege Pöder vorschlägt, also die Einkommen über 70.000 Euro zusätzlich zu besteuern, lehnen wir ab. Ich glaube nicht, dass das richtig ist. Die Leute, die arbeiten und verdienen, sollen davon auch etwas haben. Ich war nie ein Klassenkämpfer. Ich bin aber jemand, der versucht, jenen zu helfen, die es bitter notwendig haben, und das sind die Menschen mit niedrigen Einkommen.

PRÄSIDENT: Danke, Kollege Leitner! Ich möchte jetzt die Schülerinnen und Schüler der Klassen 5A und 5B der Handelsoberschule Brixen recht herzlich begrüßen. Guten Morgen! Wir kommen nun zu den Wortmeldungen. Herr Abgeordneter Heiss, bitte.

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Danke, Herr Präsident! Grundsätzlich unterstützen wir diese beiden Beschlussanträge, die der Kollege Pöder und die Kollegen Freiheitlichen eingebracht haben. In einer Situation, die wir gerade wirtschaftlich und sozial erleben, ist das natürlich ein wichtiges Signal. Es war auch wesentlich, dass die Landesregierung in den letzten Wochen, gleich zu Beginn ihres Amtsantrittes, die Sozialpartner zusammengerufen hat, um eingehend darüber zu sprechen, wie sich die wirtschaftliche und soziale Situation gestalten wird. Dieses Treffen ist auf beiden Seiten gut angekommen, das ist keine Frage. Auch vonseiten der Opposition ist es aner kennenswert. Es ist ein wichtiges Signal dafür, dass etwas getan werden muss und getan werden wird.

Auch die heurige wirtschaftliche Situation in Südtirol wird nicht berauschend sein. Es wird ein leichtes Wachstum und wahrscheinlich auch eine konstante, wenn nicht eine leicht steigende Arbeitslosigkeit geben. Es lässt sich allerdings absehen, dass in den nächsten ein bis drei Jahren mit Sicherheit eine bessere wirtschaftliche Situation vorliegen wird, sofern die internationalen Konjunkturdaten nicht trügen. Südtirols Wirtschaft ist mit dem zentraleuropäischen und konjunkturell besser gestellten Wirtschaftsraum entschiedener als mit dem Rest Italiens verflochten. Deswegen haben wir gute Chancen, wieder auf ein besseres Level zuzusteuern.

Signale in dieser Hinsicht sind dennoch wichtig. Die Landesregierung hat mit ihrer Ankündigung eines generellen IRPEF-Freibetrages bei einem Einkommen bis zu 20.000 Euro ein Signal gesetzt. Es ist ein Signal, das sicher wichtig ist. Allerdings halten wir als Grüne es für unausgewogen. Wir würden dem Beschlussantrag des Kollegen Pöder, der in dieser Hinsicht bereits mehrfach eingebracht wurde, tendenziell sehr viel eher zustimmen. Er versucht, vor allem untere Einkommenssegmente gezielt zu entlasten, und zwar Einkommen bis zu 35.000 Euro, und dafür eine höhere Einkommensschicht mit dem IRPEF-Zuschlag verstärkt zu belegen.

Das ist zweifellos ein Ansatz, den wir eher mittragen können, als den Ansatz der Kollegen Freiheitlichen, die diese generelle Befreiung vorsehen. Das berühmte Wort der sozialen Treffsicherheit ist mit dem Antrag des Kollegen Pöder in diesem Falle eher gegeben als im anderen Antrag. Es betrifft dann doch eine erhebliche Gruppe von über 200.000 Steuerträgern und Steuerträgerinnen, die auch mit sehr beachtlichen Summen entlastet würden.

Die IRPEF-Erträge des Landes haben in den letzten Jahren eigentlich konstant zugenommen und die IRAP-Senkungen haben eine wesentliche Entlastung der Wirtschaft gebracht, die diese natürlich auch benötigt und verdient haben. Es wäre aber wirklich an der Zeit, hier ein klares Signal zu setzen, um die unteren Einkommensschichten gezielt zu entlasten und jene, die besser verdienen und zum Teil auch aus der Krise Profit ziehen, ein wenig mehr zu belasten.

Das ist ein Signal, das wir mittragen können und daher unterstützen wir auch den Antrag des Kollegen Pöder.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Stelle): Wir sind damit einverstanden, dass es insofern ein Ziel sein müsste, diesen IRPEF-Zuschlag in Zukunft einmal völlig abzuschaffen. Beide Vorschläge gehen in die richtige Richtung. In diesem Sinne würde ich insbesondere den Antrag des Kollegen Leitner unterstützen.

Wir sehen wieder einmal, dass wir leider viel zu wenige Zuständigkeiten hier im Land haben, um wirklich eine effiziente Wirtschaftspolitik betreiben zu können. Wir reden hier von IRPEF-Zuschlägen und von Zehntelprozenten der IRAP. Es sollte also ein Anliegen von uns allen sein – da schließ ich mich und meine Bewegung mit ein

–, in diesem Sinne in Rom für mehr Zuständigkeiten zu sorgen, damit unser Land seine eigene Wirtschaft effizienter verwalten kann.

Unter effizienter Verwaltung verstehe ich auch, dass wir die Subventionspolitik unseres Landes komplett überdenken. Viel Steuern einzuheben und danach viele Förderungen zu geben, ist vollkommen ineffizient und nicht im Sinne der Unternehmer. Ich glaube, dass wir noch viele Möglichkeiten haben werden, über dieses Thema zu sprechen. Wir müssen auch noch den Haushalt behandeln und da, denke ich, wird dies durchaus ein Thema sein.

Als Schritt in die richtige Richtung werde ich heute den Vorschlag des Kollegen Pius Leitner unterstützen. Danke!

RENZLER (SVP): Im Prinzip kann ich eigentlich die Vorschläge meiner Vorredner nur begrüßen. Allerdings nehme ich auch zur Kenntnis, dass die Landesregierung den richtigen Schritt setzt, indem sie umdenkt. Man denkt um, indem man einsieht, dass man die Mittelschicht nicht weiter steuerlich belasten kann und davon abgeht, Einkommensgrenzen festzulegen, die weitere Ungerechtigkeiten schaffen würden. Bei einer Einkommensgrenze gibt es immer einen, der einen Cent mehr oder weniger verdient und damit finanzielle Nachteile in Kauf nehmen muss.

Es ist klar, dass mittel- und langfristig die gesamte regionale Zusatzsteuer abgeschafft werden muss und soll. Es ist mir aber auch vollkommen bewusst, dass das momentan nicht möglich ist. Eine Gegenfinanzierung kann jedoch nicht erfolgen, wie es Kollege Pöder vorschlägt, indem man höhere Einkommen mehr oder noch zusätzlich besteuert. Die Gegenfinanzierung kann nur erfolgen, indem man die Steuerhinterziehung bekämpft und die Landesregierung alle Mittel zur Verfügung stellt, um die zuständigen Behörden darin zu unterstützen.

Ich gebe zu bedenken, dass wir hier von Steuern sprechen. Diese Steuergelder kommen nur von jenen Leuten, die auch Steuern bezahlen. Das heißt also, dass wir mit der regionalen Zusatzsteuer eigentlich nur die Steuerzahler bestrafen. Wir bestrafen aber nicht jene Leute, die keine Steuern zahlen. Folglich ist es absolut notwendig und richtig, wenn wir in Zukunft auch als Landesregierung versuchen, die Steuerhinterziehung zu bekämpfen, weil wir jetzt primäre Zuständigkeit bei den lokalen Steuern haben. Dieser regionale IRPEF-Zuschlag wird aufgrund der gesamtstaatlichen Einkommenserklärung bemessen.

Ich halte nicht viel, dass man, wie gesagt, die Einkommensgrenze bei 35.000 Euro festlegt. Ich bin dafür, dass man einen Freibetrag für alle einführt, damit dadurch vor allem auch die Mittelschicht entlastet wird.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Collega Renzler, noi come gruppo Verde nella scorsa legislatura abbiamo proposto quattro volte una mozione sulla lotta contro l'evasione fiscale - una volta all'anno - che per quattro volte è stata respinta. Questa mozione diceva che la Provincia, come hanno fatto diverse regioni d'Italia e come ha fatto la Provincia di Trento, doveva fare un accordo con la Guardia di finanza e con l'Agenzia delle entrate ecc., come previsto dalle norme nazionali per la collaborazione, l'incrocio di dati per scoprire l'evasione fiscale. Ci è sempre stato risposto che serviva una norma di attuazione, ma questo non corrisponde al vero in quanto l'accordo si poteva fare subito, come ha fatto Trento. In realtà non si voleva 'disturbare' l'economia, questo è il problema. E' vero che è corretto cercare delle situazioni in cui tutti vincono - e tu lo sai bene, sei un esperto - ma in questa vicenda relativa ai redditi non è semplice e facile far vincere tutti. A me pare che la proposta del consigliere Pöder sia corretta e ben argomentata, si tratta della proposta avanzata da tutti i sindacati nella scorsa legislatura durante le trattative su diverse leggi finanziarie, che credo in questa legislatura sia stata avanzata dai sindacati anche al presidente Kompatscher. La Giunta provinciale invece - e qui, presidente, ci avvantaggiamo rispetto alla chiacchierata che faremo stasera in merito alla proposta relativa la sua proposta di legge finanziaria - propone, se non sbaglio, una free tax zone, 20.000 euro, che riguarda tutti e che dovrebbe portare un alleggerimento medio di 250 euro a famiglia. Di questi 20.000 euro di zona libera dalla tassa ne godono tutti, sia ricchi che poveri. Con la proposta presentata dal collega Pöder invece si chiede di esonerare i contribuenti con reddito inferiore ai 35.000 euro, gli altri pagano l'addizionale IRPEF e quelli con un reddito superiore a 70.000 euro - tutti noi, giusto per fare un cenno alle polemiche giornalistiche di questi giorni - pagano un'addizionale IRPEF maggiorata e quindi contribuiscono in parte - tu hai calcolato per 6,5 milioni - a finanziare il mancato pagamento dell'IRPEF per i redditi inferiori a 35.000 euro. Dal punto di vista sociale, a me pare più giusto questo tipo di impostazione, tant'è vero che era la proposta presentata unitariamente dai sindacati. Questa soluzione consentirebbe di dare di più a chi ha di meno invece che dare 'un po' a tutti', questa sarebbe un po' la filosofia della redistribuzione in base ad una maggiore giustizia sociale, e a me pare che questa sia una soluzione migliore. Aspettiamo di sentire la risposta del presidente Kompatscher rispetto alla proposta di esonerare i primi 20.000 euro di tutti i redditi, anche di quelli ricchi.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore): Ormai è un vortice nel quale siamo attirati tutti da molti anni in quanto stiamo discutendo sull'addizionale IRPEF in maniera disordinata senza riuscire ad indicare una strada da seguire per poter addivenire ad una soluzione che possa soddisfare le legittime aspettative della nostra popolazione e dell'economia dalla scorsa legislatura se non da molto più tempo ancora. Le proposte che si sono succedute nel tempo sono le più diverse ed io premetto che già nella scorsa legislatura in commissione ho dichiarato di essere contrario ad interventi che agiscano in termini di aumento della pressione fiscale per una fascia di cittadinanza, quella che non solo produce, ma che anche investe il reddito e quindi crea economia. In questo momento lanciare il segnale dell'aumento della tassazione per redditi oltre i 70.000 euro, dal mio punto di vista, in un momento delicato come quello che stiamo attraversando, è distruttivo. Cosa diversa invece è divenire ad una perequazione dell'imposizione fiscale su livelli inferiori, laddove effettivamente si avverte una profonda ed autentica sofferenza. Le risposte allora sono le più diverse: no tax area proposta dalla Giunta provinciale sino a 20.000 euro, piuttosto che l'abolizione dell'addizionale IRPEF sino a ..., e qui ognuno fissa la sua asticella.

Per intenderci e per semplificare, voto la mozione dei Freiheitlichen con convinzione, anche perché a suo tempo l'avevo sostenuta nella sostanza. Non posso votare la mozione del collega Pöder, pur rispettandola nelle sue buone intenzioni, ed il collega già lo sapeva in quanto ne avevamo parlato in commissione legislativa. Abbiamo un dovere sopra tutti che è quello di individuare una strada che nel tempo serva progressivamente a ridurre la pressione fiscale ad ogni livello, dal basso verso l'alto, questa è la strada che dovevamo indicare. E' ovvio che si deve passare per passaggi intermedi e ognuno da la sua indicazione. Io sostengo l'abolizione dell'addizione IRPEF fino a 35.000 euro e quindi mi va benissimo la proposta dei Freiheitlichen, mentre la giunta provinciale propone la no tax area, ma la prospettiva in uno, due, tre, quattro anni deve essere quella di modificare in meglio la situazione per tutti. Quindi evidentemente alzare quella soglia dei 20.000 o 35.000 euro e non pensare di aumentare la pressione fiscale per chi già è in sofferenza e produce investimenti e quindi ricchezza in Alto Adige, ma pensare di ridurre la spesa pubblica e qui è il 'cane che si morde la coda'. Si può alleggerire la spesa fiscale se si taglia la spesa superflua. Presidente Kompatscher, qui l'aspettiamo al varco, alla prova: i segnali sono stati dati anche se è ovvio che ci vogliono dei tempi tecnici. Lei aveva detto cento giorni, giorni che stanno correndo velocemente dalla data della costituzione della Giunta. Le diamo anche duecento giorni, ma non si può pensare di andare oltre a questi! Nel 2014 credo che questo Consiglio e l'opinione pubblica si aspettino una lista di provvedimenti pubblici che incidano sul taglio della spesa inutile. Le propongo subito la sospensione del progetto per la biblioteca di Bolzano, dal costo di novanta milioni di euro. Novanta milioni di euro! Potremo capire quanto l'economia altoatesina e quanti, tanti, cittadini che devono sopravvivere e non devono pensare necessariamente a fare economia, potrebbero trarne beneficio. Grazie.

STEGER (SVP): Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Ziel muss freilich weniger Steuern und Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land sein! Das ist gerade in einer Zeit, in der die wirtschaftliche Situation schwierig ist, umso wichtiger. Auch in Südtirol gibt es immer mehr Armut. Wenn man aus dieser Schwierigkeit herauskommen will, dann müssen wir entlasten. Deswegen geht die vor wenigen Tagen beschlossene Entscheidung der Landesregierung, eine "No-Tax-Area", das heißt einen Abschlag bzw. einen Freibetrag für alle mit einem Einkommen bis zu 20.000 Euro vorzusehen, in die richtige Richtung.

Wenn man solche weitreichende Entscheidungen treffen will, wie sie jetzt die Beschlussanträge der Kolleginnen und Kollegen Freiheitlichen und des Kollegen Pöder vorsehen, dann muss man auch eine Gesamtbewertung anstellen. Man kann nicht jeden Tag beim Haushalt Abstriche machen, wenn man auf der anderen Seite die Gegenfinanzierung nicht hundertprozentig sicherstellt. Es braucht eine Umstrukturierung des Landeshaushaltes, die seine Zeit benötigt. Kollege Urzì, das wird dann nicht innerhalb von drei, vier oder fünf Jahren passieren. Wir werden eine gewisse Zeit brauchen, um die Prioritäten so setzen zu können, dass man auch die Entlastungen in die richtige Richtung bewegen kann.

Wir sind der Auffassung, dass die Entlastungen den Mittelstand und die Mittelschicht nicht immer aussparen dürfen. Das sind nämlich die Leistungsträger. Heute wird der allergrößte Teil der Steuereinnahmen vom Mittelstand und der Mittelschicht getroffen, und zwar genau von jenen Leuten, die im Beschlussantrag des Kollegen Pöder wiederum zur Kasse gebeten würden. Das ist, glaube ich, nicht richtig, denn es muss in diesem Land auch das Leistungsprinzip Gültigkeit haben. Wer Leistung bringt, soll auch etwas davon haben.

Auf der anderen Seite ist es sicherlich richtig, dass wir auch im Bereich der Subventionen Veränderungen vornehmen werden müssen. Subventionen kosten Bürokratie und Geld. Wenn man deshalb darauf verzichten und den Menschen das Geld in den Taschen lassen kann, ist das allemal besser, als ihnen das Geld aus den Taschen

herauszuziehen und es ihnen dann über eine Subvention, einen Beitrag wieder zu geben. Das heißt man dann auch gelebte Entbürokratisierung! In diese Richtung muss es gehen und die Landesregierung ist hier auf dem richtigen Weg.

Wir sind also der Auffassung, dass wir diesen ersten Schritt zu gehen haben. 20.000 Euro Freibetrag für alle! Es ist ein klares Zeichen dieser Landesregierung, dass man genau in Richtung Entlastungen gehen will. Es soll aber auch noch weitere Entlastungen geben, denn die IRPEF-Steuer, die Einkommenssteuer ist nur ein Bereich. Wir müssen auch über die Unternehmensbesteuerung reden. Ich gebe da dem Kollegen Köllensperger völlig recht, dass wir hier nur über Zehntelprozente sprechen. Das ist zu wenig, wenn wir die Wirtschaft ankurbeln wollen.

Es geht vor allem um jene Wirtschaft, auf die es in den nächsten Jahren ankommen wird, nämlich die familiengeführte, klein- und mittelbetrieblich strukturierte Wirtschaft in unserem Lande. Wir müssen dieser Wirtschaft zwei Dinge geben: Wir müssen sie von Kostenstrukturen entlasten, die sie heute nicht mehr wettbewerbsfähig sein lassen. Zum Zweiten müssen wir sicherstellen, dass wir ihr den bürokratischen Aufwand in dem Ausmaß nehmen, dass sie wirklich arbeiten kann. Sie wissen, dass ein Durchschnittsbetrieb in Südtirol drei Mitarbeiter beschäftigt. Wenn sie dort den bürokratischen Aufwand anschauen, muss einer von diesen drei Mitarbeitern für die Bürokratie, für die Zettelwirtschaft arbeiten, während dies für einen großen Betrieb vielleicht überwindbar ist.

Wenn ich zweihundert Leute beschäftige und eine Person anstellen muss, um die Zettelwirtschaft zu bedienen, wird dieser Betrieb wahrscheinlich nicht in Konkurs gehen. Wenn ich aber einen Drei-Mann- bzw. einen Drei-Frau-Betrieb mit dem Aufwand belaste, wie er derzeit in Italien und auch in Südtirol besteht, dann kann das nicht gut gehen. Wir müssen wettbewerbsfähig sein. Wir müssen Unternehmen, genauso aber auch die Bürgerinnen und Bürger, den Mittelstand und die Mittelschicht entlasten.

Pius Leitner sagt richtigerweise, dass wir jenen helfen müssen, die sich selbst nicht helfen können, nämlich ganz den Ärmsten der Armen in unserem Lande. In diesem Sinne sind die Orientierung und die Richtung, in die Eure Beschlussanträge gehen, durchaus positiv zu bewerten. Vor allem der Beschlussantrag des Kollegen Leitner sieht, wie die Landesregierung auch, einen Freibetrag vor. Es geht nur um die Höhe der Einkommensgrenze. Derzeit glaube ich, dass es verantwortlich ist, wenn man diese bei 20.000 Euro festsetzt. Mehr geht nicht. Wir müssen zuerst den Haushalt umstrukturieren, dann kann man weiterdiskutieren, ob man diese Säule nach oben setzt.

In diesem Sinne bin ich also der Meinung, dass man die Idee dieser Beschlussanträge gut teilen kann, aber wir können ihnen auf jeden Fall nicht zustimmen, weil wir zuerst die Umstrukturierung des Landeshaushaltes vornehmen müssen.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Die Ausführungen der Kollegen Renzler und Steger waren jetzt besonders interessant. Die Frage lautet aber, innerhalb welcher Zeit die Landesregierung gedenkt, dieses Modell umzusetzen. Wenn ich den Begriff "Freibeträge für alle" höre, muss ich ehrlich sagen, dass ich eher skeptisch bin. Ich teile jedoch die Meinung des Kollegen Renzler, dass wir alles tun müssen, was man Hand in Hand tun kann, um die Steuerhinterziehung zu verhindern. Das ist sehr wichtig.

Dass dort entlastet wird, wo wir jetzt die Möglichkeit dazu bekommen haben, ist eine Selbstverständlichkeit. Durch diese Maßnahme haben wir die Zuständigkeit jedoch nur in einem eher kleineren Bereich erhalten, Herr Landeshauptmann. Gemessen am gesamten Steueraufkommen in Südtirol, betrifft es natürlich nur einen kleinen Teil, aber auch 60 oder 90 Millionen Euro sind ein Betrag, der der hiesigen Bevölkerung zugutekommt.

Ich teile auch die Meinung jener, die sagen, dass es beim Ganzen möglichst wenig bürokratischen Aufwand geben soll. Das spart wieder Geld und erleichtert es auch dem Einzelnen. Da ich aber keine Bürokratin bin, weiß ich nicht, wie viel es an Bürokratieaufwand schaffen würde, wenn von einer Einkommensgrenze von 35.000 Euro die Rede ist. Die gestaffelte Berechnung wäre sicherlich ein interessanter Ansatz. Ich bin aber, wie gesagt, skeptisch, wenn es wieder darum geht, Freibeträge für alle zu schaffen. Das entspricht nicht ganz meiner sozialen Einstellung.

Die Verhinderung von Steuerhinterziehung ist vordergründiger und noch wichtiger. Man muss Anreize schaffen, die Steuern wahrheitsgetreu zu erklären. Möglicherweise schaut für das Land dabei mehr heraus als bei der Entlastung. Mich interessiert aber vor allem, wie gesagt, innerhalb welcher Zeit die Landesregierung ihr Vorhaben durchsetzen möchte. Wir sehen nämlich, dass weder der eine noch der andere Beschlussantrag angenommen wird.

Dem Antrag der Freiheitlichen stimmen wir sicher zu. Was aber die Erhöhung der Steuer bei einem Einkommen über 70.000 Euro anbelangt, gebe ich Herrn Renzler völlig recht, dass das kein Anreiz für diejenigen ist,

die arbeiten und auch wahrheitsgetreu Steuern zahlen. Den Antrag der Freiheitlichen würden wir unterstützen. Da es sich jedoch abzeichnet, dass keiner der beiden Anträge durchgehen wird, möchte ich wissen, innerhalb welcher Zeit Sie gedenken, Ihren Vorschlag umzusetzen.

Es herrscht Handlungsbedarf, und zwar ganz sicher ein sofortiger, denn wir hören täglich die Meldungen. Ich brauche nicht zu wiederholen, was wir in den letzten Tagen gehört haben, und zwar wie viele neue Arbeitslose, wie viele Schwervermittelbare es geben wird und wie viele Familien daran hängen und betroffen sind.

PRÄSIDENT: Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, bitte ich die Landesregierung um ihre Stellungnahme. Herr Landeshauptmann, bitte.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Geschätzter Präsident, geschätzte Antragsteller Pöder und Leitner, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich denke – zumindest habe ich es so den Wortmeldungen entnommen –, dass hier im Plenum Einigkeit darüber besteht, steuerliche Entlastungen herbeiführen zu müssen. Es geht aus allen Wortmeldungen hervor, dass wir das in diesem Sinne auch gerade jetzt tun müssen, nachdem wir uns in einer Krisenzeit befinden und die Familien sich immer schwerer tun. Es bedeutet aber, dass wir es auch gerade dann tun müssen, wenn wir bereits Schwierigkeiten mit dem Landeshaushalt haben, weil uns weniger Mittel zur Verfügung stehen.

Das ist die berühmte antizyklische Politik. Ich weiß nicht, ob jetzt wieder eine Klasse der Handelsober-schule auf der Tribüne anwesend ist, aber das lernt man bereits dort. Schon John Maynard Keynes hat sie empfohlen. Wenn die Wirtschaft nicht boomt, dann muss die öffentliche Hand entsprechend antizyklisch agieren. Wenn dann hingegen wieder alles gut geht, kann die öffentliche Hand bei den Steuern wieder etwas mehr nehmen. Leider hat man in der Vergangenheit das bei uns und auch in allen anderen Staaten der Erde nie gemacht.

Jetzt befinden wir uns in einer Phase, in der man nicht beizeiten für die Not gesorgt hat. Wir haben zwar sinkende Haushalte, müssen es aber trotzdem tun. Ich denke, dass wir alle Anstrengungen unternehmen müssen, um doch erstmals Entlastungen in dieser Größenordnung herbeizuführen, und zwar durch ein Gesamtpaket. Wir reden hier zwar nur vom IRPEF-Zuschlag, aber dieses Paket, das wir vorschlagen – ich werde es heute Abend noch im Detail erläutern –, umfasst den IRPEF-Zuschlag, die Gemeindeimmobiliensteuer, die mittels eines neuen Landesgesetzes geregelt werden muss, und die IRAP-Steuer.

Es ist ein Gesamtpaket, das wir als ausgewogener erachten. Ich darf Kollegen Dello Sbarba in diesem Fall korrigieren. Wir haben dieses Paket den Gewerkschaften bereits vorgestellt und von allen auch die Zustimmung für diese Ausgewogenheit erhalten. Natürlich hätten sich alle mehr gewünscht, auch die Unternehmer. Es gab nur eine Ausnahme. Der Vorschlag, Einkommen über 70.000 Euro mehr zu besteuern, kam von der Gewerkschaft CGIL. Sie war die einzige Gewerkschaft, also handelt es sich nicht um "die Gewerkschaften", denn es gibt noch einige andere in diesem Land. Es gibt auch Gewerkschaften, die in dieser Sitzung genau dieser Methode ausdrücklich ihre Zustimmung erteilt haben.

Was bedeutet also der Vorschlag dieser "No-Tax-Area", dieser Steuerfreibereich von 20.000 Euro? Technisch gesehen wird es so gelöst, dass man 246 Euro Steuerabsetzbetrag für jedes Einkommen bzw. für jede Steuererklärung vorsieht. Was ist aber der Effekt? Ich bitte auch dies zu berücksichtigen. Kollege Pöder hat vorhin gesagt, dass es einige wenige gibt, die laut Steuererklärung zwei oder zweieinhalb Millionen Euro und mehr verdienen. Diese befinden sich dann in der Situation, dass sie bei einem Einkommen von zwei Millionen Euro für 1.980.000 Euro den IRPEF-Zuschlag in voller Höhe bezahlen und für die 20.000 Euro nichts. Auch sie erhalten diese 246 Euro Absetzbetrag, zahlen aber auf den ganzen Rest.

Sie können es sich einmal ausrechnen – mal 1,23 –, was bezahlt wird. Außerdem kommt noch dazu, dass sie die IRPEF-Steuer auf den vollen Betrag, den sie erklären, den zwei Millionen Euro bezahlen. Es sind also jene, die einen riesigen Beitrag leisten. Für sie wirkt sich dieser Freibetrag verhältnismäßig geringer als für jene mit niedrigeren Einkommen aus. Leute, die weniger als 20.000 Euro verdienen, zahlen überhaupt keinen IRPEF-Zuschlag mehr und Leute, die 30.000 Euro verdienen, zahlen für zwei Drittel ihres Einkommens keinen Zuschlag. Wir halten das für sozial ausgewogen.

Wir halten es auch nicht für richtig, die Einkommen über 70.000 Euro noch mehr zu besteuern. Wir sind uns doch alle einig, dass der Steuerdruck insgesamt in diesem Staat und somit auch in diesem Land zu hoch ist. Deshalb halten wir es nicht für richtig, dass man Entlastungen auf diese Weise gegenfinanziert, sondern diesen Freibereich für alle einführt. Dieser wirkt sich sozial ausgewogen aus, denn auf der anderen Seite bezahlt man ja für das darüber hinausgehende Einkommen. Je mehr das ist, umso mehr bezahlt man. Dazu kommt dann auch noch der progressive Steuersatz. Aus diesem Grund lehnen wir diese zusätzliche Besteuerung von Einkommen über

70.000 Euro ab. Wir teilen aber die grundsätzliche Auffassung, dass wir weitere Entlastungen herbeiführen sollten, sobald uns das auch möglich ist.

Ich darf hier nur noch ein Beispiel dazu nennen und damit Kollegen Köllensperger ansprechen, dass wir auch generell das Beitragswesen überdenken sollten. Das ist bei mehreren Wortmeldungen, auch bei der des Kollegen Leitner erwähnt worden. Wir tun das zurzeit bereits und ergreifen jetzt schon Maßnahmen. In meinem Ressort habe ich verfügt, dass eine Reihe von sogenannten Gießkannenbeiträgen abgeschafft werden sollen. Das wird auf der Seite der Ausgaben aber erst im Haushalt von 2017 bzw. 2018 wirksam werden.

Ein Gesetz hat bisher die Beiträge vorgesehen, die Beitragsansuchen sind angenommen worden und die Auszahlungen erfolgen heuer, im nächsten und im übernächsten Jahr. In manchen Fällen erfolgt diese auch erst in vier Jahren. Zu glauben, dass wir diese Einsparungen nun hernehmen könnten, um die jetzigen Maßnahmen gegenzufinanzieren, ist ein Irrtum. Diese werden ausgabenseitig erst in ein paar Jahren wirksam werden.

Deshalb sind auch Sie, Kollege Urzi, mit hundert Tagen Frist nicht gerade gnädig. Wenn wir in hundert Tagen einen Haushalt komplett auf den Kopf stellen und diese Einsparungen realisieren sollen, wird das so nicht gehen. Auch andere Staaten, die dies vorbildlich gemacht haben, haben es bereits vorgelebt. Es braucht mindestens ein Jahr, um zunächst einmal alle Ausgabenkapitel durchforsten und entsprechende Vorschläge auf den Tisch legen zu können. Mindestens ein weiteres Jahr braucht es, um die Umstrukturierungen dann auch wirklich anzufangen und schrittweise umzusetzen. Dann braucht es mindestens noch ein Jahr, um durch die Umsetzung auch Effekte zu erzielen. Wir reden also von zwei bis drei Jahren. Das ist aber nicht so, weil man sich nicht beeilt, sondern um das zu erreichen, muss man sich ganz enorm beeilen.

Wir wollen aber jetzt schon jene Maßnahmen setzen, die unmittelbar möglich sind. Das tun wir in den ersten hundert Tagen und dazu gehört auch diese. Die Ankündigung war: Wir wollen in den ersten hundert Tagen spürbare und sichtbare Erleichterungen herbeiführen. Das stellt nun dieses Gesamtpaket dar. Und es ist ausgegogen, das möchte ich noch einmal sagen. Gleichzeitig schlagen wir nämlich noch etwas anderes vor.

Bei der Gemeindeimmobiliensteuer wollen wir den Grundwohnbedarf freihalten. Ich möchte es jetzt einmal so formulieren, auch wenn es oft missverständlich ist. Die normale Erstwohnung soll frei von dieser Steuer sein. Dies wird dann auch wieder in Form eines Freibetrages oder in Form eines Katasterwertes gelöst werden, den man definieren muss. Bis zu diesem Wert zahlt man nichts und nur für das, was darüber hinaus geht, wird bezahlt. Es bringt einen ähnlichen Effekt wie mit dem Freibetrag des IRPEF-Zuschlages mit sich.

Jene Person, die eine Luxuswohnung besitzt, soll im Ausmaß des Grundwohnbedarfs nichts bezahlen, denn auch diese Wohnung stellt ihre Erstwohnung dar. Für alles, was darüber hinausgeht, ist zu bezahlen. Es ist anders als es die Regierung von Berlusconi einmal gefordert hat, die jede Erstwohnung befreien wollte. Da liegt der Unterschied. Wir sagen, dass jene, die mehr als den Grundwohnbedarf besitzen, für das Darüberhinausgehende sehr wohl Gemeindeimmobiliensteuer bezahlen sollen.

Wir wollen bei der Gemeindeimmobiliensteuer aber gleichzeitig auch die gewerblich genutzten Immobilien entlasten. Wohlgermerkt nicht befreien! Wir peilen eine Entlastung im Ausmaß von rund einem Viertel von dem an, was zuletzt bezahlt worden ist. Das ist immer noch viel mehr, als es die ICI war, die seinerzeit bezahlt worden ist. Die Gemeindeimmobiliensteuer hat sich in diesem Bereich für viele Unternehmen verdrei- und vervierfacht. Die IRAP-Entlastung der letzten Jahre ist da eher ein Tropfen auf dem heißen Stein gewesen. Heuer macht diese übrigens fünf Millionen Euro aus.

Wenn wir nun alles aufschlüsseln, dann haben wir beim IRPEF-Zuschlag Mindereinnahmen von ungefähr 33 Millionen Euro zu verzeichnen. Was die Befreiung des Grundwohnbedarfs bei der Gemeindeimmobiliensteuer angeht, werden es zirka 35 Millionen Euro sein, die auch zum größten Teil im Landeshaushalt zu Buche schlagen werden. Wir können das nämlich nicht hier entscheiden und dann den Gemeinden aufbürden, sondern wir werden es gegenfinanzieren müssen. Sonst sind die Gemeinden gezwungen, den Bürgern wieder anderswo in die Tasche zu greifen. Das wäre, glaube ich, nicht richtig. Das heißt also, dass wir auch diese Entlastung genauso wie die der gewerblichen Immobilien tragen müssen.

Diese fünfundzwanzig Prozent würden ungefähr 20 bis 25 Millionen Euro ausmachen. Bei der IRAP-Steuer wären es noch einmal 5 Millionen Euro. Insgesamt reden wir also geschätztermaßen von 93 Millionen Euro. Es könnten auch ein paar mehr sein. Zurzeit wird es noch im Detail berechnet. Um diese Größenordnung handelt es sich aber. Von diesen geschätzten 93 Millionen Euro werden 60 bis 65 Millionen Euro unmittelbar in diesem Haushaltsjahr und die restlichen Millionen in den folgenden Jahren wirksam werden.

Dann immer das Argument zu bringen, man sollte doch auf irgendwelche Investitionen verzichten, um solche Dinge gegenfinanzieren zu können, ... Bitte, das ist Populismus! Solche steuerliche Maßnahmen durch Streichungen von Investitionen gegenzufinanzieren, kann nicht funktionieren, das wissen wir doch alle! Das würde

immer nur für höchstens ein Jahr funktionieren. Man kann aber gerne darüber diskutieren, welche Investitionen getätigt werden sollen und welche Projekte nicht realisiert werden sollten, um dafür das Geld nicht auszugeben. Ich habe bereits gestern gesagt, dass wir trotzdem noch eine Liste an Infrastrukturmaßnahmen und an Bauinvestitionen haben, die die halbe Milliarde Euro weit überschreitet. Längst nicht alle davon sind umstritten, denke ich. Wir werden deshalb doch nicht den Fehler machen und nichts mehr in dieses Land investieren!

Auf der anderen Seite würden wir dann noch größere Probleme bekommen. Wir müssen diese Entlastungen schon finanzieren, indem wir bei den laufenden Ausgaben einsparen und eine Gegenfinanzierung erreichen, aber nicht durch die Kürzung von Investitionen, indem wir sagen "Bauen wir doch dies oder jenes nicht, dann könnten wir das alles finanzieren". Es ist unredlich, das zu behaupten. In der Öffentlichkeit wird das immer wieder gemacht. Wenn ich für ein Jahr nicht in ein Projekt investiere, dann habe ich nur für dieses eine Jahr das Geld zur Verfügung. Was mache ich dann im nächsten Jahr? Womit zahle ich im nächsten Jahr dann die Rentenerhöhung? Mit dem Verzicht auf das nächste Projekt? Irgendwann bauen und realisieren wir dann gar nichts mehr. So kann eine öffentliche Verwaltung und auch eine Wirtschaft nicht mehr funktionieren!

Wir glauben, dass unser Vorschlag als Gesamtpaket ausgewogen ist. Wir sind aber auch der Meinung – da darf ich mich durchaus allen Vorrednern anschließen –, dass wir noch weitere Anstrengungen unternehmen und in diese Richtung weiterarbeiten müssen. Dazu braucht es die Strukturreformen, die man jetzt schrittweise in die Wege leiten muss. Dies alles geschieht nicht von einem Tag auf den anderen. Wir werden uns gemeinsam noch darüber unterhalten, wie die nächsten Schritte dann aussehen werden. Ich freue mich, Ihnen heute Abend noch weitere Details dazu erläutern zu können.

PRÄSIDENT: Ich danke dem Landeshauptmann und bitte nun die Einbringer Pöder und Leitner um ihre Replik. Ich weise Sie darauf hin, dass Sie jeweils fünf Minuten Redezeit zur Verfügung haben. Herr Abgeordneter Pöder, bitte.

PÖDER (BürgerUnion - Ladins Dolomites - Wir Südtiroler): Danke sehr, Herr Präsident! Kollege Steger, bevor Sie den Saal verlassen, möchte ich nur ganz kurz etwas sagen. Ich glaube nicht, dass Sie es so gemeint haben, aber Sie haben zumindest gesagt, dass die Leistungsträger in diesem Land jene sind, die über 70.000 Euro verdienen. Sie haben gemeint, dass das die Leistungsträger sind, die wir nicht zusätzlich belasten dürfen.

Ich möchte noch einmal die Zahlen in Erinnerung rufen. Bitte, das sind Zahlen aus dem Amt für Einnahmen. Wir haben in Südtirol knapp 250.000 Steuerzahler, die weniger als 35.000 Euro verdienen. Das ist die Masse der Steuerzahler und sie sind auch Leistungsträger in dieser Gesellschaft, denke ich einmal. Es sind jene Leistungsträger, die schon seit Jahren immer wieder zur Kasse gebeten werden, wenn es darum geht, irgendwelche Löcher zu stopfen, die die anderen Leistungsträger nicht imstande sind zu stopfen, sondern in der Regel sogar noch geöffnet haben.

Wenn die Mehrwertsteuer erhöht wird, dann belastet sie im Verhältnis die niedrigeren und mittleren Einkommenschichten ungleich höher als die hohen Einkommenschichten. Das hat Professor Tappeiner bei der letzten Erhöhung nachgerechnet. Obwohl es sich immer um denselben Prozentsatz handelt, werden die niedrigeren und mittleren Einkommenschichten damit ungleich höher belastet. Ich habe aber ein Problem damit. Genau das ist der Schönheitsfehler bei Ihrem Vorschlag mit dem Freibetrag. Sie müssen dann all jenen, die unter 35.000 Euro verdienen, der Masse der Steuerzahler, erklären, dass Sie ihnen sozusagen diesen Freibetrag nur im Ausmaß von 20.000 Euro und nicht von 35.000 Euro gewähren, und zwar deswegen, weil Sie auch den Reichen diesen Freibetrag gewähren wollen.

Jawohl, damit wären wir nämlich beim Punkt! Weil Sie auch allen anderen diesen Freibetrag gewähren wollen, fehlt dann zum Schluss ein Teil jenes Geldes, den wir dafür verwenden könnten, die Masse der Steuerzahler, somit auch den Mittelstand, die Einkommenschichten unter 35.000 Euro von der Zusatzsteuer zu befreien. Ich möchte den Leuten draußen, die unter 35.000 Euro verdienen, also dieser Masse der Steuerzahler, nicht erklären müssen, dass sie nicht mit 35.000 Euro, sondern nur mit 20.000 Euro den Freibetrag erhalten, und zwar unter anderem deshalb, weil wir auch jenen, die zwei Millionen oder auch 150.000 Euro verdienen, dieses 20.000-Euro-Geschenk machen, obwohl sie es, wie Sie selbst sagen, gar nicht brauchen.

Dieses Steuergeschenk von 20.000 Euro macht für jemanden, der ein Einkommen von zwei Millionen Euro erklärt, um Gottes Willen keine großartige Entlastung aus. Es würde im Gegenzug auch keine hohe Steuerzusatzbelastung für einen Spitzenverdiener bedeuten, wenn wir da den IRPEF-Zuschlag etwas nach oben schrauben würden. Die unverhältnismäßig hohen Belastungen gab es, wie gesagt, in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer und zwar ausschließlich für die Gering- und Mittelverdiener.

Es ist gleich, von wem die Belastungen kommen, denn sie kommen nicht immer vom Land, sondern in der Regel vom Staat. Das Land profitiert aber auch von der Einkommenssteuer, der Mehrwertsteuer und dergleichen. Wir haben bereits gegenfinanziert, indem wir von der Mehrwertsteuererhöhung mitprofitieren. Das muss man in dieser Form auch einmal sagen. Wir profitieren zwar davon nicht eins zu eins, aber so einfach können wir uns die Rechnung auch nicht machen.

Wir können nicht sagen: "Wir gewähren diesen Freibetrag von 20.000 Euro allen generell und deshalb, liebe Masse der Steuerzahler, müsst ihr auf einen Freibetrag von 35.000 oder 30.000 Euro verzichten. Wir können euch nur einen Freibetrag von 20.000 Euro geben, weil wir auch die Reichen beschenken müssen, die es nicht brauchen." Damit, denke ich einmal, sind wir bei einem völlig falschen Ansatz angelangt. Jene Masse der Steuerzahler, die immer wieder belastet wurde und wird, ist zu entlasten.

Und nun zur Steuerhinterziehung. Ja, um Gottes Willen, ja! Wenn Sie hier in Südtirol sagen, dass wir entlasten und dies durch die Bekämpfung der Steuerhinterziehung gegenfinanzieren, dann ist das so ungefähr das Gleiche, wie wenn ich sagen würde, dass wir die Steuerentlastung finanzieren, indem wir einen Lottogewinn machen. Ich wehre mich also dagegen, dass die Südtiroler in denselben Topf jener Regionen geworfen werden, die wirklich eine hohe Zahl von Steuerhinterziehern aufweisen. Wir sind nämlich immer noch die fleißigsten Steuerzahler.

Natürlich gibt es auch bei uns Steuerhinterziehung und diese sogenannte Schwarzgeldkultur. Für manche – man darf es vielleicht gar nicht sagen – ist das die einzige Überlebenschance, wenn ich einmal kleine Handwerker usw. betrachte. Ich denke schon, dass es eben einfach einmal so ist. Wenn der Staat das selbstständige Arbeiten irgendwann einmal verunmöglicht, dann muss jemand nach Auswegen suchen. Nachdem der Staat mit Erhöhungen und zusätzlichen Steuermaßnahmen Steuerlöcher stopfen muss, die nicht wir aufgerissen haben, sondern dieses marode System in diesem Staat, schröpft und belastet er natürlich auch die Südtiroler enorm.

Ich sage es noch einmal: Steuergeschenke für die Reichen, nein! Entlastung für die mittleren und geringeren Verdienner: Ja! Nichts anderes schlage ich vor. Mit 35.000 Euro entlasten wir die große Masse der Steuerzahler in Südtirol.

PRÄSIDENT: Danke, Kollege Pöder. Bevor ich das Wort dem Kollegen Leitner übergebe, möchte ich die Fachoberschule für Landwirtschaft von Auer recht herzlich begrüßen. Guten Morgen!

Herr Abgeordneter Leitner, bitte.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Präsident! Die Diskussion hat gezeigt, dass es einen Grundkonsens gibt, was die steuerliche Entlastung anbelangt, dass es aber durchaus auch Unterschiede gibt, wie das zu geschehen hat.

Auch ich möchte noch einmal die Subventionspolitik aufgreifen. Es ist klar, dass das nur nach einem bestimmten Zeitraum geschehen kann, weil es Verpflichtungen und geltende Gesetze gibt. Das ist vollkommen klar, aber irgendwo muss man anfangen. Die Bereitschaft, das zu überdenken, ist durchaus aner kennenswert. Das geht genau in die Richtung, die wir eigentlich schon immer hier in diesem Landtag gefordert haben, seit wir im Landtag vertreten sind. Das ist nachweisbar. Diese Art von Subventionspolitik hat dazu geführt, dass bei uns wegen der Subventionen alles teurer ist, wie beispielsweise beim Wohnbau. Das AFI selbst hat schon im Jahr 1999 festgestellt, dass die Wohnungspreise in Südtirol nicht trotz, sondern wegen der Wohnbauförderung so hoch sind. Man hat aber nie umgedacht.

Ich bin vollkommen einig mit dem, was Kollege Renzler gesagt hat. Es ist wahr, dass wir wenschon die Steuerhinterziehung bekämpfen müssen. Eine zusätzliche Besteuerung für Leute, die ein bisschen mehr – 70.000 Euro ist sicherlich viel – verdienen, einzuführen, finde ich nicht richtig. Diese kommen schon bei der Steuerprogression zum Handkuss und zahlen auch für ihr Einkommen. Ich warne davor, dies einzuführen, denn das geht schon in Richtung Kommunismus. Es ist bezeichnend, dass gerade die Gewerkschaft CGIL den Vorschlag vertreten hat, dass man Einkommen über 70.000 Euro steuerlich zusätzlich belasten sollte. Das ist ein falsches Signal!

Ich sage nicht, dass die anderen keine Leistungsträger sind. Leistungsträger sind alle, auch die mit geringem Einkommen. Diese gehören genauso zur gesamten Gesellschaft dazu. Wenn wir aber keine Anreize schaffen und es verpönt ist, mehr zu verdienen, dann werden wir immer mehr Leute haben, die automatisch unter diese Grenze fallen. Wenn ich keinen Anreiz schaffe, dann werden die Leute sagen: "Ich bin doch nicht blöd. Ich werde jetzt auch versuchen, Steuern zu hinterziehen, dann werde ich nicht mehr besteuert." Das ist der falsche Weg! Ich

verstehe schon, dass das sehr sozial klingt, aber erreichen tut man damit, aus meiner Sicht, das Gegenteil. Das ist nicht zielführend.

Nachdem über den Antrag vom Kollegen Pöder zuerst abgestimmt wird und wir im ersten Punkt das Gleiche verlangen, stimmen wir diesem Punkt selbstverständlich zu. Ich beantrage jedoch eine getrennte Abstimmung von Punkt 1 und Punkt 2. Dem zweiten Teil stimmen wir nicht zu. Nachdem unser Antrag damit verfallen würde, habe ich einen Ersetzungsantrag eingebracht, bei dem nur mehr folgender Teil des Beschlussantrages bleibt: *"Der Südtiroler Landtag spricht sich grundsätzlich für eine Abschaffung der regionalen Zusatzsteuer IRPEF zum ehest möglichsten Zeitpunkt aus."* Ich sage nicht, dass dies in einem Jahr oder in zwei Jahren erfolgen soll. Man soll aber grundsätzlich sagen: Diesen Zuschlag versuchen wir abzuschaffen!

Das ist eine Willensbekundung, mit der man die Landesregierung natürlich auch schon zu etwas verpflichtet. Weil über den Antrag des Kollegen Pöder zuerst abgestimmt wird, würde meiner dann verfallen. Deshalb habe ich diesen Ersetzungsantrag eingebracht, mit dem der beschließende Teil wegfällt. Es bliebe – ich lese es noch einmal vor – nur mehr: *"Der Südtiroler Landtag spricht sich grundsätzlich für eine Abschaffung der regionalen Zusatzsteuer IRPEF zum ehest möglichsten Zeitpunkt aus."*

Ich sage nicht, dass es 2014 oder 2015 sein muss, aber man soll darauf hinarbeiten. Das wäre dann schon ein klares Signal nach außen, sofern es die Mittel erlauben. Auch wenn wir als Opposition immer alles verlangen können, weiß auch ich, dass niemand eine Wundertüte hat und die Geldmittel begrenzt sind. Das wissen wir. Es wäre aber schon ein Signal, von dem wir alle, wirklich alle, einen Vorteil hätten. Das Geld, das wir den Bürgern nicht nehmen, brauchen wir ihnen in Form von Subventionen nicht wieder zurückgeben.

PRÄSIDENT: Danke, Kollege Leitner! Ich lese jetzt noch kurz den Ersetzungsantrag vor, bevor ich dem Kollegen Steger das Wort erteile.

Ersetzungsantrag, eingebracht vom Abgeordneten Leitner: *"Der Südtiroler Landtag spricht sich grundsätzlich für eine Abschaffung der regionalen Zusatzsteuer IRPEF zum ehest möglichsten Zeitpunkt aus."*

"Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano si dichiara sostanzialmente favorevole all'abolizione dell'addizionale regionale IRPEF, da effettuarsi quanto prima."

Der beschließende Teil wird so ersetzt.

Herr Abgeordneter Steger, Sie haben das Wort.

STEGER (SVP): Danke, Herr Präsident! Zum Fortgang der Arbeiten. Für eine Beratung ersuche ich um eine Unterbrechung der Sitzung von zehn Minuten.

PRÄSIDENT: Dem Antrag um Unterbrechung der Sitzung wird stattgegeben. Wir beginnen die Arbeiten in diesem Saal wieder um 11.40 Uhr.

ORE 11.30 UHR

ORE 11.39 UHR

PRÄSIDENT: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Sitzung ist wieder aufgenommen. Wir kommen zur Abstimmung über den Beschlussantrag des Kollegen Pöder, wobei ich daran erinnern möchte, dass wir getrennt über die Prämissen gemeinsam mit Punkt 1 des beschließenden Teiles und dann über Punkt 2 des beschließenden Teiles abstimmen.

Herr Abgeordneter Urzi, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

URZI (L'Alto Adige nel cuore): Proprio su questo Presidente. Chiedo di votare separatamente le premesse, il primo ed il secondo punto della parte impegnativa, non premesse e primo punto insieme e poi il secondo punto.

ABGEORDNETE: *(unterbrechen)*

URZI (L'Alto Adige nel cuore): Allora ho capito male. Avevo capito che le due cose fossero legate.

PRÄSIDENT: Somit stimmen wir beim Beschlussantrag des Kollegen Pöder getrennt über die Prämissen, über Punkt 1 des beschließenden Teiles und über Punkt 2 des beschließenden Teiles ab.
Herr Abgeordneter Steger, bitte.

STEGER (SVP): Ich möchte noch zum Ersetzungsantrag des Kollegen Pius Leitner Stellung nehmen. Nachdem dieser Ersetzungsantrag von der Grundausrichtung her genau dem entspricht, was Landeshauptmann Arno Kompatscher mit der neuen Landesregierung auf die Wege bringen will, wird die Südtiroler Volkspartei dem Ersetzungsantrag der Freiheitlichen zustimmen.

Wir ersuchen allerdings um eine Änderung in den Prämissen. Dem dritten Absatz, der da lautet "*Die Politik hat die Aufgabe ... usw.*", können wir nicht zustimmen, da er im Zusammenhang mit den Investitionen steht. Den Grund, warum wir dagegen sind, hat Landeshauptmann Kompatscher eben schon erklärt. Die Südtiroler Volkspartei trägt diese Meinung des Landeshauptmannes mit. Wir hätten gerne, dass dieser Absatz herauskommt, weil wir diese Entscheidung nicht mit den Investitionen koppeln wollen, auch wenn wir oft ...

ABGEORDNETE: (*unterbrechen*)

STEGER (SVP): Der neue Antrag beinhaltet also nur diese drei Zeilen. Gut, diese drei Zeilen, der beschließende Teil also, wird von der Südtiroler Volkspartei mitunterstützt.

PRÄSIDENT: Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Beschlussantrag Nr. 1/13. Zuerst stimmen wir nur über die Prämissen ab.

Ich eröffne die Abstimmung: mit 4 Ja-Stimmen, 17 Gegenstimmen und 10 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Nun bringe ich den Punkt 1 des beschließenden Teiles zur Abstimmung.

Ich eröffne die Abstimmung: mit 10 Ja-Stimmen, 15 Gegenstimmen und 4 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Nun bringe ich den Punkt 2 des beschließenden Teiles zur Abstimmung.

Ich eröffne die Abstimmung: mit 4 Ja-Stimmen und 27 Gegenstimmen abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Ersetzungsantrag von Beschlussantrag Nr. 13/13. Dieser besteht, ohne Prämissen, nur noch aus einem beschließenden Teil, der grundsätzlich eine ehest mögliche Abschaffung der Zusatzsteuer IRPEF vorsieht.

Ich eröffne die Abstimmung: mit 27 Ja-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen genehmigt.

Wir kommen nun zum nächsten Tagesordnungspunkt.

Punkt 10 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 25/13 vom 12.12.2013, eingebracht von den Abgeordneten Foppa, Dello Sbarba und Heiss, betreffend gemeinsame Schule**".

Punto 10) dell'ordine del giorno: "**Mozione n. 25/13 del 12.12.2013, presentata dai consiglieri Foppa, Dello Sbarba e Heiss, riguardante scuole comuni**".

Die KOLIPSI-Studie der Eurac (2009) hat deutlich gemacht, dass die Zweitsprachkenntnisse in Südtirol weitgehend unzufriedenstellend sind. Eine Zahl, stellvertretend für weitere: 44 % der deutschsprachigen SchülerInnen der 4. Klasse Oberschule erreicht Italienischkenntnisse des Niveaus B1, 4 % nur A2. Noch schlechter sind die Ergebnisse bei den italienischen SchülerInnen: 47 % erreicht Niveau B1, 28 % gar nur A2.

Als Reaktion auf diese schlechten Ergebnisse haben auch SpitzenexponentInnen der Südtiroler Kulturpolitik ausgedrückt, dass der Unterricht nicht ausreicht und dass es gilt, Begegnungsmöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen der verschiedenen Sprachgruppen zu schaffen.

Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass es einen echten Sprachverwendungs-Kontext braucht, um eine Sprache zu lernen. Auch in den Schlussfolgerungen der KOLIPSI-Studie wird dies unterstrichen. Der Kontakt zur anderen Sprachgruppe spielt, wie die Studie zeigt, eine wichtige Rolle bei der Motivation zum Erlernen der Zweitsprache". Auf diesem Ansatz fußen schließlich auch die diversen Schüleraustauschprojekte, Schulpartnerschaften etc. Sie alle zielen darauf ab, die SchülerInnen außerhalb der Schulklasse in Verbindung zu bringen.

Eltern äußern seit Jahren den Wunsch, die Begegnungsmöglichkeiten ihrer Kinder mit den Kindern der anderen Sprachgruppe zu erweitern – nicht nur um die Sprachfähigkeiten zu verbessern, son-

dem auch um das Aneignen der jeweils anderen Kultur zu ermöglichen. Dieser Wunsch zeigt sich letztlich auch in der Tatsache, dass viele Eltern (die genaue Anzahl wird leider nie erhoben!) die Entscheidung treffen, ihre Kinder, wo möglich, in Kindergärten und Schulen der anderen Sprachgruppe einzuschreiben. Die "gemischte Schule", wiewohl von der Landesregierung seit Jahrzehnten erfolgreich vereitelt, ist daher schon lange Wirklichkeit, vor allem in den Städten. Diese selbstgebastelte Gemeinsame Schule führt allerdings zu einer Vielzahl von Problemen didaktischer, logistischer, sozialer Natur – dies wird allerdings nie offen angegangen, weil man Bedürfnis und Problem weiterhin leugnet.

Es bestehen bereits einige Projekte, in denen die Zweitsprache besonders gefördert wird, insbesondere durch Fachunterricht in der Zweitsprache oder durch Lehrer- oder Schüleraustausch. Diese Projekte werden von Einzelpersonen und Institutionen mit viel Einsatz, Überzeugung und Engagement vorangetrieben und sind sehr zu unterstützen. Dies ändert aber nichts an der Tatsache, dass in vielen dieser Fälle der Gebrauch der Zweitsprache eine Unterrichtssprache bleibt und durch die reine Verwendung mit dem Fach oder der Lehrperson eine gewisse künstliche Form beibehält. Der gewünschte authentische Sprachverwendungskontext wird NICHT hergestellt.

Nicht zuletzt gilt es an die vielen mehrsprachigen Familien zu denken (auch sie warten immer noch darauf statistisch gezählt und somit als Bevölkerungsstärke wahrgenommen zu werden) – sie warten seit langen Jahren auf Lösungen, die die soziale und kulturelle Eingliederung und Entwicklung ihrer Kinder fördern. Tatsächlich beklagen viele Eltern mehrsprachig aufwachsender Kinder, dass der Augenblick der Einschulung für sie ein gewisses Trauma darstellt, weil da entschieden wird, welche Identität ihrer Kinder den Vorrang haben wird. Ab diesem Zeitpunkt nämlich gerät die Sprache des anderen Elternteils in eine untergeordnete Position, weil die schulische Sozialisierungssprache eine andere ist.

Dies alles vorausgeschickt,

und unter Bezugnahme auf die Aussagen in der "Schulbaurichtlinie" (Dekret des Landeshauptmanns vom 23. Februar 2009, Nr.10), die z.B. im Artikel 6 Absatz 1 besagt: "Das Schulgebäude muss den ständigen Veränderungen, welche die heutige Schule kennzeichnen, angepasst werden können (...)" oder im Absatz 2: "Das Entwurfskonzept soll Veränderungen zulassen und flexibel sein. Die angewandten technischen Lösungen sollen verschiedensten Anforderungen entsprechen können;" sowie angesichts der Tatsache, dass die Gemeinden Bozen und Brixen bereits analoge Beschlussanträge für die auf ihren jeweiligen Gemeindegebieten befindlichen Schulen angenommen haben

beauftragt
der Südtiroler Landtag
die Landesregierung,

als Leitlinie für neue Schulstrukturen und Umbauten/Sanierungen der bestehenden Schulgebäude, immer die Bildung von gemeinsamen Schulstrukturen für beide Sprachgruppen anzustreben, um eine dauernde und alltägliche Begegnung der Kinder und Jugendlichen der beiden Sprachgruppen zu fördern.

Entsprechend wird die Schulbaurichtlinie angepasst.

Dallo studio KOLIPSI dell'EURAC (2009) emerge chiaramente che la conoscenza della seconda lingua in Alto Adige è ampiamente insoddisfacente. Un dato significativo: il 44% degli studenti di lingua tedesca della quarta classe superiore ha una conoscenza dell'italiano pari al livello B1, il 4% arriva solo all'A2. Sono ancora peggiori i risultati per gli studenti italiani: il 47% ha il livello B1, il 28% addirittura solo il livello A2.

Come reazione a questi risultati assolutamente negativi, anche degli esponenti di punta della politica altoatesina della cultura hanno convenuto che l'insegnamento non è sufficiente e che è necessario trovare delle opportunità di incontro tra bambini e giovani dei diversi gruppi linguistici.

È scientificamente dimostrato che serve un contesto di reale utilizzo della lingua per poterla apprendere. Anche nelle conclusioni dello studio KOLIPSI è sottolineato quest'aspetto. Il contatto con l'altro gruppo linguistico, come evidenziato nello studio, svolge un ruolo importante come motivazione per l'apprendimento della seconda lingua. È, in effetti, questo l'approccio sul quale si basano anche i diversi progetti di scambio tra studenti, le partnership scolastiche ecc. Tutte queste iniziative mirano in effetti a trovare dei contatti tra gli studenti anche al di fuori delle aule scolastiche.

I genitori da anni auspicano di poter ampliare le opportunità di incontro dei loro figli con bambini dell'altro gruppo linguistico – non soltanto per migliorare le competenze linguistiche ma anche per una conoscenza delle reciproche culture. Questo desiderio è confermato in ultima analisi anche dal fatto che molti genitori (non è stato rilevato purtroppo il dato preciso), ove possibile, decidono di iscrivere i loro figli in asili e scuole dell'altro gruppo linguistico. La "scuola mista", che la Giunta provinciale combatte con successo da decenni, è quindi una realtà da molto tempo, in particolare nelle città e nei centri urbani. Questa scuola comune "fai da te" comporta tutta una serie di problemi di natura didattica, logistica e sociale – che non vengono mai affrontati apertamente, perché si continua a negare sia l'esigenza sia il problema.

Esistono già alcuni progetti attraverso i quali la seconda lingua viene particolarmente curata, per esempio tramite il suo insegnamento veicolare o tramite lo scambio di insegnanti o alunni. Questi progetti sono portati avanti da singole persone e istituzioni con molto impegno e convinzione, e vanno sostenuti. Resta però il fatto che in molti di questi casi la seconda lingua rimane una lingua di insegnamento che, venendo utilizzata unicamente per una materia o con il relativo insegnante, continua a rimanere artificiale. NON si instaura l'auspicato contesto autentico per l'utilizzo della lingua.

Non da ultimo bisogna pensare alle molte famiglie mistilingue (anche loro aspettano ancora di essere censite statisticamente per essere percepite nella loro reale consistenza) – da anni stanno attendendo soluzioni che agevolino l'integrazione sociale e culturale e lo sviluppo dei propri figli. In effetti molti genitori di bambini che crescono in un ambiente multilingue si lamentano per il fatto che vivono in un certo senso come un trauma il momento dell'iscrizione alla scuola, perché lì si decide quale sarà l'identità prevalente dei loro figli. Da questo momento, in effetti, la lingua dell'altro genitore assume una posizione subordinata, perché la lingua di socializzazione scolastica è un'altra.

Tutto ciò premesso,

e tenuto conto delle dichiarazioni contenute nella "Direttiva per l'edilizia scolastica" (decreto del presidente della Provincia 23 febbraio 2009, n. 10), che ad esempio all'articolo 6, comma 1, recita: "È necessario prevedere l'adeguamento dell'edificio scolastico alle esigenze di cambiamento continuo proprie della scuola attuale (...)" oppure al comma 2 stabilisce che: "L'idea progettuale deve permettere successive modifiche e deve essere flessibile. Le soluzioni tecniche adottate devono poter corrispondere alle esigenze più diverse;"

nonché in considerazione del fatto che i comuni di Bolzano e Bressanone da tempo hanno approvato mozioni analoghe per le scuole sul rispettivo territorio comunale,

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
incarica*

la Giunta provinciale

di adottare come linea guida per le nuove infrastrutture scolastiche e per ristrutturazioni/risanamenti degli attuali edifici scolastici la realizzazione di strutture scolastiche comuni per entrambi i gruppi linguistici, al fine di agevolare un incontro costante e quotidiano dei bambini e giovani di entrambi i gruppi linguistici.

La direttiva sull'edilizia scolastica viene adeguata di conseguenza.

Frau Abgeordnete Foppa, Sie haben das Wort zur Erläuterung des Beschlussantrages.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Danke, Herr Präsident! Es gibt auch Erfreuliches zu berichten, zum Beispiel dass das Magazin für Destinationsmarketing Südtirol, das bekanntermaßen kein grünes Parteiblatt ist, diese Woche titelt: "Mehrsprachigkeit ist der Schlüssel zur Welt und sichert wirtschaftlichen Erfolg", und zwar mit dem schönen Titel "Hebt diesen Schatz". Das ist das Eine. Auf der anderen Seite aber werden dauernd Studien durchgeführt, durch die immer wieder zu Tage tritt, wie schlecht es doch in unserem potentiell mehrsprachigen Land mit den Sprachkenntnissen unserer Bevölkerung aussieht.

Die letzte Studie, die mir bekannt ist, ist die der EURAC von 2009, laut der 44 Prozent der deutschsprachigen SchülerInnen der vierten Klasse Oberschule Italienischkenntnisse vom Niveau B1 vorweisen und vier Prozent gar nur das Niveau A2. Für ein mehrsprachiges Land sind das schlechte Ergebnisse. Bei den italienischen Schülerinnen und Schülern sieht es noch schlechter aus: 47 Prozent erreichen ein Niveau von B1 und 28 Prozent gar nur A2. Mehr als die Hälfte besitzt also Sprachkenntnisse, die denen entsprechen, welche man erreicht, wenn man ein bis zwei Sprachkurse besucht hat.

Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass es einen echten Kontext braucht, in welchem man die Sprache auch verwenden kann. Die Verwendung der Sprache im Unterricht und nur rein fachbezogen ist meistens noch nicht der wirkliche Schritt zur Sprache selbst. Dazu braucht es Kontexte, in denen man die Sprache auch tatsächlich anwenden kann und nicht solche, in denen die Verwendung nur fingiert ist oder dann vielleicht auch bewertet wird, also sehr viele Auflagen dieses oft auch emotionale Sprachenerlernen beeinträchtigen.

Auf diese Erkenntnisse zielen auch die vielen Schulpartnerschaften und Austauschprojekte ab, die in unserem Land vorbildlich gefördert werden. Man geht davon aus, dass man Leute sich begegnen lassen muss. Man muss ihnen die Möglichkeit geben, die Sprache anzuwenden, die Sprache auch an sympathische Menschen, Beziehungen und Kontexte binden zu können, um dann noch einen positiveren Zugang zur anderen Sprache zu finden, um ein lustvolles Sprachenerlernen zu gewährleisten und auch Lust auf Kultur und mehr zu machen.

C'è forte nella popolazione la volontà di incontrarsi e di avere più incontro nella scuola. Tant'è che la scuola comune – spesso anche chiamata scuola mista – c'è già in qualche maniera, nei posti dove italiani e tedeschi ci sono nello stesso comune. La scuola comune nella versione "fai da tè" esiste già. Abbiamo sentito ieri che ci sono famiglie tedesche che iscrivono i propri figli nelle scuole italiane e viceversa. Questa è una situazione potenzialmente buona, anche con un buon grado di sovversione che però grava sugli insegnanti e sulle famiglie. Ci sono quindi molti progetti che però spesso sono artificiali.

Es hat in unserem Land eine Zeit gegeben, in der man dieses Zusammentreffen, dieses Zusammenführen der Sprachgruppen nicht so förderte. Deshalb ist es auch so, dass sich beispielsweise das deutsche Realgymnasium an einem Ende der Stadt und das italienische auf der anderen Seite befinden. Zu meiner Oberschulzeit haben wir die italienischen Kollegen nie kennengelernt. Wir haben gewusst, dass es da unten irgendwo ein italienisches Realgymnasium gibt, aber wir hatten keinen Kontakt. Wir hatten viel mehr Kontakt mit den deutschen Geometerschülern. Im Grunde ist es auch nicht sehr funktional, rein auch vom Infrastrukturtechnischem her, aber es ist nun mal ein Produkt unserer Geschichte.

Vielleicht ist es jetzt an der Zeit, einen neuen Weg, einen neuen Kurs einzuschlagen. Ich bitte Euch einfach, diesen Schritt auch als solchen zu sehen, nicht mehr und nicht weniger. Mein Vorschlag ist es, dass wir in Zukunft, wo immer möglich, gemeinsame Schulgebäude für die deutsche und für die italienische Sprachgruppe errichten. Es betrifft natürlich jene Gemeinden, in denen es hierzu auch den Bedarf gibt. Ich weiß, dass dies in Moos im Passeier wahrscheinlich nicht so schnell passieren wird. Es gibt aber Gemeinden, in denen es durchaus möglich und auch wünschenswert wäre.

Ich weiß, dass das nicht alle Sprach- und Zusammenlebensprobleme unseres Landes lösen wird. Ganz sicher nicht! Es gibt auch schon Schulen, in denen diese Realität bereits vorhanden ist. Im Unterland gibt es gar einige und auch hier in Bozen. Wir haben gerade heute früh davon mit einigen Schülern und Schülerinnen gesprochen. Es stellt überhaupt keine Gewähr dafür dar, dass man besser Italienisch oder Deutsch lernen wird. Es gibt Schulen, in denen Jahr und Tag schon diese bauliche Zusammenführung besteht und die Leute sich aus dem Weg gehen. In anderen Schulen wird das Zusammentreffen auch ein wenig strukturell verhindert, indem man die Pausen um eine halbe Stunde zeitversetzt, damit man sich ja nicht trifft.

Trotzdem würde ich Euch bitten, das in Eurer Bewertung dieses Vorschlages zu berücksichtigen und ihn einfach so anzunehmen. Die Frage lautet nur: Wird es besser, als es jetzt ist, oder wird es schlechter? Ich bin der Meinung, dass es ein Schritt mehr hin zum Zusammenkommen, zur Begegnung und zur Erleichterung dessen ist, was bei uns eigentlich ganz normal und logisch sein müsste. Immer wieder wird von mehrsprachiger Schule geredet. Ich stelle aber fest, dass dieser Vorschlag keine mehrsprachige Schule bedeutet. Auch der Artikel 19 des Autonomiestatutes wird damit in keiner Weise lädiert.

Folglich lade ich Euch ein, diesen Schritt einfach gemeinsam zu setzen, ohne dass es eine große Revolution sein soll. Es wäre aber ein deutliches Zeichen nach außen, auch in die internationale Welt, die unsere Autonomie immer bestaunt und sich auch immer wieder wundert, warum die Leute mit einer so guten Autonomie die zweite Sprache so schlecht sprechen. Damit würden wir, glaube ich, dieses Zeichen setzen. Vielen Dank!

PRÄSIDENT: Danke, Kollegin Foppa! Es haben sich noch einige andere Abgeordnete gemeldet. Herr Abgeordneter Knoll, Sie haben das Wort.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Danke, Herr Präsident! Zunächst hätte ich eine Frage zu den Zahlen dieser KOLIPSI-Studie. Ich glaube, dass da irgendetwas nicht stimmt. In Ihrem Text steht, dass 44 Prozent der Deutschen das Niveau B1 erreichen und vier Prozent das Niveau A2. Noch schlechter stehe es bei den Italienern.

Da sind es dann aber plötzlich 47 Prozent, die das Niveau B1, und 28 Prozent, die das Niveau A2 erreichen. Mit den Zahlen stimmt etwas nicht. Könnten Sie uns das dann vielleicht genauer erklären?

Zum Beschlussantrag als solchen möchte ich grundsätzlich sagen, dass ich es immer schätze, wenn man sich für eine Sache einsetzt und dafür kämpft. Nur ist die Trennlinie zwischen Kampf und Krampf manchmal sehr dünn. Ich sage das aus dem Grunde, weil Sie in Ihren Erläuterungen eigentlich etwas ganz anderes dargestellt haben, als Sie in Ihrem Beschlussantrag fordern. Sie sagen, dass man die Möglichkeiten schaffen soll usw. Im Beschlussantrag steht aber drin, dass als Leitlinie für neue Schulstrukturen und Umbauten der bestehenden Schulgebäude immer die Bildung von gemeinsamen Schulstrukturen für beide Sprachgruppen anzustreben ist.

Sie haben selbst gesagt, dass es Gemeinden gibt, in denen das einfach nicht der Fall sein wird. Sie sagen zwar "noch nicht", aber in Moos im Passeier, glaube ich, wird es diese Realität nie geben. Wir hoffen zumindest, dass wir dort nur eine gemischtsprachige Schule brauchen. Was macht es für einen Sinn, Geld in Mauern zu investieren? Ich bin froh, dass jetzt auch Schüler hier anwesend sind, die einmal mitbekommen, was hier im Landtag im Grunde genommen für ein Nonsens verbreitet wird! Man sollte stattdessen das Geld so investieren, dass damit den Schülern Möglichkeiten geboten werden, Sprachen zu lernen. Ich meine damit didaktische Möglichkeiten.

Gehen Sie hinaus in die Schulen und schauen Sie sich einmal an, welche Probleme wir haben! Ich selbst habe eine Sprachenschule besucht. Wenn es darum ging, dass wir Sprachenintensivwochen besuchen wollten, mussten wir schauen, wie man das Ganze finanzieren konnte. Wo auch immer, für alle möglichen Projekte fehlte das Geld. Man sollte Sprachprojekte initiieren, anstatt das Geld in so etwas zu investieren. Plötzlich sollen wir Mauern bauen, damit sich Schüler im Grunde genommen auf dem Pausenhof begegnen können? Das fördert gar nichts!

Das beste Beispiel dafür ist Bozen. Die Landeshauptstadt Bozen würde – davon bin ich der festen Überzeugung – die besten Voraussetzungen dafür bieten, dass sich Sprachgruppen begegnen könnten. Trotz alledem glaube ich, dass Sie, wenn Sie sich die Sprachsituation in den italienischsprachigen Schulklassen in Bozen anschauen, feststellen werden, dass diese Mehrsprachigkeit in sehr vielen Fällen einfach nicht gegeben ist. Die Verantwortung auf die Schule zu übertragen und zu sagen, dass wir dieses Problem durch das Bauen von gemeinsamen Schulen oder gemeinsamen Schulhöfen lösen werden, ist einfach blauäugig. Das wird an der Situation nichts ändern.

Verstehen Sie mich nicht falsch, ich respektiere Ihren Wunsch. Es ist nicht abwertend gemeint. Ich respektiere den Wunsch, wenn Sie sagen, dass Sie eine mehrsprachige Gesellschaft anstreben. Ich muss diese Ansicht in der Form aber nicht teilen. Ich bin der Meinung, dass die Schüler so gut als möglich eine andere Sprache erlernen sollten, ohne deswegen aber die Kenntnis ihrer Muttersprache verlieren zu müssen. Ich glaube nicht, dass sich das realisieren lässt, indem wir in Mauern investieren, sondern wir müssen in die Köpfe investieren.

Wir müssen die Möglichkeit schaffen, dass Begegnung auch stattfindet. Es braucht aber auch die Bereitschaft dazu. In Südtirol hätten die italienischen Schüler im Vergleich zu den deutschsprachigen Schülern in ihrem Leben zu neunzig Prozent die Möglichkeit, mit der anderen Sprachgruppe in Kontakt zu treten und die Sprache zu erlernen. Wie kann es dann sein, dass in den italienischen Schulen die Sprachkompetenzen schlechter sind als in der deutschen Schule? Darüber müssen wir uns Gedanken machen.

Bevor wir anfangen darüber zu reden, dass wir Mauern bzw. gemeinsame Schulgebäude bauen müssen, müssen wir davon reden, dass wir das muttersprachliche Prinzip aufgeben. Damit müssen wir anfangen! Die ganze Verantwortung immer nur auf die Schule zu übertragen, ohne sich einmal die Frage zu stellen, warum die Gesellschaft dieses System nicht geht, ist einfach blauäugig. Ich bin einfach der Überzeugung, dass das Geld besser in die Schüler investiert werden sollte als in Schulgebäude. Deswegen werden wir diesem Beschlussantrag nicht zustimmen.

URZì (L'Alto Adige nel cuore): Sicuramente non è un luogo fisico che da solo riesce a costruire una condizione di plurilinguismo in Alto Adige, però, perlomeno da un punto di vista plastico, è sicuramente una strada in questa direzione. Annuncio con convinzione il mio voto favorevole alla mozione, anche se sono convinto che non risolverebbe il problema un'applicazione integrale sic et simpliciter sul territorio di questa misura, di questo piano di riorganizzazione logistica. Ribadisco, perché voglio essere chiaro - ovviamente anche per non confondere il mio giudizio con quello del collega Knoll - che ritengo che questa sia comunque una strada positiva da perseguire. Di certo ovviamente potremmo dichiarare questa strada ottimamente perseguibile per la finalità che ci si prefigge, ossia quella di creare una condizione di plurilinguismo vero, se la si intendesse in primo luogo nell'ambito delle strutture per l'infanzia, nelle scuole materne e negli asili, perché lì c'è l'approccio autenticamente naturale del

bambino, della persona ancora da maturare, l'approccio più naturale possibile con l'interlocutore senza considerare la lingua di appartenenza. E' questo il momento autentico in cui l'approccio ludico, naturale del bambino con l'interlocutore che parla un'altra lingua cerca di superare l'ostacolo linguistico e di interagire quindi anche attraverso l'apprendimento dell'altra lingua. Se dovessi pensare ad una soluzione fantastica, la più meravigliosa possibile, penserei ad asili integralmente mistilingui, plurilingui, misti, chiamateli come volete: aperti, integrati, uguali, identici... in provincia di Bolzano. Perché è proprio lì che si crea non la coscienza identitaria ma la competenza linguistica, perché la coscienza identitaria appartiene all'ambiente familiare, alle usanze che si apprendono, alle abitudini e non alla lingua che si usa. Sono cose diverse! Ci sono trentini che parlano italiano ma si sentono tirolesi, che è una cosa che potrebbe far sorridere! Quella è la coscienza identitaria e poi parlano l'italiano e non spiaccicano una parola di tedesco - quelli del PATT tanto per essere chiari - però si sentono tirolesi più dei tirolesi. Parlo di alcuni fortunatamente, non tutti. Io sono metà trentino e fortunatamente questo tipo di contagio non l'ho mai subito! Signori, battute a parte, bisogna comprendere che c'è un percorso culturale da sviluppare, che parte sicuramente attraverso l'organizzazione logistica ma passa anche attraverso una ristrutturazione di un impianto di apprendimento linguistico che deve partire da una naturalezza del rapporto. Concludo questo ragionamento, e non voglio aggiungere altro, solamente citando -come ho fatto l'altro giorno in presenza della delegazione della Winter School dell'Eurac - un servizio diffuso dall'ORF, televisione austriaca, che ha raccontato della didattica applicata nell'asilo di Sillian, ad un chilometro dal confine con l'Italia - San Candido - in Austria, dove viene insegnato 'naturalmente' l'italiano. Si parla in italiano ai bambini ed i bambini parlano l'italiano. Perché, dicono i dirigenti e gli insegnanti? Perché se a un chilometro c'è l'Italia, è inutile pensare che nell'Europa non ci si possa confrontare con quello che è vicino. In un'intervista l'assessore Achammer, di fronte all'intervistatore austriaco che gli chiede: 'perché non lo fate anche in Italia?' risponde che da noi è vietato, non si può fare perché c'è paura autentica rispetto alla naturalezza del rapporto con l'altro per conoscersi meglio e lavorare meglio assieme. E' questo che va smontato: sono d'accordo, collega Knoll, bisogna agire sulle teste, il problema è come agire sulle teste e su quale tipo di coscienza. Io dico: più integrazione, soprattutto dalla tenera infanzia, crea una società della comprensione. Applicando questo sistema... Se penso a due scuole superiori che si incontrano, per me fanno a botte dalla mattina alla sera - non si riesce a stabilire quella connessione. Bisogna crearla dalla giovanissima età, con la naturalezza del rapporto con l'altro gruppo, con l'altra lingua, in modo che non sia più l'altro, ma sia qualcosa di noi. Grazie.

STIRNER (SVP): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich muss sagen, dass ich diesem Beschlussantrag sehr viel Positives abgewinnen kann. Das Thema Mehrsprachigkeit bzw. die Kenntnisse der zweiten Sprache in unserem Land zu verbessern, ist ein sehr stark gefühltes Thema. Sowohl italienisch- als auch deutschsprachige Eltern haben einfach die Notwendigkeit erkannt, dass die Chancen im Beruf und auf dem Arbeitsmarkt für zwei- und mehrsprachige Kinder und Jugendliche einfach besser sind. Es werden zwar zahlreiche Anstrengungen unternommen, aber diese sind natürlich nicht ausreichend. Ich teile Ihre Meinung, wenn Sie sagen, dass viele Maßnahmen, die bisher ergriffen wurden, eher künstliche Sprachsituationen schaffen.

Natürlich bedeutet das jetzt nicht die Lösung des Problems. Ich sehe es aber als einen weiteren Schritt in die richtige Richtung. Ich bin aber auch der Meinung, dass es nicht überall durchgeführt werden kann. In größeren Gemeinden und Städten ist es natürlich möglich. Es ist ja auch nicht so, dass jetzt auf einmal alles über den Haufen geworfen wird. Das Wörtchen "immer" würde ich aber weglassen. Das ist vielleicht nicht unbedingt notwendig. Es geht nur darum, dass man dann, wenn zukünftige Strukturen geplant werden, darauf achtet, dass die Nähe vorhanden ist.

Ich mache jetzt ein Beispiel. In Meran haben wir in der Karl-Wolf-Straße das Schuldorf, in dem italienische und deutsche Oberschulen untergebracht sind. Dort besteht diese ganz natürliche Möglichkeit des Kontaktes vor Schulbeginn, in der Pause oder nach der Schule. Gemeinsame Schulprojekte werden natürlich auch durch die räumliche Nähe erleichtert. Ich persönlich habe das Humanistische Gymnasium in Meran besucht. Wir waren im Gebäude am Rennweg untergebracht. Im ersten Stock befand sich das deutsche Humanistische Gymnasium und im zweiten Stock das italienische Humanistische Gymnasium.

Wir hatten ganz normalen Unterricht, jeder in seiner oder ihrer Muttersprache. Wir haben aber Kontakte geknüpft und es sind Freundschaften geschlossen worden, die beispielsweise für mich beim Erlernen der zweiten Sprache sehr vorteilhaft waren. Diese Freundschaften haben mein Bewusstsein jedoch überhaupt nicht beeinflusst. Deshalb sehe ich das zwar nicht als eine Lösung des Problems, wohl aber als einen weiteren Schritt in die richtige Richtung.

ARTIOLI (Team Autonomie): Condivido anch'io la proposta della consigliera Foppa di provare a mettere insieme i ragazzi almeno nelle strutture, di farli incontrare. Si sa benissimo 'mehr Sprachen, mehr Wissen', più lingue sai più avanti vai, hai più possibilità di trovare posti di lavoro e di avere un futuro. Il fatto di tenere gli studenti divisi anche negli edifici scolastici non va bene e forse a Bolzano, nel nostro capoluogo e a Merano, si potrebbe benissimo anche togliere così un po' di invidia, perché sappiamo benissimo che se andiamo a vedere gli edifici delle scuole superiori italiane, ci viene da piangere e gli studenti vedono gli altri dall'altra parte in edifici nuovi, con le piscine ristrutturate, ed anche questo crea difficoltà di comprensione. Bisogna assolutamente unire i due 'Schulämter', così impariamo a gestirci meglio e ad avere l'efficienza del gruppo linguistico tedesco. E' chiaro che anche questo può essere un fattore in grado di togliere contrapposizioni che non esistono più e può essere occasione di incontro. Sono assolutamente d'accordo e voto a favore. Grazie.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich zitiere Hubert Frasnelli, der bei solchen Anträgen ... Wie lange ist es her? Ja, ungefähr zwanzig Jahre. Inzwischen ist er ja ein "Grüner", aber ich habe von ihm bis jetzt noch nichts anderes gehört. Er hat gesagt: "Wer in Südtirol Italienisch lernen will, der hat jeden Tag hundertfünfzig- bis hundertsechzigtausend Mal die Gelegenheit dazu. Wer in Südtirol Deutsch lernen will, der hat täglich dreihundertachtzig- oder vierhunderttausend Mal die Möglichkeit dazu." Fragt ihn einmal, ob er inzwischen seinen Standpunkt geändert hat. Hier im Landtag hat er das jedes Mal gesagt und ich muss ihm heute noch Recht geben.

Wenn ich die Ausführungen von Kollegin Foppa höre, ja Brigitte, dann bist Du der beste Beweis dafür, dass es nicht an den Räumlichkeiten liegt. Du hast Deinen Weg gefunden und hast die italienische Sprache – das muss ich hier ohne Neid, aber mit Anerkennung sagen – perfekt gelernt. Du bist eine von denjenigen, die wirklich perfekt zweisprachig sind und die ich als die Ausnahme bezeichnen könnte. So ist es auch beim Kollegen Köllensperger.

Ich selbst bin es ja nicht, weil ich nicht Eure Begabung habe. Vielleicht hat es auch an der Möglichkeit und an der Zeit gefehlt, um zusätzliche Kurse zu besuchen und dergleichen mehr. An der Gesprächsbereitschaft hat es nie gefehlt, auch nicht aufgrund meines Elternhauses, das ja bei Gott Grund gehabt hätte, eine andere Sichtweise aufzubauen. Das ist nie erfolgt, auch weil unser Vater immer gesagt hat: "Merkt euch, ihr müsst gut lernen. Ihr müsst gut Italienisch lernen. Ihr müsst überhaupt in der Schule lernen, was möglich ist. Ihr müsst fleißig sein usw."

Das ist unser seelisches und geistiges Erbe. Ich sage genauso: "Jede Sprache mehr, ist ein Mehr und nicht ein Weniger!" Es liegt aber bestimmt nicht daran, dass man hier solche Strukturen schafft. Da es heutzutage wirklich sehr häufig der Fall ist, dass es viele Begegnungsmöglichkeiten gibt, nicht nur in der Schule, sondern vor allen Dingen auch aufgrund von Veranstaltungen, der Internetmöglichkeiten usw., dürfte das nicht mehr im Vordergrund stehen.

Wo ich aber stutzig werde, Kollegin Foppa, ist der Absatz, in dem Du schreibst: *"Tatsächlich beklagen viele Eltern mehrsprachig aufwachsender Kinder, dass der Augenblick der Einschulung für sie ein gewisses Trauma darstellt, weil da entschieden wird, welche Identität ihrer Kinder den Vorrang haben wird. Ab diesem Zeitpunkt nämlich gerät die Sprache des anderen Elternteils in eine untergeordnete Position, weil die schulische Sozialisierungssprache eine andere ist."*

Wenn hier von Trauma die Rede ist, dann muss ich ehrlich sagen, dass das in der Realität, im Verhältnis, nicht das Trauma darstellt. Ich kenne solche und auch andere Fälle. Ich kenne viele italienische Eltern, die alles dazu tun, dass ihre Kinder die Möglichkeit haben, zusätzlich Deutsch zu lernen. Sie finden dafür eine Person, andere Schülerinnen oder auch Erwachsene, vielleicht eine Oma irgendwo in der Nähe, es muss ja nicht die eigene sein, sondern eine Frau, die sich dazu bereit erklärt. Das Trauma ist wenschon, dass wir noch immer erleben, dass gesagt wird: "Siamo in Italia, parli l'italiano!" Das ist mein Trauma und auch das vieler anderer Südtiroler. Man hört es immer mehr. Das ist das Trauma, auch weil das Gesetz vorsieht, dass wir das Recht haben, Deutsch zu sprechen.

Zum Schluss möchte ich noch eine Anregung anbringen. All dieses Geld, das hier wieder in Mauern oder Strukturen, also in tote Materie investiert werden soll, Frau Foppa, sollte in lebende Materie investiert werden, damit es uns endlich gelingt, Anreize zu schaffen, dass die Lehrer mehr Fortbildungen besuchen und sich vielleicht pädagogisch und didaktisch beraten lassen. Du hast keine Ahnung, wie oft junge italienische Eltern sich darüber beklagen, wie schlecht in ihren Schulen der Deutschunterricht ist!

Frau Foppa, glaube mir, das ist nicht meine Erfindung! Ich erschrecke immer wieder und frage jedes Mal: "Woher kommt denn eure Deutschlehrerin?" "Dal sud, dal sud! Io non ... Ich habe nie eine Deutschlehrerin gehabt, die nicht aus dem 'sud' stammte.", höre ich dann als Antwort. Das wird zwar nicht stimmen, aber so wird es mir vermittelt.

AMHOF (SVP): Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir gehen natürlich davon aus, dass diese Maßnahme allein nicht zu einer perfekt zweisprachigen Gesellschaft in unserem Lande führt. Die Schule ist aber ein Ort der Begegnung. Ich stimme gerade deshalb für diesen Beschlussantrag, weil ich der Auffassung bin, dass wir durch diese Maßnahme de facto auch die Schule zu einem Ort der Begegnung der beiden Landessprachen, aber auch unserer verschiedenen Volksgruppen in diesem Lande endlich wahrnehmen. Immer unter Einhaltung des Artikels 19 unseres Autonomiestatutes kann mit dieser Maßnahme, meines Erachtens, ein weiterer sehr wichtiger Schritt für das Zusammenleben gesetzt werden.

Vor allem – das hat Kollegin Foppa auch ausgeführt – gilt dies bei Neubauten oder bei Sanierungen. In diesem Falle ist bei der Raumplanung darauf zu achten, ob es möglich ist, die einzelnen Schulen zusammenzulegen oder Räumlichkeiten für die Schule der jeweilig anderen Sprache Platz zu schaffen oder Raum zu geben. Damit schaffen wir auch einen Austausch von Schülerinnen und Schülern in einem einzigen Gebäude, in einer einzigen Struktur. Das ist für mich nicht nur ein schönes Signal, sondern auch ein sehr wichtiges Signal für das Zusammenleben und das Miteinander von Schülerinnen und Schülern. Wir schaffen damit auch die Grundlage für ein besseres gegenseitiges Verständnis in unserem Lande.

Nachdem wir unter anderem auch in Brixen bereits ein sehr schönes Beispiel dafür haben und der Brixner Gemeinderat selbst einen im Wortlaut sehr ähnlichen Beschlussantrag bereits genehmigt hat, möchte ich ganz kurz das Beispiel des Brixner Kindergartens anführen, den wir seit etwa sieben Jahren führen. Es ist ein Kindergarten, in dem drei deutschsprachige Sektionen und eine italienischsprachige Sektion untergebracht sind. Die Kinder können sich im freien Raum begegnen.

Aber nicht nur die Kinder, sondern vor allem auch die Eltern begegnen sich. Es kommt zu gemeinsamen Diskussionen und zu einem Miteinander. Man diskutiert gemeinsam Erziehungsschwierigkeiten oder auch schöne Momente mit Kindern durch. Unter diesem und demselben Dach werden Sprachbarrieren abgebaut. Neben weiteren, vielen anderen außerschulischen Projekten und Begegnungsmöglichkeiten, die es sonst noch in Brixen gibt, hat die Gemeinde hier eine Form des Miteinanders und des Sichbegegnetes gefunden.

Es wäre schön, wenn in Zukunft noch viel mehr solche Beispiele folgen würden, natürlich immer vorausgesetzt, dass auch die Maßnahmen und vor allem die Rahmenbedingungen dafür gegeben sind. Es sollen keine neuen Strukturen hochgezogen werden, sondern diese Maßnahme soll immer dann in Betracht gezogen werden, wenn wir von Sanierungen oder von Ausbau und Erweiterung von Strukturen reden. Ich werde deshalb diesem Beschlussantrag zustimmen.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Ich werde diesem Antrag nicht zustimmen, weil er nicht ehrlich ist. Wenn man ehrlich wäre, müsste man die gemischtsprachige Schule verlangen. Wenn ich die Prämissen lese – ich kann ja lesen –, dann wird dort das verlangt. Im beschließenden Teil verlangt man dann plötzlich Mauern. Das ist bereits gesagt worden. Wenn man die gemischtsprachige Schule will, dann soll man ehrlich sein und auch sagen, dass man sie möchte. Das kann man ruhig fordern. Wir sind aber dann eben nicht dafür.

In den Prämissen wird etwas angeführt, das ich auch so teile, da es einfach stimmt. Der Wunsch zeigt sich letztendlich auch in der Tatsache, dass viele Eltern die Entscheidung treffen, ihre Kinder in Kindergärten und Schulen der anderen Sprache einzuschreiben. Die gemischte Schule – ich weiß nicht, wieso Ihr das hier unter Anführungszeichen setzt –, die mehrsprachige Schule ist Realität.

Ich sage das ganz bewusst, weil wir auch im vergangenen Wahlkampf umfangreiche Diskussionen geführt haben und vor allem bei Diskussionen in Schulen die mehrsprachige Schule immer ein Thema und auch eine Forderung von einigen Parteien war. Francesco Palermo hat Recht, wenn er sagt, dass die mehrsprachige Schule bereits Realität ist, weil sich immer mehr Italiener und vor allem Ausländer in den deutschen bzw. italienischen Schulen einschreiben. Das ist eine Realität, die bereits vorhanden ist, trotz des Artikels 19 des Autonomiestatutes.

Was man hier aber bei den Schulgebäuden verlangt, ... Es ist zu Recht auf das Wort "immer" hingewiesen worden. Wenn "nach Möglichkeit" stehen würde, dann wäre ich dafür. Das gibt es auch jetzt schon. In einigen Gemeinden ist das bereits der Fall. Das ist auch logisch. Kollege Blaas hat mir noch etwas geflüstert, was man eigentlich berücksichtigen sollte und in der Realität auch schon passiert. In der Gemeinde Brixen gibt es ein deutsches und ein italienisches Musikinstitut. Weil man dem Koalitionspartner PD einen Gefallen machen musste, hat man auch eine italienische Musikschule errichtet.

Ob auf einem Klavier dann ein Deutscher oder ein Italiener spielt, dürfte relativ egal sein. Wenn man solche Dinge gemeinsam nutzen möchte, dann sagen wir selbstverständlich Ja dazu. Ich brauche nicht hier ein Klavier, das nur zur Hälfte ausgelastet ist, und dort auf der anderen Seite noch ein Klavier. Wenn man über solche Dinge

bei der gemeinsamen Nutzung von Einrichtungen, bei Verwaltungsprozessen oder dergleichen Dingen mehr spricht, dann sind wir selbstverständlich einverstanden.

Dieses Problem gibt es übrigens nicht nur in der Schule, sondern auch in anderen Bereichen. Wir sind ja schon so weit, dass im Zivilschutzzentrum in der Garage der eine Verein das Auto nicht neben dem Auto des anderen Vereins parken darf. Wenn es um Strukturen geht, gibt es viele Dinge, die man verbessern kann. Kollegen der Grünen, Ihr wollt aber die gemischte Schule! Sagt es offen und ehrlich. Steht dazu, denn es ist Euer gutes Recht. Wir sagen jedoch Nein dazu!

Das Wort "immer" – es ist schon darauf hingewiesen worden – kann man so nicht stehen lassen, denn ansonsten wäre dieser Beschluss gar nicht umsetzbar. Wenn es heißen würde "nach Möglichkeit", dann müsste man aber sagen, dass diese jetzt schon besteht. Dagegen haben wir nichts. Was das Erlernen der Sprache anbelangt, darüber haben wir schon oft geredet und werden wir auch noch oft reden. Der beschließende Teil betrifft aber etwas anderes.

PRÄSIDENT: Danke, Kollege Leitner! Bevor ich dem Kollegen Steger das Wort erteile, möchte ich die Schülerinnen der ersten Klasse des Gymnasiums "Maria Hueber" in Bozen recht herzlich im Landtag begrüßen. Guten Morgen und willkommen!

Herr Abgeordneter Steger, Sie haben das Wort.

STEGER (SVP): Danke, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Schüler! Die Sprache bzw. die Mehrsprachigkeit ist ein Schatz, den wir in der Tat "heben" müssen. Es ist ganz sicher, dass die Mehrsprachigkeit für jeden Einzelnen und jede Einzelne von uns zunächst einmal ein Reichtum ist, bevor sie einen Vorteil in wirtschaftlicher oder anderer Hinsicht darstellt. Sie ist ein Reichtum für jede und jeden von uns. Wir haben in einem Land, in dem mehrere Sprachgruppen leben, die Pflicht sicherzustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes beide Sprachen so gut als möglich erlernen können.

Selbstverständlich muss dabei die Muttersprache ganz besonders berücksichtigt werden, denn diese ist das wichtigste Gut, das wir haben. Ich verliere meine Muttersprache aber nicht, wenn ich andere Sprachen schätze und mit ihnen umgehe. Sie haben Recht, Frau Foppa, dass es ganz wichtig ist, wenn ein Sprachverwendungskontext besteht. Das Bedeutendste dabei ist, dass ich Begegnung, Austausch und auch zueinander finde. Das geht natürlich besser, wenn ich auch räumlich in der Nähe bin und sich nicht die einen hier und die anderen in einem ganz anderen Stadt- oder Ortsviertel befinden. Es ist dann einfach leichter.

Ich bin froh, dass Sie in Ihren Ausführungen einige Punkte auch erläutert haben, die in Ihrem Beschlusstext nicht ganz so zum Ausdruck gekommen sind. Sie haben nämlich gesagt, dass es logisch ist, dass man das überall dort durchführen kann, wo es auch Sinn macht und möglich ist. Wie bereits von Kollegen erwähnt, das immer zu tun, wäre ganz einfach schwierig. Dort, wo man Sanierungen plant oder neue Schulpools baut, sollte man aber wirklich versuchen, beide Sprachgruppen unterzubringen.

Austauschprojekte und Schulpartnerschaften sind so auch leichter voranzutreiben. Wenn man eine Sprache gut erlernen will, wissen wir alle, dass dies in erster Linie davon abhängt, ob man motiviert ist. Ich glaube, dass es auch um die Motivation geht, die zweite Sprache ganz besonders gut zu erlernen. In diesem Sinne sind alle Initiativen willkommen, die eine Begegnung der Sprachgruppen erleichtern und verbessern können. Ich bin deshalb der festen Überzeugung, dass es sicher ein großer Vorteil ist, wenn man in Zukunft versucht, die Schulstrukturen in der Nähe voneinander zu bauen.

Ähnliche Beispiele, wie sie im Übrigen auch von der Kollegin aus Brixen erwähnt worden sind, gibt es auch in Bozen. Das neue Schulzentrum in Firmian, in dem die Grund- und Mittelschulen untergebracht sind, ist, glaube ich, ein gutes Beispiel, wie solche Zusammenführungen funktionieren können, ohne dass der eine dem anderen etwas nimmt. In diesem Sinne kann ich mich nur positiv dafür aussprechen, dass man in Zukunft versucht, Schulstrukturen für beide Sprachgruppen in räumlicher Nähe zueinander voranzutreiben.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Molti argomenti sono stati detti e la collega Foppa certamente risponderà. Volevo portare un esempio, degli esempi vissuti, anche perché qui si parla di persone, di alunni e di insegnanti, persone che preparano il proprio futuro e chi vuole creare le condizioni per una società plurilingue guarda al futuro, chi invece dice che il problema è sempre un altro, in italiano questo modo di argomentare si chiama politichese, il problema è un altro, è più grosso. Il problema sarà più grosso, però la collega Foppa ha avuto l'intelligenza di trovare un punto concreto per 'un passo avanti'. Certo che noi siamo per la scuola plurilingue, perché non ci va neanche il modo 'selvaggio' per cui vive questa scuola plurilingue oggi, per cui

si iscrivono i ragazzi a scuole che fanno ancora finta di essere solo italiane o solo tedesche, qui c'è una contraddizione. Questo è un passo avanti concreto e praticabile, su cui mi sembra si stia formando in quest'aula una larga maggioranza. Dicevo che volevo portare degli esempi concreti ed io ho l'esperienza di aver insegnato dieci anni in una grande scuola superiore di Bolzano, una scuola tecnica dove c'erano forti difficoltà relative al problema della seconda lingua - io insegnavo italiano e la scuola era di lingua italiana - e a un certo punto dell'anno si cominciarono a vedere dei miglioramenti. I colleghi della scuola tedesca, anche quella grande e tecnica accanto alla nostra, ci dicevano che anche da loro c'erano stati dei miglioramenti nella seconda lingua. Parlando con i ragazzi scoprimmo poi che nella nostra c'era stata una grossa ristrutturazione ed era stato aperto un attimo un 'lussuosissimo' bar nel sotterraneo, che era frequentato, che aveva attirato anche gli alunni della scuola accanto di lingua tedesca. I ragazzi si erano incontrati, parlavano, chiacchieravano con il panino e la coca cola in mano e si era visto che nella testa dei nostri e dei loro alunni era scattato un meccanismo, quello di sentirsi umiliati se gli altri ti parlavano solo nella tua lingua. I ragazzi - alcuni naturalmente più sensibili che poi tiravano anche gli altri - avevano questo senso di dire: 'però io voglio essere un po' "sullo stesso pari" e quindi qualche parola in tedesco la voglio dire, e lo stesso i ragazzi di lingua tedesca della scuola accanto. Naturalmente questo è un piccolissimo passo, però noi sappiamo che è meglio fare un piccolo passo possibile che non sognare dei giganteschi passi avanti, che poi non risolvono niente. Ci sono delle mozioni che sono una specie di manifesto del proprio programma politico, non questa, che è una mozione concreta. Vorrei però fare anche un esempio negativo perché io sono anche papà di tre figli. Il mio primo figlio andava in un grande asilo di Bolzano dove c'erano sei sezioni di lingua italiana e una sezione di lingua tedesca. Le sezioni si affacciano su di uno stesso grande atrio, una grande sala illuminata e ci sono tutte le porte a vetri delle sezioni che guardano sulla stessa grande sala. L'esempio vuole dire che la struttura bisogna anche usarla bene. Che cosa succedeva lì? Era stato deciso che alle feste di Natale, di Pasqua ecc. si facevano le cose separatamente. Per cui, ad esempio quando i bambini italiani festeggiavano la befana, c'erano i bambini della sola sezione tedesca che stavano con la porta chiusa, ed io me li ricordo benissimo, tutti con il naso appiccicato sul vetro a guardare che cosa facevano gli italiani per la befana. Lo stesso succedeva per le altre feste che coinvolgevano di più la sezione tedesca. Questo significa, come sappiamo, che non bastano solo le strutture, ovviamente nuove, che sono un'ottima condizione per far quei concreti passi avanti di cui questa mozione è un esempio.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Ich werde diesen Beschlussantrag natürlich unterstützen. Ich halte ihn für einen Schritt in die richtige Richtung. Natürlich ist er nur ergänzend und nicht ausreichend. Ich teile die Meinung von Kollegin Foppa genauso wie die der Kollegin Amhof. Ich sehe, dass ein genereller Konsens zur Tatsache besteht, dass die Mehrsprachigkeit wertvoll ist, einen Mehrwert bedeutet. Ich glaube, dass gemeinsame Schulstrukturen zwar ein kleiner Schritt sind, aber einer in die richtige Richtung. Mir fällt auch kein Gegenargument ein, warum das nicht gut sein sollte.

Ich denke, dass die Zukunft unserer Autonomie auch sehr viel davon abhängt, wie gut wir als Sprachgruppen zusammenarbeiten. Es ist ganz egal, ob wir die Zukunft unseres Landes bei Österreich, als Freistaat oder weiterhin als Region von Italien verbringen. Diese territoriale Identität, die wir erarbeiten müssen, um unsere Autonomie und unsere Zukunft besser zu gestalten, können wir am besten erarbeiten, indem wir als Sprachgruppen zusammenhalten und vielleicht auch zusammen, wie wir es nach dem gestrigen Interview gesehen haben, uns gegen diesen Zentralstaat wehren, der uns ja auch etwas wegnehmen könnte.

Ich denke, dass in Zukunft territoriale Themen immer wichtiger werden und die ethnischen Elemente der Politik langsam zurückgefahren werden sollten. Deswegen werde ich diesen Beschlussantrag sicher unterstützen.

PRÄSIDENT: Danke, Kollege Köllensperger! Wir kommen jetzt zur Stellungnahme der Landesregierung. Ich weise darauf hin, dass die Redezeit zehn Minuten beträgt und sich die einzelnen Regierungsmitglieder diese Zeit auch aufteilen können.

Herr Landesrat Achammer, Sie haben das Wort.

ACHAMMER (Landesrat für deutsche Bildung und Kultur, Integration - SVP): Sehr geehrte Abgeordnete! Ich werde kurz dazu Stellung nehmen. Anschließend wird Kollege Tommasini noch ein paar Worte zu diesem Beschlussantrag sagen.

In diesen wenigen Wochen seit der Wahl der Landesregierung waren wir sehr oft mit dem Thema der Mehrsprachigkeit konfrontiert. Das ist gut so. Wir müssen vor allem die Kenntnisse in der zweiten Sprache heben, denn es bestehen Mängel. Die KOLIPSI-Studie ist bereits angesprochen worden, laut der vierundvierzig Prozent

der deutschsprachigen Schülerinnen und Schüler das Niveau B1 beherrschen. B entspricht dem höheren Niveau als A. Laut gemeinsamen europäischen Referenzrahmen ist es hier umgekehrt. B1 ermöglicht gerade einmal eine elementare Sprachanwendung auf niedrigem Niveau. Das Ergebnis zeigt, dass wir aktiv werden müssen.

Weil es um das Thema Zweitsprachenkenntnisse insgesamt geht, möchte ich nur zwei Punkte ansprechen. Wir haben versucht, die Qualität deutlich zu heben. Auch in der letzten Amtszeit sind einige Schritte gesetzt worden. Es gab Maßnahmen gegen den Mangel an Lehrkräften, zur Erhöhung der didaktischen Kontinuität, zur Effizienz des Unterrichtes, zu mehr Konversation- und weniger Literaturunterricht – das haben wir ja oft diskutiert – und vor allem wurden auch innovative Ansätze gesetzt. Es ist richtig, dass das noch immer zu wenig ist. Wir werden sicherlich ein weiteres Maßnahmenpaket zur Verbesserung des Zweitsprachenunterrichtes auflegen müssen.

Es geht hier aber – das ist mir wichtig zu betonen – nicht allein nur um das, was in der Schule gemacht wird. Sprachkenntnisse und die Verantwortung dafür sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir haben im vergangenen Herbst eine Lernstandserhebung unter 3.826 Schülerinnen und Schülern in 56 Grundschulen durchgeführt, bei der klar zum Ausdruck gekommen ist, dass Motivation und Aufgeschlossenheit gegenüber der Sprache, das sprachliche Umfeld und die didaktische Kontinuität ausschlaggebend für das Sprachenerlernen sind. Eigentlich sagt das schon sehr viel aus.

Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das zu vermitteln, kann nicht nur Aufgabe der Schule sein. Verschiedene Träger wie das Elternhaus, die Vereine und die Verbände müssen vermitteln, dass Mehrsprachigkeit und das Beherrschen der zweiten Sprache ein Reichtum sind und dass sie für Südtirol auch einen wesentlichen Wettbewerbsfaktor darstellen. Wir haben erst vor kurzem als Landesschulrat einem Vortrag der Handelskammer beigewohnt, bei dem deutlich geworden ist, dass jene Unternehmen, die sich in Südtirol neu angesiedelt haben, vor allem diese Sprachkenntnisse als Brückenkopf zwischen dem deutschen und italienischen Kultur- und Wirtschaftsraum bezeichnet haben und dies als großen Vorteil ansehen.

Sprachkenntnisse stellen eine wesentliche persönliche Qualifikation dar. Wenn wir uns die aktuellen Zahlen der Jugendarbeitslosigkeit anschauen, dann sehen wir, dass sich tendenziell mehr junge Menschen in Arbeitslosigkeit befinden, die geringere Sprachkenntnisse vorweisen. Deshalb müssen wir sehr stark daran arbeiten. Es müssen sich alle daran beteiligen, nicht nur das Schulleben, sondern vor allem auch, wie bereits gesagt, das Elternhaus, Vereine und Verbände.

Es gibt Forschungsergebnisse, die besagen, dass von dem, was ein junger Mensch erlernt, achtzig Prozent das Bildungsumfeld und nur zwanzig Prozent die Bildungsinstitution ausmacht. Natürlich kann man das hinterfragen, denn es wird dazu auch andere Studien geben. Es sagt aber schon sehr viel aus. Wir müssen viel mehr Schritte angehen, um im täglichen Leben vor allem auch Begegnungen stattfinden zu lassen. Einige davon sind schon angesprochen worden.

Es geht um die Anwendung der Sprache. Wenn die Sprache nur etwas Künstliches bleibt, sie nur gelehrt, aber nicht angewandt wird, dann kann man lang lernen. Wir müssen die Sprache anwenden und vor allem Gelegenheiten schaffen, in denen die Sprache angewandt werden kann, und zwar im außerschulischen wie auch im schulischen Bereich. Ich denke daran, dass wir im außerschulischen Bereich sicherlich in der Jugendarbeit und auch im Sport mehr zusammenarbeiten müssen. Verschiedene Initiativen dazu sind bereits gesetzt worden, aber wir müssen weiter daran arbeiten, dass es auch vorangeht.

Im schulischen Bereich haben wir einen Schwerpunkt im Koalitionsprogramm auf den Schüler- und Lehrer-austausch innerhalb der Europaregion Tirol gesetzt. Das ist, glaube ich, ein positiver Ansatz. Ich denke, dass dieser Beschlussantrag auch einen positiven Ansatz im beschließenden Teil darstellen kann, wenn es – das ist uns allen klar – neue Schulstrukturen braucht oder man schaut, wo möglich, dass die deutsche und italienische Schule gewisse Strukturen gemeinsam nutzen können.

Ich möchte gleich zum Schluss kommen und deshalb darum ersuchen, dass wir einige Punkte in diesem Beschlussantrag entsprechend anpassen. In den Prämissen sind natürlich einige Punkte enthalten, die politisch-ideologischer Natur sind und die wir nicht teilen können. Ich würde deshalb vorschlagen, dass wir im vierten Absatz, der sich auf der zweiten Seite befindet, als erstes das Wort "aneignen" ersetzen. Es handelt sich nicht um ein Aneignen von Kulturen, sondern wenschon um eine Begegnung.

Den darauffolgenden Satz zur gemischten Schule, "*Dieser Wunsch zeigt ... usw.*", würden wir bis zum Ende des Absatzes streichen. Er beinhaltet einige Punkte, die wir inhaltlich so in dieser Form nicht teilen können. Dasselbe würde ich auch für den sechsten bzw. letzten Absatz der Prämissen vorschlagen, in dem es heißt "*Nicht zuletzt gilt es ...*". Es geht um die statistische Erhebung von mehrsprachigen Familien, die sich die Grünen wünschen. Auch dieser Absatz sollte vollständig gestrichen werden.

Ich würde mich auch den Wortmeldungen der anderen Abgeordneten anschließen und ersuchen, dass wir im beschließenden Teil das Wort "immer" streichen. Das ist für alle klar. Auch Frau Abgeordnete Foppa hat bereits in ihren Erläuterungen klar zum Ausdruck gebracht, dass die Synergien nur dort, wo sie auch möglich sind, genutzt werden sollen. Deswegen sollte das Wort "immer" gestrichen werden. Darum möchte ich ersuchen. Unter diesen Voraussetzungen können wir dem Beschlussantrag auch zustimmen.

TOMMASINI (Assessore alla scuola, formazione professionale e cultura italiana, edilizia e cooperative, opere pubbliche - Partito Democratico - Demokratische Partei): Gentili colleghi, è chiaro che in questa mozione c'è una condivisione e anch'io sono qui ad esprimerla e a sottolineare come questa sia una direzione dove non solo vogliamo andare, ma stiamo effettivamente andando. E' giusto anche ribadirlo con una mozione per dimostrare che siamo convinti, che stiamo facendo, ma ci vogliamo impegnare assolutamente su questa linea. Gli esempi del passato che sono stati ricordati richiamano alla mente elementi di divisione che per fortuna non sono più così, non sono più in quei termini. Voi sapete cosa personalmente penso in merito al plurilinguismo, ma in questo caso si fa riferimento ad una questione molto specifica, ovvero quella dell'edilizia scolastica. Questo quindi non si mette in discussione, come giustamente è scritto nella mozione, con le precisazioni ora richieste dal collega Achammer in merito al principio della scuola di madrelingua, ma si dice di cercare lì dove è possibile di costruire degli edifici che siano comuni per poter stare insieme. Questo ha senso da tutti i punti di vista, incluso quello edilizio, e qui parlo anche nella mia nuova funzione di assessore ai lavori pubblici. Vorrei dire che certamente sono stati fatti dei passi avanti e vorrei citarne uno: la scuola di Firmian - che credo sia stata già citata - peraltro intitolata come sapete ad Alexander Langer, è una scuola 'in partenza', e sarà importante perché vedrà la collaborazione fra le scuole Don Bosco e Pestalozzi, che potranno svolgere le loro attività ma che usufruiranno anche di spazi comuni. In essi ci sarà la possibilità di incontrarsi, ed in alcuni casi so che stanno progettando anche un tempo scuola compatibile ed anche alcune attività e collaborazioni comuni che non si limitano agli scambi. Pur mantenendo quindi il principio delle scuole in madrelingua, ci si può incontrare. Il cuore del problema, lo hanno detto in tanti e voglio ribadirlo, è che noi sappiamo che oggi gli apprendimenti sono sempre più non solo formali ma anche informali, e questa è una delle chiavi. Noi vogliamo chiedere la 'primäre Zuständigkeit' in termini della 'Schule', della formazione, proprio perché ci rendiamo conto che vogliamo formare meglio i nostri insegnanti. Con tutto il rispetto, non possiamo avere degli insegnanti che vengono dal resto d'Italia che impiegano tantissimo tempo - ed in molti casi hanno anche molta buona volontà - ad apprendere lingua, cultura e tutta una serie di elementi. Dobbiamo formarli e chiedere di poter avere la 'Zuständigkeit' per formali e per poterli formare magari plurilingui, magari in collaborazione sia con Trento che con Innsbruck. Questo è importantissimo. Faremo dei miglioramenti, ma sappiamo che la lingua si impara anche in contesti informali, in contesti piacevoli e nella vita di tutti i giorni. Avere la possibilità di far sì che i nostri giovani si incontrino anche nell'extra scuola, durante la pausa o in attività organizzate in comune, è sicuramente un grande vantaggio e sosterremo questa delibera con le modifiche richieste. Ripeto che la situazione si sta già evolvendo, nella società siamo in una fase nuova e questa è la direzione in cui andare.

PRÄSIDENT: Danke, Kollege Tommasini! Frau Abgeordnete Foppa, Sie haben nun als Einbringerin des Beschlussantrages fünf Minuten Zeit für die Replik, in der Sie uns auch bitte sagen müssen, ob Sie mit den Abänderungsvorschlägen einverstanden sind und ob Sie dann auch einen entsprechenden Änderungsantrag einbringen werden. Sie haben das Wort, bitte.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Danke, Herr Präsident! Ich danke Euch allen für das reichhaltige Diskutieren! Grazie di questo ricco e articolato dibattito! Das gibt diesem Beschlussantrag auch einen ganz besonderen Wert.

Ich möchte ein paar kleine Präzisierungen für den Kollegen Knoll anbringen. Ich weiß, nicht, ob jetzt klar geworden ist, wie es sich mit dem Referenzrahmen verhält, was besser und schlechter ist. Das Niveau C ist besser als A. Zum Trauma, das die Kollegin Klotz angesprochen hat, möchte ich sagen, dass "Trauma" natürlich ein großes Wort ist. Das ist mir bewusst. Ich wollte jedoch auf diese Tatsache hinweisen, dass es ein Spezifikum für die mehrsprachigen Familien darstellt, in denen es eine deutschsprachige Mutter und einen italienischsprachigen Vater oder umgekehrt gibt.

Hier im Landtag ist das vielleicht nicht der Fall. Wir vertreten wahrscheinlich nicht so viele mehrsprachige Familien. Im dem Moment, in dem diese sich für eine bestimmte Schule entscheiden, wird die Sprache, die nicht in

der Schule gesprochen wird, möglicherweise – es wird nicht überall gleich sein – in den Hintergrund treten. Damit muss sich dann auch der Elternteil abfinden, dessen Sprache nicht für die Schule gewählt worden ist.

Das ist im alltäglichen Umgang ganz normal und wird unter mehrsprachigen Familien einfach sehr oft beobachtet. Ich habe es in den Beschlussantrag hineingeschrieben, weil ich darauf hinweisen wollte. Jetzt wird es herausgenommen werden. Vielleicht müsste man das aber einmal wissenschaftlich studieren. Unser Land böte – in Klammern gesagt – für solche Studien auch wirklich sehr viel Anlass und Gelegenheit. Das sollten wir, glaube ich, auch ausnützen.

Zum in Strukturen investierten Geld, das alternativ in andere Projekte investiert werden soll, haben einige andere schon gesprochen. Herr Landesrat Tommasini hat es auch noch einmal gesagt, dass es wirklich nicht darum geht, zusätzliche Gelder bereitzustellen, um neue Schulgebäude aus dem Boden zu stampfen und die alten verfallen zu lassen. Es ist ein ganz pragmatischer Ansatz. Man geht her und sagt, dass wir uns das in Zukunft als Leitsatz vor Augen halten wollen, wenn wir an Schulen etwas ändern, wenn wir Kindergartensektionen aussiedeln müssen, wenn wir eine neue Schule bauen etc. Es ist nicht mehr und nicht weniger.

Mir ist klar, dass man immer noch sehr viel mehr tun könnte, aber es ist ein Schritt. Mir ist es wichtig, dass es zur Entscheidung wird. Dass Schulen für beide Sprachgruppen gebaut werden sollen, darf nicht ein Zufall sein, sondern wir müssen die Entscheidung getroffen haben, dass wir das so wollen. Das wäre ein Signal für den Eintritt in eine neue Zeit.

Was die Abänderungsvorschläge anbelangt, bitte ich, dass wir den Antrag folgendermaßen abändern: ...

Kann ich diese Punkte jetzt einfach so aufzählen? Ich bin neu hier im Landtag und kenne die Vorgangsweise noch nicht.

PRÄSIDENT: Wenn es nur um sprachliche Änderungen geht oder es sich um Streichungen einzelner Teile, von Worten oder eventuell auch Sätzen handelt, dann geht das in Ordnung. Es geht darum, dass alle Abgeordneten verstehen müssen, über was sie abstimmen. Wenn es um eine komplexere Abänderung geht, dann müssen Sie einen eigenen Abänderungsantrag einbringen.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Nein, es geht um keine komplexe Abänderung. Gut, dann bitte ich Euch jetzt, mit mir schnell den Text durchzugehen, damit wir diese vier Punkte, um die es geht, abändern können.

Einmal betrifft es auf der zweiten Seite den ersten Absatz. Statt dem Wort "das Aneignen" fügen wir "die Begegnung mit" ein. Ich wiederhole: "das Aneignen" wird durch "die Begegnung mit" ersetzt.

Zur zweiten Änderung: Im gleichen Absatz wird die Passage ab "Dieser Wunsch ..." bis zum Ende des Absatzes "... weiterhin leugnet" gestrichen. Es betrifft immer den ersten Absatz auf der zweiten Seite.

Die dritte Änderung ...

PRÄSIDENT: Frau Kollegin Foppa, ich möchte Ihnen einen Vorschlag machen. Da wir wirklich alles genau mitschreiben müssen und vielleicht doch zu viele Abänderungen vorzunehmen sind, könnten wir die Sitzung vielleicht für fünf Minuten unterbrechen und Sie könnten einen Abänderungsantrag einbringen.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Sind es zu viele Abänderungen? Das müsst Ihr als Erfahrene mir sagen.

PRÄSIDENT: Das ist kein Problem. Es geht immer nur darum zu gewährleisten, dass bei einer Abstimmung wirklich alle wissen, über was genau abgestimmt wird. Sobald das in Frage gestellt wird, weil einfach zu viele Abänderungen vollzogen werden, müssen wir dem einfach Rechnung tragen. Wir wollen es nicht verkomplizieren, aber ...

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Für mich ist es kein Problem. Wir machen es so, wie es leichter geht.

PRÄSIDENT: Somit unterbrechen wir die Sitzung für fünf Minuten, und zwar bis 12.47 Uhr. Oder sind Sie einverstanden, dass wir die vormittägige Sitzung unterbrechen und die Mittagspause verlängern? Gleich um halb drei bringen Sie einen Abänderungsantrag ein, den ich Sie bitte, mit den beiden Regierungsmitgliedern abzustimmen.

men. Wir verlesen ihn dann und stimmen darüber ab. Einverstanden? Dankeschön! Ich wünsche eine gute Mittagspause. Wir sehen uns um 14.30 Uhr wieder.

ORE 12.42 UHR

ORE 14.36 UHR

Namensaufruf – Appello nominale

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Ich bringe den so abgeänderten Beschlussantrag Nr. 25/13 zur Abstimmung.

Der Abgeordnete Knoll hat das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Nachdem wir den Änderungsantrag ausgeteilt bekommen haben und er immer noch ein bisschen unübersichtlich ist, ersuche ich, dass über die Prämissen und den beschließenden Teil getrennt abgestimmt wird. Dann haben wir Klarheit.

PRÄSIDENT: Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den so abgeänderten Beschlussantrag Nr. 25/13. Wir stimmen zunächst über die so abgeänderten Prämissen ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 20 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 6 Stimmenthaltungen genehmigt.

Wir stimmen über den so abgeänderten beschließenden Teil ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 27 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung genehmigt.

Der Beschlussantrag Nr. 25/13 ist somit genehmigt.

Punkt 11 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 27/13 vom 18.12.2013, eingebracht von den Abgeordneten Zimmerhofer, Klotz und Knoll, betreffend die Aufnahme von Spitzensportlern in den Landesdienst"**.

Punto 11) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 27/13 del 18.12.2013, presentata dai consiglieri Zimmerhofer, Klotz e Knoll, riguardante l'assunzioni dei campioni sportivi nell'amministrazione provinciale"**.

Vom 7.-23.2.2014 finden die nächsten olympischen Winterspiele statt. Diesmal in Sotschi, einer russischen Stadt am Schwarzen Meer, am Rande des Kaukasus-Gebirges. Die Olympiade findet damit in der konfliktreichsten russischen Region statt, wo Minderheiten brutal unterdrückt werden! Diese Olympiade wird alle Lügen strafen, die immer behaupten, dass Politik und Sport nichts miteinander zu tun hätten. Nicht umsonst hat der deutsche Bundespräsident Gauck seinen Besuch in Sotschi abgesagt.

Auch Süd-Tiroler Sportler werden wieder angehalten, für einen Staat Medaillen zu holen, der nicht der ihre ist. Zum Fahnenträger wurde diesmal (bewusst oder unbewusst) unser bester Rodler auserkoren. Damit wiederholt sich das leidige Bild, dass Süd-Tiroler Spitzensportler bei internationalen Wettkämpfen als Italiener dargestellt werden, und somit ihre wahre Identität verleugnet wird. Bei erfolgreichen Leistungen werden ihnen nicht selten Trikolore-Fahnen in die Hand gedrückt, und sie werden zu Treuebekennnissen zum italienischen Staat gedrängt. Diese nationalistische Zurschaustellung von Sportlern, die sich häufig gegen ihren Willen zum fremdnationalen Staat Italien bekennen müssen, kann nur als Missbrauch bezeichnet werden, da damit die Sportler instrumentalisiert und in ihrer persönlichen Freiheit beschnitten werden.

Sportliche Wettkämpfe und erzielte Leistungen sind stets auch Träger von Emotionen, mit denen ein Herkunftsbewusstsein forciert wird. Insbesondere für die Süd-Tiroler Jugend ist es daher äußerst bedenklich, dass diese ihre sportlichen Vorbilder in Athleten findet, die öffentlich eine "wir sind Italiener-Mentalität" verbreiten müssen.

Aber auch dem Ansehen des Landes wird dadurch nachhaltig Schaden zugefügt, da ein Beharren auf Besonderheiten des Minderheitenstatus international nicht mehr zu rechtfertigen ist, wenn die Süd-Tiroler Sportler durch ihr Auftreten selbst den Eindruck erwecken, "stolze Italiener" zu sein.

Es ist schlimm genug, dass die Süd-Tiroler Sportler für Italien antreten müssen und dies nicht für ihr Vaterland oder für ihre Heimat tun können. Ihnen eine falsche Identität aufzuzwingen, und die Süd-Tiroler somit auch international als Italiener darzustellen, ist jedoch nicht akzeptabel und muss entschieden verurteilt werden.

Ein gewichtiger Grund dafür ist vor allem die Tatsache, dass die Süd-Tiroler Spitzensportler beruflich bei staatlich militärischen Einheiten, nämlich Carabinieri- oder Finanz verpflichtet sind, die ihrerseits Druck ausüben, damit sich "ihre Sportler" zu Italien bekennen.

Dieses leidige Problem ließe sich lösen, indem es den Süd-Tiroler Spitzensportlern freigestellt wird, in den Landesdienst übernommen zu werden. Dadurch bestünde kein Druck mehr auf Sportler, mit der Trikolore zu schwingen, oder sich zu Italien bekennen zu müssen.

Dies vorausgeschickt,

*beschließt
der Südtiroler Landtag*

- 1) die Instrumentalisierung der Südtiroler Sportler zu italo-nationalistischen Zwecken zu verurteilen;*
- 2) die Landesregierung zu beauftragen, Maßnahmen für eine Übernahme der Südtiroler Spitzensportler in den Landesdienst zu treffen.*

Dal 7 al 23 febbraio 2014 avranno luogo i prossimi Giochi Olimpici. Questa edizione delle Olimpiadi si terrà a Sochi, città russa sul Mar Nero ai piedi del Caucaso. Le Olimpiadi pertanto avranno luogo nella regione russa con i maggiori conflitti e dove le minoranze vengono oppresse in modo brutale! Queste Olimpiadi confuteranno le affermazioni di chi dice che la politica e lo sport non hanno nulla in comune. Non è casuale che il presidente della Repubblica federale tedesca Gauck abbia disdetto la sua presenza a Sochi.

Anche gli sportivi altoatesini sono di nuovo costretti a conquistare medaglie per uno Stato che non è il loro. Questa volta è stato scelto come portabandiera (non si sa se per caso o di proposito) il nostro campione di slittino. Pertanto si ripete per l'ennesima volta l'incresciosa situazione per cui dei campioni altoatesini in occasione di gare internazionali vengono presentati come italiani e devono pertanto rinnegare la loro vera identità. Non di rado in occasione di un loro successo sono costretti a portare il tricolore e sono obbligati a riconoscersi fedelmente nello Stato italiano. Questa esibizione nazionalistica di sportivi, che spesso debbono riconoscersi nello Stato italiano contro la loro volontà, è un vero e proprio sopruso, in quanto così facendo gli sportivi vengono strumentalizzati e limitati nella loro libertà personale.

Le gare agonistiche e i successi raggiunti comportano chiaramente anche delle emozioni legate necessariamente alla presa di coscienza delle proprie origini. In particolare per i giovani altoatesini è inquietante il fatto che i propri idoli sportivi siano degli atleti che debbono diffondere pubblicamente la mentalità del "noi siamo italiani".

Ma si arreca un danno duraturo anche all'immagine della nostra provincia, in quanto non è più giustificabile a livello internazionale la volontà di insistere sulle particolarità dello status di minoranza se gli sportivi altoatesini con questo loro comportamento destano l'impressione di essere "fieri italiani".

Già è grave il fatto che gli sportivi altoatesini debbano gareggiare per l'Italia e non per la loro madrepatria o per la loro terra, ma imporre loro una falsa identità, presentandoli a livello internazionale come italiani, è assolutamente inaccettabile, e a ciò ci si deve opporre con determinazione.

Tutto questo è motivato in modo incisivo in particolare dal fatto che i campioni altoatesini professionalmente fanno parte di unità militari statali, vale a dire i Carabinieri o la Guardia di Finanza, che a loro volta esercitano pressioni affinché i "loro sportivi" si riconoscano nello Stato italiano.

Questo annoso problema potrebbe essere risolto permettendo agli sportivi altoatesini di scegliere se essere assunti dalla Provincia. In questo modo non ci sarebbero più pressioni affinché sventolino il tricolore o si riconoscano nello Stato italiano.

Ciò premesso,

*il Consiglio della Provincia
autonoma di Bolzano
delibera*

- 1. di condannare la strumentalizzazione degli sportivi altoatesini per scopi nazionalistici;*

2. di incaricare la Giunta provinciale di adottare dei provvedimenti per permettere l'assunzione nell'amministrazione provinciale dei campioni sportivi altoatesini.

Der Abgeordnete Knoll hat das Wort, bitte.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Zum Fortgang der Arbeiten! Als wir den Beschlussantrag abgegeben haben, haben noch ein paar Dokumente gefehlt, die ich jetzt beilegen möchte. Ich habe sie selber 35mal kopiert, damit hier keine Probleme entstehen. Ich bitte, dass die Kopien an die Abgeordneten verteilt werden. Es sind Unterlagen, die im Zusammenhang mit diesem Beschlussantrag stehen, um ihn besser erläutern zu können. Somit könnte ich in der Zwischenzeit mit der Erläuterung des Beschlussantrages anfangen.

PRÄSIDENT: Ich ersuche die Amtsdienerschaft, die Kopien zu verteilen.
Das Wort hat der Abgeordnete Knoll zur Erläuterung des Beschlussantrages.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Es geht um einen Beschlussantrag, der im Moment vor allem im Hinblick auf die Olympischen Spiele, die derzeit in Sotschi stattfinden, sicherlich aktuell ist. Die Thematik ist nicht ganz neu, aber noch immer aktuell, weil sie, leider, nie gelöst wurde. Es geht um die Thematik der Südtiroler Spitzensportler, die, wie wir in diesen Tagen, leider, sehen, wieder zu einer Zurschaustellung, teilweise von Seiten ihrer Arbeitgeber, zu nationalistischen Zwecken missbraucht werden. Wir sehen immer wieder Fernsehbilder, auf denen Südtiroler Sportler eine Medaille bekommen und ihnen in letzter Minute noch die "Tricolore" in die Hand gedrückt wird. Wir haben in den letzten Tagen Fernseh- und Zeitungsberichte gesehen, auf denen Südtiroler Sportler mehr oder weniger genötigt werden, Beweise ihrer "italianità" zur Schau zu tragen. Wir finden, dass dies zum einen für die Sportler selber unwürdig ist, denn sie werden dort in eine Situation versetzt, dass sie sich kaum dagegen wehren können, weil sie nicht hauptberuflich nur Sportler sind, sondern meistens als Arbeitnehmer bei irgendeiner Heeresseinheit, sei es bei den Carabinieri als auch bei der Finanzwache oder bei anderen Einheiten angestellt sind. Wir sehen hier mehrere Beispiele. Es sind aktuelle Bilder, auf denen die Sportler die "Tricolore" hochheben müssen. Wir sehen am Beispiel eines bayrischen Sportlers – das war bei einer Biathlon-Veranstaltung hier in Südtirol –, dass das nicht notwendig war. Uns wurde von Sportlern auch in der Vergangenheit immer wieder zugetragen, dass diese Notwendigkeit, die nirgendwo festgeschrieben ist, mit der Zurschaustellung der Fahne als Druck zu verstehen ist. Das heißt, dass von Seiten der Finanzwache oder der Carabinieri, bei denen sie angestellt sind, der Druck entsteht, sich nicht nur selbst als Sportler darzustellen, sondern in dem Moment, in dem man einen Wettbewerb gewinnt, diesen immer für diese Einheit gewinnt und somit auch die Ideologie, sage ich jetzt einmal, mit vertreten muss, die diese Einheit gerne sehen möchte. Dass das der Fall ist, sieht man am Beispiel der Internetseite der Carabinieri selbst. Ich habe es hier aufgelistet. Auf der Internetseite der Carabinieri gibt es einen Link, auf dem sie beispielsweise über die Sportler Paul Hildgartner und Walter Plaikner schreiben, dass die beiden "italianissimi malgrado l'origine dei nomi" sind. Im Grunde genommen regt man sich sogar darüber auf, dass diese Sportler einen deutschen Familiennamen tragen. Es muss sogar unter Beweis gestellt werden, dass sie nicht nur Italiener, sondern "italianissimi malgrado l'origine dei nomi" sind. Das steht so auf der Internetseite der Carabinieri. Diese Sportler sind jetzt bei den Carabinieri im Dienst. Man kann sich also vorstellen, dass sie bestimmt nicht in die Situation versetzt werden wie beispielsweise der bayrische Sportler - und das müssen sie gar nicht, mit der Tiroler Fahne zu wehen -, aber dass zumindest die Sportler nicht gezwungen – gezwungen ist übertrieben -, aber doch in die Situation versetzt werden, dass ihnen nahegelegt wird, "italianità" zur Schau zu tragen, ist weder den Sportlern zuzumuten noch ist es ein imageförderndes Bild für das Land Südtirol. Ich denke, dass alle, weil es um die Olympischen Spiele geht, den Fall Plankensteiner präsent haben, bei dem der Rodler quasi im italienischen Staatsfernsehen gefragt wurde, ob er den "Inno di Mameli" kenne. Als er dies verneint hat, ist ein Sturm der Entrüstung durch ganz Italien gegangen. Dieser arme Mensch wurde mehr oder weniger vor laufenden Kameras genötigt, seine Treue zu Italien zu bekennen und die italienische Hymne im Fernsehen zu singen.

Jetzt geht es um die Frage, wie wir dem entgegenwirken können. Zum einen muss man sicherlich auch die freie politische Meinung der Sportler respektieren. Es gibt sicherlich auch Sportler, die sagen, dass sie sich vom Herzen her als Italiener fühlten, dass sie damit überhaupt kein Problem hätten. Diese sind vielleicht stolz darauf, wenn sie mit der italienischen Fahne wehen können. Das muss uns nicht gefallen, aber das müssen wir respektieren, denn es gehört natürlich auch zu einem selbstbestimmten Leben, dass man so etwas selbst frei entscheiden kann. Es ist aber nicht in Ordnung, dass, wenn Sportler dies vielleicht nicht möchten, sie es trotzdem tun müssen. Wir sollten uns schon auch die Frage stellen, was das für ein Image ist, das unser Land damit transportiert. Auf

der einen Seite möchten wir Südtiroler auch international Anerkennung für unseren besonderen sprachlich-kulturellen Status verlangen, das heißt wir werben für Verständnis für unsere Sonderrechte, die wir oft genug verteidigen müssen. Auf der anderen Seite muss man sich fragen, wie man diese Sonderrechte aufgrund der eigenen Identität langfristig verteidigen will, wenn die Aushängeschilder Südtirols, die Südtirol nach außen hin vertreten und international vielleicht präsenter als es wir Landtagsabgeordnete sind, das Bild vermitteln, dass sie stolze Italiener sind. Wir tun uns auch schwer, unsere eigene Identität zu verteidigen, wenn genau das Gegenteil öffentlich gemacht wird. Deswegen haben wir uns bereits in der letzten Legislatur gefragt, ob es nicht möglich wäre, den Südtiroler Spitzensportlern - um es nicht falsch zu verstehen, auf freiwilliger Basis natürlich -, die Möglichkeit zu bieten, in den Landesdienst aufgenommen zu werden, beispielsweise bei der Forstbehörde. Dort hätten wir dann nicht mehr diesen Druck von Seiten des Arbeitgebers, eine Fahne oder etwas Ähnliches zur Schau zu stellen. Wer will, kann weiterhin für die Carabinieri, für die Finanzwache antreten, aber wer das nicht möchte, könnte auch in den Südtiroler Landesdienst übernommen werden. Wir hatten in der Vergangenheit einige Sportler, die, leider, erst in ihrer nicht mehr aktiven Sportphase gesagt haben, dass sie so etwas begrüßen würden und sie hätten so etwas auch getan, wenn es in ihrer Zeit möglich gewesen wäre.

Wir hatten im Vorfeld der Landtagswahlen auch bei verschiedenen Podiumsdiskussionen diese Thematik immer wieder auf dem Tisch. Ich war zum Beispiel mit dem nunmehrigen Landesrat Schuler auf einer Podiumsdiskussion in Marling, in der auch das Thema "Spitzensportler in den Landesdienst" thematisiert wurde. Er hat selber gesagt, dass er sofort dafür wäre, Südtiroler Spitzensportlern die Möglichkeit zu geben, in den Landesdienst aufgenommen zu werden.

SCHULER (SVP): *(unterbricht)*

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Sie haben noch mehr gesagt, was ich jetzt aber nicht sagen möchte.

SCHULER (SVP): *(unterbricht)*

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Vor allem mit der Begründung, warum Sie das letzte Mal dagegen gestimmt haben, aber egal.

Nichtsdestotrotz geht es hier, glaube ich, zum einen darum, wie wir uns nach außen präsentieren. Zum anderen geht es darum, den Druck von den Sportlern zu nehmen, und es geht, glaube ich, auch darum, dass wir diese Chance, dieses Werbeimage, das uns unsere Sportler bringen könnten, in Südtirol nicht richtig nutzen. Wir sehen am Beispiel der Olympischen Spiele, ... Wenn wir es mit dem Bundesland Tirol vergleichen, dann gibt es diesbezüglich eine eigene Werbeschiene, die im Grunde genommen die Tirolwerbung mit den Olympischen Spielen verbindet. Dort gibt es das Austria-Tirol-Haus und es fahren auch Werbefachleute aus Tirol zu den Olympischen Spielen, um dort Werbung für die eigene Destination machen. In Südtirol sind wir sozusagen geduldete Gäste in der "Casa Italia", mehr aber nicht. Nach außen hin sind es nicht Südtiroler Athleten, sondern sie vertreten nach außen hin nur Italien, und das ist, auch aus werbemarketingtechnischer Sicht, eine Chance, die wir hier verpassen. Ich glaube, dass wir den Sportlern eine faire Möglichkeit geben sollten, wenn sie es wünschen, in den Landesdienst aufgenommen zu werden, damit solche Dinge, wie wir sie hier sehen, nicht mehr passieren. Dieses Interview, in dem jemand sagen muss, dass er stolz sei, in Italien zu leben, weil es in Italien ein Meer usw. gebe, ist gerade so, als ob die Spieler aus anderen Nationen im Grunde genommen benachteiligt wären, weil sie nicht in dem Land leben dürfen, in dem es ein Meer gibt. Hier gibt es auch dieses Spiel, das unsere Journalisten immer mit unseren Sportlern treiben, beispielsweise vor vierzehn Tagen, als ein Journalist über Armin Zöggeler gespottet hat, wobei mit der Aussprache seines Namens immer wieder Schindluder getrieben wird. Das sind nicht nur Unhöflichkeiten gegenüber den Sportlern, sondern es ist im Grunde genommen eine Missachtung ihrer Leistungen, aber auch ihrer Identität. Ich denke, dass wir nicht nur uns Südtirolern, sondern auch den Sportlern einen Gefallen tun, wenn wir ihnen selber unsere Wertschätzung entgegenbringen, denn hier handelt es sich nicht um so viele Personen, sondern der Kreis der wirklichen Spitzensportler ist in Südtirol doch relativ überschaubar. Ich denke, dass es schon auch im Interesse Südtirols wäre, den Sportlern diese Wertschätzung entgegenzubringen, sie, wenn sie es wünschen, in den Landesdienst zu übernehmen, damit ihnen der Druck der Zurschaustellung ihrer sogenannten "italianità" genommen wird und sie zukünftig auch wirkliche Werbeträger des Landes Südtirols bei internationalen Wettkämpfen sein können.

PRÄSIDENT: Der Abgeordnete Urzi hat das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore): Grazie, presidente. Poi lascerò volentieri la parola al collega Steger che pure ha chiesto la parola sull'ordine dei lavori come ho fatto anch'io. Il collega Knoll ha avuto la cortesia di distribuirci della documentazione con la quale vorrebbe supportare le proprie considerazioni. Presidente, leggo che nella mozione vengono fatte delle affermazioni di gravissima entità, riferite in modo particolare a Carabinieri e Guardia di finanza che eserciterebbero pressioni affinché i loro sportivi si riconoscano nello Stato italiano. Si afferma poi che questi sportivi sono costretti a portare il tricolore ed obbligati a riconoscersi fedelmente nello Stato italiano contro la loro volontà, queste sono le dichiarazioni che leggo nella mozione. Onestamente presidente, al di là di come la si possa pensare, ritengo che queste affermazioni siano talmente gravi da per se da farmi pensare che forse una riflessione da parte dell'Ufficio di Presidenza e del presidente sull'ammissibilità del documento doveva essere fatta.

Presidente, sull'ordine dei lavori chiedo - e mi riservo chiaramente anche tutte le iniziative necessarie a questo riguardo - che si produca la documentazione utile a dimostrare esattamente l'opposto rispetto a quello che presumibilmente è dimostrato dai documenti che il collega Knoll ha presentato. Perché se i documenti presentati vogliono far intendere in un certo qual modo una certa affermazione, ossia della costrizione, ci piacerebbe che fosse prodotta la documentazione relativa alla conferma sull'atto di costrizione. Presidente, nell'aula del Consiglio provinciale sulla base di quale presupposto si può articolare un normale dibattito istituzionale? La prego di seguirmi sul filo del ragionamento, sul fatto che siano state esercitate iniziative illegali, contro la libertà della persona, nei confronti di persone che vestono la divisa e che nello stesso tempo sono atleti e che sono infine cittadini della Repubblica italiana. Presidente, sono dichiarazioni di una gravità inaudita, che al di là di come la si pensi, in quanto io posso ammettere che ci possano essere sentimenti contrari al fatto che gli atleti dell'Alto Adige debbano o possano partecipare alle competizioni internazionali sotto una bandiera oppure un'altra, con una divisa oppure con un'altra - qui apriamo il dibattito, mi va bene, e questo ci sta tutto per l'amor di Dio - ma quando si afferma che sono state commesse pratiche illegali contro la volontà della persona, con atti di costrizione e si imputa questo tipo di responsabilità a Carabinieri e Guardia di Finanza, e ci si dimentica, se vogliamo, la Polizia penitenziaria perché Carolina Kostner è della Polizia penitenziaria, e se vogliamo magari aprire il dibattito anche su questo... Presidente, chiedo che prima di iniziare il dibattito ci sia la dimostrazione, l'attestazione, la comprova in aula o perlomeno la dichiarazione da parte dei diretti interessati, che qui sono invitati di pietra, sul fatto di essere stati vittime di questo tipo di comportamenti e atteggiamenti.

Ribadisco, presidente, che io personalmente non avrei potuto dichiarare ammissibile una mozione di questo tipo che incide sul rispetto delle istituzioni, un rispetto nel senso dell'ordine costituzionale delle cose. E' vero che lo statuto ci riconosce la possibilità di esercitare il nostro mandato al di là delle responsabilità per le nostre azioni e per le nostre parole in quest'aula, ma credo che questo si debba inquadrare in un contesto più ampio. Presidente, prima di procedere chiedo ai proponenti e al presidente del Consiglio che si dia concreta dimostrazione del fatto che siano state esercitate queste violenze personali nei confronti degli atleti di cui stiamo parlando. Ovviamente mi riservo tutte le iniziative e le azioni atte a tutelare non solo la dignità delle istituzioni repubblicane, ma anche delle forze dell'ordine che qui sono richiamate in maniera così violenta nell'ambito di un documento che ritengo inammissibile, sia sul piano morale che su quello formale. Grazie.

PRÄSIDENT: Danke, Kollege Urzì. Ich habe Ihre Argumentation verstanden. Ich habe mich mit Dr. Peintner konsultiert. Es ist so, dass die Verantwortung bezüglich des Inhaltes, ob er richtig oder falsch ist, allein beim Einbringer liegt. Den Beschlussantrag kann nur dann als nicht zulässig bzw. als "non ammissibile" erklärt werden, wenn darin beleidigende Worte enthalten sind. Wenn man jemanden ungebührlich betitelt, dann ist der Beschlussantrag grundsätzlich nicht zulässig und nicht der Würde des Hauses entsprechend. Grundsätzlich sind das Behauptungen ...

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore): *(interrompe)*

PRÄSIDENT: Im Artikel 113 der Geschäftsordnung steht, dass nur dann eine Unzulässigkeit vorliegt, wenn jemand jemanden beleidigt, jemandem etwas unterstellt bzw. Unterstellungen macht, die dann nicht stimmen. Das hat dann allein der Einbringer zu verantworten. Wenn Sie Gegenmaßnahmen gegen das, was Kollege Knoll gesagt hat, in die Wege leiten wollen, dann ist dies Ihr Recht. Dann werden andere institutionelle Stellen klären, ob es rechtens war oder nicht. Soviel zur Geschäftsordnung. Wir können über Ihren Antrag im Rahmen der Beratungen für die Überarbeitung der Geschäftsordnung reden.

Der Abgeordnete Steger hat das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

STEGER (SVP): Ich ersuche um eine kurze Unterbrechung der Sitzung zur Abhaltung einer Fraktionssitzung.

PRÄSIDENT: Das Wort hat Kollege Knoll zum Fortgang der Arbeiten.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich empfinde es korrekt, dem Kollegen Urzì zu antworten, nachdem er die Dokumentation verlangt hat. Man muss dazu sagen, dass dieser Beschlussantrag auf einen Beschlussantrag basiert, der nach den Olympischen Spielen in Turin gemacht wurde. Die Textpassage bezieht sich auf das, was ich erwähnt habe, nämlich auf die Zurschaustellung des Rodlers Plankensteiner, worüber es hier im Landtag auch Anfragen gegeben hat. Es hat auch eine Dokumentation in den Medien gegeben. Wenn Kollege Urzì das haben möchte, dann ist dies sicherlich im Archiv des Landtages noch auffindbar. Auf die Passage des Rodlers Plankensteiner bezieht sich diese Aussage unfreiwillig. Das ist, glaube ich, damals von allen wahrgenommen worden.

PRÄSIDENT: Die Sitzung wird bis 15.20 Uhr unterbrochen.

ORE 14.58 UHR

ORE 15.23 UHR

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.
Das Wort hat Frau Kollegin Foppa, bitte.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Ich kann, das muss ich sagen, das Unwohlsein oder das Unbehagen, den "disagio" des Kollegen Knoll hinsichtlich dieser Bilder aus seiner Sicht wirklich nachvollziehen. Ich kann mir vorstellen, dass dies, wenn jemand von den Ideen wie den seinen beseelt ist, tatsächlich schmerzhaft sein muss. Ich sage es nicht ironisch, sondern meine es ehrlich.

Was sich mir in diesem Beschlussantrag nicht erschließt, ist der Zusammenhang zwischen dem Beamtenum und der Fahne, die man bei einer Sportveranstaltung trägt. Ich bin selbst lange Zeit Landesbeamtin gewesen und das hätte mit der Fahne, die ich jemals getragen hätte, gar nichts zu tun gehabt. Die Sportler sind tatsächlich Staatsangestellte oder leisten bei Staatskörperschaften Dienst, sie tragen aber nicht die Fahne der "Guardia di Finanza" oder der "Polizia penitenziaria", sondern es ist eine völlig andere Ebene, nämlich jene der Staatsangehörigkeit eines Sportlers/einer Sportlerin und die seines Status als Angestellter der Landesverwaltung. Es verwundert mich schon, dass die Landesverwaltung sozusagen als Versorgungsmaschinerie angesehen wird. Ich glaube, dass die Landesverwaltung dazu da ist, das Land im Sinne der Bürgerinnen und Bürger bestmöglich zu verwalten und nicht um Stellen zu schaffen, die man dann einfach öffnet oder schließt, je nachdem ob ein Sportler/eine Sportlerin gerade im Dienst ist, wobei man auch noch einmal schauen müsste, wann man ein Spitzensportler/eine Spitzensportlerin ist und welche Kriterien angesetzt werden, um Stellen oder sichere Arbeitsplätze zu verschaffen. Ich sehe diesen Zusammenhang nicht und kann mir auch nicht vorstellen, dass es im Sinne einer Straffung der Verwaltung und einer besseren Verwaltung ist, wenn man hier einfach ad libitum und nur damit Leute sich nicht einem bestimmten Staat zugehörig fühlen oder eine Fahne tragen müssen, Stellen schafft. Ich finde es sehr gewagt, diesen Zusammenhang herzustellen. Das finde ich unserer Landesverwaltung überhaupt nicht angemessen. Ich frage mich dann auch, was diese Leute machen würden, die dann im Landesdienst stünden. Hätte man dann plötzlich einen Förster mehr oder was denn? Ist das der Sinn einer Landesverwaltung, die hier eingesetzt wird?

Sie haben davon gesprochen, dass es die Möglichkeit geben soll, Sportlerinnen und Sportler in den Landesdienst aufzunehmen. Diese gibt es sicher. Sie müssen einen Wettbewerb machen, wenn er ausgeschrieben wird. Ich glaube aber nicht, dass durch die Tatsache, dass sie dann im Landesdienst stehen, auf das Fahnentragen verzichten würden, wenn sie es tun wollten. Wenn sie es nicht tun möchten, dann könnten sie es jetzt schon nicht tun. Ich habe selbst die Aussagen von Armin Zöggeler gehört, aus denen ich jedenfalls keineswegs einen Zwang oder eine auferlegte Verpflichtung herausgehört habe. Ich denke mir, dass es Leute geben wird, aber dies mit dem Beamtenstand zu sanieren, ist am Ende doch eine Verunglimpfung desselben. Vielen Dank!

LEITNER (Die Freiheitlichen): Das, was Kollegin Foppa gesagt hat, gilt für alle Länder, denn in allen Ländern sind Spitzensportler oft Bedienstete einer Militäreinheit oder einer öffentlichen Verwaltung. Es ist überall so. Die Frage ist, wo der Return ist, wie es in einem anderen Zusammenhang gesagt worden ist. Das kann man bei dieser Olympiade auch feststellen, und das ist hier auch schon angedeutet worden, aber mir geht es um etwas anderes. Diese Diskussion hatten wir schon mehrmals. Auch wir sind der Meinung, dass es besser wäre, wenn die Südtiroler Sportler für das eigene Land und nicht für einen fremden nationalen Staat antreten könnten, nur darf man eines nicht machen: Wir dürfen den Druck nicht auf die Sportler ausüben, sondern wenschon auf die Politik. Was derzeit beispielsweise auch bei der Olympiade in Sotschi passiert, wo viele auf die Missstände in Russland hinweisen, ... Ausbaden müssen dies die Sportler, die am wenigsten dafür können. Die Sportler wollen rodeln, Ski fahren, gewinnen und eine Medaille machen. Wie sie dazu kommen, ist den meisten relativ wurst, sage ich jetzt einmal. Ich und wahrscheinlich viele von den Kollegen hier haben mit Spitzensportlern gesprochen. Ich habe einen Rodler im Umfeld meiner Familie, den Dominik Fischnaller, welcher der Sohn eines Nachcousins ist. Ich habe keinen Verdienst, wenn er gut rodeln kann, um nicht missverstanden zu werden. Ich habe mit ihm gesprochen dahingehend, wie es den Sportlern so gehe. Sie denken nicht an diese Geschichte, denn sie wollen rodeln, trainieren und gewinnen. Der Rest interessiert die meisten nicht.

Wahr ist, dass dies Journalisten und Medien schamlos ausnützen, wie es Sven Knoll beispielsweise gesagt hat, was damals bei der Olympiade in Turin passiert ist. Da tut man den Menschen nichts Gutes. Wenn man dem Armin Zöggeler in den Mund legt, dass er von der italienischen Kultur viel hält, dann meint er sicherlich das, was auf dem Siegesdenkmal eingemeißelt ist. Wenn er die Küche lobt, dann bitte, aber was soll ein Sportler sagen, dem man dauernd das Mikrophon vor den Mund hält usw.? Sie stehen automatisch unter Druck und werden auch, das ist halt einmal so, von einer Einheit gezahlt, bei der sie Dienst leisten. Sie müssen auch einen Dienst erbringen.

Ich bin dafür, dass wir die Möglichkeit studieren, ob wir nicht auch eigene Sportmannschaften aufstellen können wie Schottland eine hat und wie sie die Färöer Inseln haben usw., wo auch Nation und Staat nicht immer zusammentreffen. Das sollte man einmal überprüfen. Ministerpräsident Letta hat in Aussicht gestellt, dass, wenn die Südtiroler viele Medaillen holen, vielleicht die Finanzregelung besser ausfällt. Ich weiß nicht, ob Letta noch bis zum Ende der Olympischen Spiele Ministerpräsident bleiben wird. Das muss man auch erst sehen, deshalb kann er auch viel versprechen. Diese Geschichte sollte man ernst nehmen, sie aber nicht auf den Schultern der Sportler austragen, die dafür nichts können. Die Politik muss wenschon den Rahmen oder die Grundlage schaffen, dass es auch anders möglich ist.

Ich bin schon der Meinung, dass die Südtiroler Sportler Großartiges leisten. Wenn sie dem Land nicht nur die Ehre erweisen, dann ist das heute im Sport ein wirtschaftlicher Faktor. Sven Knoll hat hundertprozentig recht, wenn er sich fragt, was in Sotschi von Südtirol übrig bleibt. Südtirol kommt nicht vor. Das ist eine Marginale sondergleichen, weil auch die Möglichkeiten nicht da sind. Diese Möglichkeit sollte man studieren, sollte man prüfen und ein bisschen mit nüchternem Denken an die ganze Sache herangehen, um allen gerecht zu werden.

Ich halte nichts davon und es bringt niemandem etwas, mit Emotionen eine Diskussion zu entfachen, weil es mit den Fahnen immer so eine Geschichte ist. Heimat unter fremden Fahnen ist für Südtiroler teilweise ein Problem, nicht für alle, aber für einige sehr wohl, und das muss man auch ernst nehmen. Deshalb finden wir vielleicht eine Möglichkeit, den Rahmen zu schaffen, dass die Südtiroler irgendwann einmal für Südtirol antreten können, egal ob es Deutsche, Italiener oder Ladinier sind. Diese Möglichkeit sollte man mit den zuständigen Gremien studieren. Ich weiß, dass das CONI immer noch sehr nationalistisch ausgerichtet ist. Es ist somit nicht leicht. Wir haben öfters darüber geredet, aber ich möchte die neue Landesregierung schon dazu ermuntern, in dieser Sache vielleicht einen Zahn zuzulegen, sie ernsthafter in die Hand zu nehmen und nicht nur beschwichtigen - das geht nicht -, wie es in der Vergangenheit der Fall war.

MUSSNER (SVP): Wir erleben jetzt die Olympiade mit, denn jeder von uns geht abends mit Freude nach Hause und schaut sich diese an. Jeden Tag haben wir jemanden aus Südtirol, den wir auch kennen, denn die meisten italienischen Athleten kommen aus unserem Land. Deswegen muss man sagen, dass es kein Land gibt, welches bei Olympischen Spielen so erfolgreich war und viele Medaillen nach Hause, nach Südtirol gebracht hat. Dies ist sicher darauf zurückzuführen, weil wir in jeder Hinsicht gute Strukturen haben. Wir haben talentierte junge Menschen in vielen Disziplinen, hauptsächlich aber im Wintersport. Im Mittelpunkt steht dabei eigentlich immer der Mensch, der Sportler oder die Sportlerin. Wir müssen schon darüber nachdenken. Deswegen wundert es mich ein wenig, dass man Wörter wie "Versorgungsmaschine" hört bzw. Prämissen im Beschlussantrag enthalten sind, oder auch die Antwort, die Kollege Urzi gegeben hat. Hier sieht man genau, dass sich Extreme bekämpfen, und

das ist sicherlich nicht richtig. Wenn wir von Olympiaden reden, dann müssen wir an unsere Jugendlichen denken, die dabei sein können und dabei sein wollen, die, sportlich gesehen, etwas werden wollen und, wenn sie 14 oder 15 Jahre alt sind, diese Möglichkeit haben wollen. Ich möchte damit nicht sagen, dass man diese in Südtirol nicht hätte, aber wir müssen bedenken, dass sie danach eventuell auch weiterhin einen Beruf, den sie angefangen haben, ausüben können. Meistens sind es Sportgruppen bzw. öffentliche Stellen. Ich denke dabei an die Sportgruppe der Carabinieri, der Finanzwache, aber auch an das Heer, an die Polizei, an die Feuerwehr, bei denen auch viele einen Arbeitsplatz finden. Ich glaube, dass sich diese Sportler nicht instrumentalisieren lassen. Ich kenne viele von ihnen, die ihre Identität, sei es die ladinische als auch die deutsche, in jeder Hinsicht beibehalten haben, und solche kennt, glaube ich, jeder von uns. Wir müssen alles tun, damit sich die Sportler auch wohl fühlen. Die heutige Diskussion könnte dazu führen, dass dies nicht mehr der Fall ist. Natürlich soll diskutiert werden, aber wir sollen das auch ein wenig berücksichtigen. Ich glaube, dass wir auf eine Art und Weise diskutieren sollen, dass vor allem der Respekt vorhanden ist und dass wir den Sportlern und Sportlerinnen ein angenehmes Ambiente schaffen, damit sie weiterhin diese Erfolge haben können.

Die Interventionen, die es in den letzten Jahren immer wieder gegeben hat, haben sicherlich dazu beigetragen, dass hauptsächlich unsere Jugendlichen zugelassen worden sind. Das finde ich richtig, weil sie auch Botschafter unserer Kultur sind. Es sind Jugendliche, die bei Olympiaden auf Weltebene unsere Verschiedenheit zum Ausdruck bringen. Wir sehen es auch bei den Interviews. Wenn Kollege Knoll gesagt hat, dass man die Identität verlieren könne, wenn jemand einmal die italienische Fahne trägt oder mit dem Rucksack geht, dann muss man einfach sagen, dass dies sicher nicht der Fall ist. Ich bin überzeugt, dass sie weiterhin das bleiben und die Identität, die sie haben, beibehalten, auch wenn sie manchmal hinter einer Fahne, in diesem Fall hinter der italienischen Fahne, gehen müssen. Es ist, glaube ich, nicht richtig, dass wir dies für unsere Sportler in Frage stellen. Die Freiheit ist allen gegeben und darauf müssen wir weiterhin bauen.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore): Grazie, presidente. Vorrei unirmi in grande parte e senza demagogia alle parole dell'assessore Mussner, anche se faccio difficoltà a rintracciare toni estremistici in alcune cose che sono state dette in precedenza. Quando si rivendica semplicemente il rispetto delle istituzioni non si fa estremismo, si rivendica semplicemente un principio di rispetto. Parlando di questa mozione che non ha rispetto, io ho fatto riferimento al rispetto, perché quando si afferma che vengono esercitate pressioni, che viene limitata la libertà personale e che c'è strumentalizzazione, e quando si afferma che c'è costrizione della volontà personale, credo che chiunque all'interno di quest'aula, al di là del proprio sentimento personale che io rispetto, non può che dire: 'fermiamoci, non cadiamo nella rete della provocazione'. Noi siamo usi a questo, alla provocazione che poi comporta sempre alla fine una sorta di instaurazione di un dibattito per arrivare comunque ad una risoluzione raffazzonata che serva a portare l'asticella di un grammo, un millimetro più in su rispetto a quello del buon gusto. E' un appello che rivolgo ai miei colleghi in quest'aula: non cadiamo nella provocazione! Cerchiamo di mantenere il tono, il confronto e il dibattito sul profilo che è stato tenuto in relazione alla mozione che abbiamo approvato prima, quella della collega Foppa. Torniamo a quello spirito! Cerchiamo di rompere e scrollarci di dosso quei fastidi primordiali che uccidono l'Alto Adige e la coscienza delle persone più fragili. E siccome le persone più fragili vanno difese, noi abbiamo la responsabilità di difenderle dalle aggressioni che colpiscono sull'emozionalità. Questa è una mozione emozionale che vuole creare fastidi, che vuole agitare tensioni, che vuole creare un caso dal nulla. L'altro giorno, in un momento diverso, in quest'aula sentivo porre da un collega un interrogativo - che ho citato parecchie volte oggi, sempre relativo all'incontro con la Winter School dell'Accademia europea in Consiglio provinciale - con il quale chiedeva: "La medaglia d'oro vinta da un atleta dell'Alto Adige, è una medaglia d'oro per l'Alto Adige o per l'Italia?". Credo che la risposta più banale sia quella più scontata: è una medaglia d'oro dell'Alto Adige e dell'Italia, di entrambi, perché è una medaglia d'oro che rende orgogliosi tutti! Rende orgogliosi i nostri concittadini siciliani, così come rende orgogliosi coloro che vivono nel paese dell'atleta altoatesino che l'ha garantita. C'è gioia nel resto del nostro paese, in Sicilia, in Calabria, nel Lazio e in Lombardia, per quelle medaglie che sono avvertite come qualcosa di straordinario, di vivo! Questo è un sentimento positivo, lo stesso che in fondo ha evocato il collega Mussner, il sentimento positivo delle persone, di chi pratica lo sport che crede nei suoi valori e non crede nelle provocazioni etniche, e io credo che si risolverebbe il problema solo in questo! Con l'orgoglio della propria piccola patria, della piccola bandiera locale, del paese, del municipio, della provincia, per carità ci sta tutto e ogni regione fa il calcolo di quanti atleti della Puglia, magari non alle olimpiadi invernali ma estive, piuttosto che dell'Emilia Romagna o della Lombardia vincono e portano orgoglio al proprio territorio. E' normale che sia così, ed è normale che lo sia anche in Alto Adige. Ma non si può sporcare un evento sportivo e bello con la tristezza di quella polemica che ci avvita in una spirale infinita che da anni trascina nel nulla e nella provocazione. Respingiamo queste

provocazioni e torniamo a parlare di quello di cui abbiamo parlato prima nella mozione precedente, l'Alto Adige bivalente, la tristezza di queste pagine e la bellezza delle aspirazioni e delle speranze rivolte al futuro. Nel concreto, abbiamo un ministro che si chiama Kyenge che è del Congo e giura alla Repubblica italiana che sua, è sua e che la sente sua. Abbiamo avuto un presidente del Consiglio che si chiamava Elio di Rupo ed era presidente del Belgio, ed era italiano, 'italianissimo' nel senso pieno del termine. 'Italianissimo' non è detto nel senso che ha avvertito con fastidio il collega Knoll, è usato, si dice così, e non significa quindi contro. Abbiamo avuto un ministro della Repubblica italiana Josefa Idem che era tedesco, abbiamo degli atleti che si chiamano Zoggeler che sono italiani e nello stesso identico tempo sono altoatesini e vincono per l'Alto Adige, per il loro paese, la loro famiglia e la loro federazione. Vincono per l'Italia, per lo sport e per le Olimpiadi! Questa è la cosa più bella, questo è quello che rimane nella storia, non queste polemiche sciocche! Nessuno è costretto a fare delle scelte come quelle che fanno atleti che sono diventati poliziotti penitenziari come Carolina Kostner, che sono diventati carabinieri o finanziari, nessuno li costringe, sono occasioni, opportunità che si colgono nella vita. Se si fanno affermazioni come quelle che il collega Knoll ci ha distribuito, mi ritengo fortunato di vivere in Alto Adige, che è bello, dove abbiamo tutto – anche il mare da raggiungere in due ore – siamo lavoratori in movimento da mattina e sera e il nostro motto è: 'finché non ho finito non sto bene, le cose si fanno da subito' ecc., mi sento italiano e sono orgoglioso di esserlo. Mi definisco un altoatesino e quindi un sudtirolese - come si dice qua-, mi sento un altoatesino di lingua italiana, di nazionalità italiana, come io mi sento un italiano, però altoatesino. Lo capite l'interscambio? Forse chi provoca non capisce questo interscambio, che è la bellezza di questa terra.

Concludo, presidente, dicendo che voto no alla mozione in quanto respingo le provocazioni. Voglio però dire di più, ossia la cosa più grave che voglio denunciare, ossia che non si può permettere che in un'aula istituzionale, nella più alta sede dell'autonomia altoatesina si discuta, come se questo fosse un atto normale, di un documento che vilipendia istituzioni repubblicane come quella dell'Arma dei carabinieri o della Guardia di finanza che vengono accusate in questo documento di costringere le persone, quindi di sottrarre alle persone le libertà personali. Presidente, questo è un atto inaudito e grave, questo deve essere detto. Auspicio che qualcuno voglia sottolineare questo elemento. Grazie.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Kollege Urzi, Sie werden es schon dem Einzelnen überlassen müssen, ob er sich als "altoatesino" oder als Südtiroler fühlt. Das werden nicht Sie bestimmen können, so wie auch die Arma dei Carabinieri nicht bestimmen können wird, dass jemand "italianissimo" ist. Da sind wir außerhalb jeder Normalität. Das, was Sie hier vorgebracht haben, ist ein einzigartiges Zeugnis von mangelndem Einfühlungsvermögen, von mangelnder Normalität. Das ist nicht die Normalität. Sehen Sie, die Fremdbestimmung besteht darin, dass andere darüber bestimmen, als was man sich zu fühlen hat. Das ist Fremdbestimmung und das ist auch eine aufgezwungene Identität, denn ich bin überzeugt, ... Wenn hier geschrieben steht, dass Paul Hildgartner e Walter Plaikner im "Centro sport Carabinieri" italianissimi, malgrado l'origine dei nomi" sind, dann muss ich mich in einem zivilisierten Land fragen, ob das normal ist. Das ist nicht normal!

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): *(interrompe)*

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Heute steht es drinnen. Kollege Dello Sbarba, wenn Sie eine Wohltat vollbringen wollen, dann müssen Sie diesen schreiben, ob sie immer noch im 18. bzw. 19. Jahrhundert leben. Versuchen Sie es einmal damit und schauen Sie einmal, was sie dann dazu sagen.

Ich will nicht weiter auf den Kollegen Urzi eingehen, denn wenn er hier von dummen Polemiken, von "polemiche sciocche" spricht, dann ist dies Ausdruck von Hilflosigkeit und Verlegenheit. Dann heißt das, dass hier ganz einfach die Argumente fehlen und man gar nicht darüber nachdenken will, ob es hier vielleicht nicht doch unterschwellige Nötigungen gibt. Nötigung muss nicht immer sein, wenn ich sage, dass du, wenn du nicht die "Tricolore" nimmst, Schläge bekommst. Das muss nicht sein. Es gibt viel, viel subtilere Möglichkeiten. Und glaubt Ihr denn allen Ernstes, dass sich Armin Zoggeler – ich habe es auch im Fernsehen gesehen, denn er hat nur grün-weiß hergezeigt; die gelbe Farbe, Hans Heiss, ich habe mich gefreut, die Schützenfarben zu sehen - Sorgen macht, bevor er aufs Podium geht, ob irgendwo eine "Tricolore" greifbar ist? Glaubte Ihr im Ernst, dass da nicht jemand dafür sorgt, dass er sie zu diesem Zeitpunkt in die Hand gedrückt bekommt? Das ist subtile Nötigung! Was will ein Spitzensportler in diesem Moment tun? Soll er sie wegwerfen? Er hätte sie wahrscheinlich umhängen sollen, das hat er aber nicht gemacht, und auch das ist ein Hinweis darauf, wie sich jemand fühlt. Ich habe ihn nicht gefragt und behaupte das auch nicht. Ich versetze mich jetzt nur einmal in diese Situation. Wenn Alessandro Urzi hier groß davon prahlt, dass es eine Medaille für Italia und für Südtirol sei, dann muss ich sagen, dass es in erster

Linie eine Medaille für Armin Zöggeler und eine Medaille für Christof Innerhofer ist, und nicht schon wieder die Nötigung, für wen er diese erbringt. Er erbringt die ganz persönliche Leistung. Dass er dabei unterstützt und gefördert wird, ist in Ordnung, und es soll so bleiben. Damit aber vielleicht ein Teil dieser subtilen Nötigungen wegfällt, schlagen wir vor, dass diejenigen, die wollen - auch das ist keine Fremdbestimmung - und diejenigen, die möchten, die Wahl haben sollen, ob sie in eine staatliche Organisation, in einen staatlichen Verband, Polizeiverband oder was auch immer gehen wollen - wer das will, dem ist es ja unbenommen - oder ob sie sich für den Landesdienst entscheiden, in dem sie gefördert werden. Das Wichtigste ist, dass man es ihnen frei stellt, damit diese subtile Nötigung wegfällt, nicht weniger und nicht mehr.

Frau Foppa, es ist nicht eine Verunglimpfung des Beamtenstandes, in keiner Weise, denn was hier steht, ... Ich sage sonst nichts mehr, aber davon abzuleiten, dass wir jemanden verunglimpfen würden, ... Gewisse Dinge tut man nicht, denn das ist nicht in Ordnung. Das ist von einem Menschen, der ein Ehrgefühl, eine eigene Würde und auch ein Freiheitsempfinden hat, nicht in Ordnung.

PRÄSIDENT: Bevor ich der Abgeordneten Mair das Wort erteile, möchte ich die 2. Klasse der Landesberufsschule Bozen Medien recht herzlich begrüßen.

Das Wort hat die Abgeordnete Mair, bitte.

MAIR (Die Freiheitlichen): Wir reden fast über eine Stunde über unsere Sportler, wobei ich die Gelegenheit nutzen möchte, um von diesem Platz aus den Sportlern Innerhofer und Zöggeler meinen Glückwunsch auszusprechen, ihnen ganz herzlich zu ihrem grandiosen Erfolg gratulieren und auch allen anderen Sportlern, die für Südtirol in Sotschi an den Start gehen. Ich glaube, auch das muss Platz haben.

Es ist heute so – diesen Eindruck habe ich zumindest -, dass viele Carabinieri-Beamte, viele Polizei-Beamte selbst froh und dankbar wären, wenn sie für das Land Südtirol und nicht für diesen Staat arbeiten dürften, denn der Staat pfeift aus dem allerletzten Loch und hat keinen Tippel sozusagen für seine Polizei- und Sicherheitskräfte übrig. Der Antrag ist in dem Sinne voll zu unterstützen. Ich denke, dass Sport immer identitätsstiftend ist, aber er wird, leider Gottes, auch oft missbraucht. Ich denke, es müsste gerade für ein autonomes Land wie Südtirol ein Herzensanliegen sein, dass die eigenen Sportlern in den eigenen Landesdienst aufgenommen werden können und auch für Südtirol sozusagen an den Start gehen dürfen.

Ich möchte an die Landesregierung zumindest die Frage stellen, inwieweit es in der Vergangenheit ernsthafte Bestrebungen und Vorstöße in diese Richtung gegeben hat, Südtirol auch als eigene Sportmannschaft, als Sportnation sozusagen an den Start gehen zu lassen, nicht nur aufgrund der ganzen Identifikationsdiskussion, sondern auch unter einem anderen Aspekt. Wenn man sich jetzt die Olympiade in Sotschi anschaut, dann geht es auch um die Tourismuswerbung. Kollege Knoll hat es auch schon erwähnt. Wir erleben es hier, dass unsere Wintersportler für Italien starten. Südtirol spielt in der internationalen Berichterstattung überhaupt keine Rolle, denn es ist nicht einmal eine Randnotiz wert. Die Tirol-Werbung ist der Prämienpartner des Österreich-Hauses oder des Tirol-Hauses in Sotschi. Die SMG möchte den russischen Markt erobern, ihn viel stärker unter die Lupe nehmen und ins Auge fassen, wir sind hier aber schon sehr rückständig. Wenn man sich das anschaut, was die Tirol-Werbung auf die Beine gestellt hat – es ist auch sehr medienwirksam, man hat nämlich Putin ins Haus geholt usw. -, dann möchte ich auch unter diesem Aspekt die Frage stellen, inwieweit sich dies die Landesregierung vorstellen könnte, auch was die ganze Werbegeschichte anbelangt, denn Südtirol schaut hier wirklich durch den Rost. Wir kommen nicht vor. Wir müssen uns einmal anschauen, dass wir zwar ausgezeichnete Sportler haben, die nicht nur unter einer fremden Fahne starten müssen, sondern wir fallen als Tourismusland durch den Rost. Wir spielen nämlich absolut keine Rolle, wir kommen nicht vor, wir sind keine Randnotiz wert. Gerade unter diesem Gesichtspunkt, denke ich, müsste man sich schon ernsthaft darüber Gedanken machen, ob es nicht sinnvoll wäre.

Etwas, liebe Kollegin Klotz, kann ich mir nicht ganz verkneifen. Ich habe auch persönlich keine große Freude, unsere eigenen Sportler zu sehen, wenn sie mit der "Tricolore" so dargestellt werden, aber ich versuche mich in sie hineinzusetzen. Ich denke auch, dass dieser Biathlet nicht so mit der bayrischen Fahne gestartet ist, denn das wäre hinderlich gewesen. Er hat natürlich kein Identifikationsproblem, das ist klar, aber es wird den Sportlern ... Man muss sich schon vor Augen halten, dass die Konzentrationsphase der Sportler nicht erst unmittelbar vor dem Start, sondern lange vorher beginnt, denn sie haben einen enormen Leistungsdruck, eine unglaublich lange Vorbereitungszeit. Dann ist endlich der entscheidende Moment gekommen und es tut sich unglaublich viel auf. Wenn sie es dann endlich geschafft haben - dieser ganze Emotionsschub, der sich da entlädt - und wenn dann der medienwirksame Auftritt über die Bühne geht, dann denkt kein Sportler darüber nach, was er gerade in der Hand hält. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass auch unsere Sportler teilweise nicht denken, was sie in

der Hand halten. Für sie ist der Job erfüllt, nämlich etwas zu gewinnen. Die ganze Vorbereitung, die ganze mühevoll Aufgabe hat sich gelohnt. Natürlich würde es uns, zumindest einige von uns freuen, wenn sie das nicht tun müssten, aber ich habe manchmal ein bisschen das Gefühl, dass wir von den Sportlern Dinge erwarten, was wir uns oder die Politik sich nicht zu tun trauen. Ich denke, dass die Politik die Rahmenbedingungen schaffen muss, dass die Politik Zeichen setzen soll, aber wir sollten diese Dinge nicht auf dem Rücken der Sportler austragen oder uns von Sportlern Heldentaten erwarten, für die die Politik selbst zu feige ist.

ARTIOLI (Team Autonomie): Ho la fortuna di avere a casa Sky e vi posso garantire, purtroppo, che dalla mattina alla sera dicevano il nome in modo scorretto: non dicevano Zöggeler ma Zoggeler. Ogni volta che li sentivo, questo dava fastidio anche a me. In realtà però continuavano a parlare dell'Alto Adige e proiettavano le immagini del papà e della mamma che erano a casa che festeggiavano e parlavano dell'Alto Adige in continuazione. Ho visto un sacco di giornali italiani che riportavano la notizia con la quale dicevano che tutta l'Italia tifava per gli sportivi di madrelingua tedesca dell'Alto Adige. Credo che tutte queste siano cose positive, che comunque portano un marketing, e non mi sento di dire che sono costretti o che si sentono male. Una volta ho avuto la fortuna sia di incontrare Zöggeler che Innerhofer ed ho potuto parlare con loro. Non ho avuto la sensazione che loro provassero del fastidio, anzi, mi hanno detto che per loro è stato bellissimo poter aprire le Olimpiadi. Chi era davanti durante l'inaugurazione e poteva guidare tutta la 'Mannschaft' era il nostro Zöggeler. Credo sia stato molto bello poterli seguire, e mi dispiace una cosa, cioè che la RAI non abbia potuto seguirli, e questo ritengo sia un peccato anche per la RAI italiana. Sul fatto di dover avere Sky per poter seguire le Olimpiadi, stendo un velo pietoso. Non mi sento assolutamente di poter condividere questa mozione. Non posso dire che loro stanno male e di mettermi nella loro testa. Può essere che questa frase forse sia scritta in un modo che alla collega Eva Klotz non piace, perché il giornalista ha scritto "è italianissimo", e l'origine dei nomi può essere una cosa 'infelice'. Anche per chi si chiama Giorgio Holzmann, se un 'italianissimo' scrive il suo nome in modo infelice, può essere davvero una cosa assurda, anche se lui però è italiano a tutti gli effetti. Mi spiace, ma non condivido assolutamente. Certo, poteva esserci ancora più pubblicità sull'Alto Adige e questo sarebbe stato ancora meglio.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Zum Beschlussantrag selbst wird sich Fraktionsvorsitzender Dieter Steger äußern. Ich bin als zuständiger Landesrat für den Tourismus direkt angesprochen worden und möchte dazu kurz Stellung nehmen.

Ich habe mich heute Vormittag mit Vertretern des Kulturzentrums "Borodina" von Meran getroffen, um die verstärkte Kooperation mit Russland zum Thema zu machen. Anfang März wird der russische Eisenbahnpräsident Jakunin nach Südtirol kommen, weil mit ihm ein Treffen geplant ist. Nachdem wir wissen, dass er in der russischen Wirtschaftspolitik eine tragende Rolle spielt, wollen wir die Wirtschaftsbeziehungen mit Russland vertiefen. Vorher wird es ein Treffen mit EOS, SMG, BLS, TIS und mit allen Organisationen, die in diesem Bereich in irgendeiner Form tätig sind, geben. Diesbezüglich laufen Initiativen. Es ist so, dass wir künftig bei Sportereignissen von weltweitem Interesse das entsprechende mediale Interesse nützen und verstärkt auch in der Tourismuswerbung aktiv sein wollen. Das werden wir angehen. Ich bin bereits als zuständiger Landesrat aktiv geworden.

Zum Antrag selbst wird unser Fraktionsvorsitzender Stellung nehmen. Ich sage an dieser Stelle nur eines: Wir sollten unseren Sportlern in Sotschi den Gefallen machen und sie von hier aus nicht mit dem Identitätsproblem konfrontieren. Sie müssen sich jetzt auf die Wettkämpfe konzentrieren, aber wir werden dies grundsätzlich besprechen. Es gibt einen Vorschlag dazu, aber wir sollten jetzt unseren Sportlern die Daumen drücken.

STEGER (SVP): Auch ich gratuliere Armin Zöggeler, Christof Innerhofer, aber nicht nur, sondern ich gratuliere genauso der Karin Oberhofer, der Dorothea Wierer, dem Peter Fill, dem Dominik Paris, dem Werner Heel, dem Lukas Hofer und vielen anderen, und auch Carolina Kostner. Sie sehen, dass ich sogar in Schwierigkeiten komme. Wir haben ein Glück, dass wir so viele Spitzensportler haben, und darauf sollten wir stolz sein. Und ich bin auf unsere Sportler stolz, die jetzt in Sotschi Bestleistungen erbringen.

Wir wollen sicherstellen, dass auch in schwierigeren Zeiten – es sind jetzt auch wirtschaftlich schwierigere Zeiten – unsere Sportlerinnen und Sportler, unser sportlicher Nachwuchs auch in Zukunft gute Voraussetzungen hat, um Spitzenleistungen erbringen zu können. Nachdem wir feststellen, dass für unsere Sportler weiterhin diese guten Voraussetzungen für ihre sportliche Entwicklung bestehen müssten, werden wir im Rahmen der Verhandlungen mit Rom hinsichtlich der Übernahme von neuen Zuständigkeiten uns ganz sicher dafür einsetzen, dass wir auch in diesem Bereich Zuständigkeiten bekommen. Das können wir Ihnen zusichern. Wir können diesen Beschlussantrag aber nicht mit unterstützen.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): La discussione è un po' strana perché all'inizio sembrava una discussione psicanalitica, in quanto dovevamo capire che cosa stava nella testa dei nostri atleti e delle nostre atlete: se erano contenti, se non erano contenti, se qualcuno aveva messo loro la bandiera in mano o se l'avevano presa da soli ecc.. La discussione poi si è trasformata in una questione relativa alla pubblicità, ossia se siamo abbastanza presenti in pubblicità oppure no. Infine arriva il collega Steger con la 'bacchetta magica' che tutto risolve e cioè andremo a Roma 'um mehr Zuständigkeiten für diesen Bereich zu erkämpfen'.

In questa discussione quello che mi da fastidio - in quanto io sono uno per lo stato liberale - è sentire riecheggiare toni da Stato etico: "Loro sono il nostro gregge e dobbiamo sapere che colore hanno queste pecore! Dobbiamo imporglielo e o glielo impone lo Stato o glielo imponiamo noi!". Penso che dobbiamo metterci davvero nei panni delle persone che sono lì, che vincono innanzitutto per se stessi, misurano innanzitutto se stessi, se stessi_e il mondo! La nazionalità dipende dalla loro cittadinanza. Collega Urzì, non mi limiterei a direi che sono italiani, sono cittadini dello Stato italiano e questo non vuol dire che sono italiani in senso diverso del termine, no? Come diceva Magnago: "Io ho un passaporto che è italiano e quindi sto dentro... e questo, penso, mi porta dei vantaggi e degli svantaggi". Noi dobbiamo pensare che intanto le Olimpiadi sono la pace e non a queste questioni sulla nazionalità. Anche nelle bellicosissime città greche si inventarono le Olimpiadi per avere un momento di pace e di parentesi in questo tipo di cosa. Dobbiamo inoltre pensare che se una persona arriva a quei livelli, è lui e il mondo, è lui con sei miliardi di persone che lo guardano, lo guardano tutti e pensano innanzitutto al suo nome e cognome. Ho sentito spesso anch'io, come la collega Artioli, delle trasmissioni in cui c'era grande rispetto e grande considerazione della loro sudtirolesità. Ho sentito addirittura a "Radio popolare" - la più grande radio libera d'Italia di Milano - che trasmette anche qui, un'intervista della durata di mezz'ora all'assessore competente per Foiana, di Lana, che parlava di Zöggeler, del bar in cui fanno la festa e poi naturalmente ci 'buttava dentro' anche un po' di pubblicità per la città ecc.

Propongo una cosa, che voi ritirate questa mozione e che il presidente del Consiglio del Consiglio provinciale, Thomas Widmann, che su queste cose ci sa fare, quando tornano dalle Olimpiadi organizzi una bella festa in questa sala con tutti questi atleti: per applaudirli, per brindare con loro, per ringraziarli, e poi magari, senza farne una discussione, con loro possiamo anche parlarci ed il collega Sven Knoll avrà la possibilità di chiedere ad Armin Zöggeler se lui la bandiera la porta volentieri o malvolentieri, se gliela hanno incollata con lo scotch in mano oppure, come io credo, non gliene frega proprio niente.

PRÄSIDENT: Danke, Kollege Dello Sbarba, wir werden Ihren Vorschlag ernst nehmen und ihn aufnehmen. Wir werden ihn im Präsidium des Landtages und auch im Kollegium der Fraktionsvorsitzenden besprechen. Dann werden wir sehen, ob wir so etwas machen können.

Das Wort hat Landeshauptmann Kompatscher.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Die Landesregierung nimmt wie folgt Stellung. Wir können dem Beschlussantrag in der vorgelegten Form nicht zustimmen. Es ist aber eine Tatsache, dass unsere Sportler gute Rahmenbedingungen brauchen, um trainieren zu können. Wir sind bestrebt - das ist eine grundsätzliche Bestrebung - auch in diesem Bereich Zuständigkeiten zu erhalten, um damit sicherzustellen, dass die Sportler weiterhin gute Rahmenbedingungen vorfinden. Wir wissen, dass auch dort gespart wird. Man kann im Rahmen der Verhandlungen der Übernahme von Zuständigkeiten durchaus versuchen, auch in diesem Bereich Dinge zu übernehmen, aber dem Beschlussantrag können wir in dieser Form nicht zustimmen.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Jetzt ist über vieles geredet worden, nur kaum über den beschließenden Teil des Beschlussantrages. Wir haben über Identitäten, über Fahnen gesprochen, wobei es schon klar ist, dass ein Beschlussantrag immer auch von jenen, die ihn schreiben, beseelt ist. Das ist bei den Grünen, bei den Freiheitlichen, bei der Volkspartei und bei uns sicherlich nicht anders.

Der Kern des Beschlussantrages ist ein ganz anderer. Hier geht es nicht darum, ob die Sportler die Fahne tragen sollen oder nicht oder ob sie sich als Italiener fühlen sollen oder nicht, sondern hier geht es um die Grundsatzfrage, ob das Land Südtirol den Südtiroler Spitzensportlern die Möglichkeit bieten sollte, alternativ auch in den Landesdienst aufgenommen zu werden. Das ist der Kern des Beschlussantrages.

Ich glaube, dass es schon wert ist, darüber vielleicht auch einmal unpolitisch zu diskutieren, denn hier gilt es auch die Frage zu stellen, welche Dienstleistungen beispielsweise Einheiten wie die Carabinieri zukünftig unseren Sportler noch bieten können. Wir wissen, dass beispielsweise - wir hatten erst gestern die Diskussion hier im

Landtag – die Carabinieri inzwischen von den Gemeinden Mieten übernehmen lassen müssen, weil sie diese nicht mehr bezahlen können. Wie soll langfristig so eine Sportinitiative dann noch gefördert werden? Deswegen sage ich noch einmal: Unser Beschlussantrag lautet primär, dass die Landesregierung beauftragt wird, Maßnahmen zu prüfen, um die Übernahme der Südtiroler Spitzensportler in den Landesdienst zu ermöglichen.

Nachdem einige Abgeordnete Probleme mit den einführenden Worten und vielleicht auch mit den Ausführungen hatten, was die nationalistischen Zwecke anbelangt, würde ich folgenden Vorschlag machen: Wir stimmen über die Prämissen und über die beiden Punkte des beschließenden Teils jeweils getrennt ab. Hier geht es uns vor allem um den Punkt 2, in dem die Landesregierung beauftragt wird, die Maßnahmen zu prüfen, damit Spitzensportler auch in den Landesdienst übernommen werden können. Das soll aber kein Zwang sein. Ich glaube, dass es irgendwo nicht nachvollziehbar ist, warum wir aus politischen Gründen den Spitzensportlern diese Möglichkeit verwehren sollten.

Kollege Mussner, Sie haben vorher gesagt, dass wir darauf hören sollten, was die Sportler sagen. Ich erinnere daran, dass Landeshauptmann Durnwalder vor ein paar Jahren diesen Vorschlag aufgebracht hat. Damals war es Ihre sprachliche Landsfrau, Frau Kostner, die gesagt hat - damals war sie noch amtierende Sportlerin -, dass es eine tolle Idee und sie sofort dafür sei. Ich glaube, dass es eine rein unpolitische Sache ist zu sagen, dass wir den Sportlern die Möglichkeit anbieten sollten, in den Landesdienst übernommen zu werden.

Ich werde die getrennte Abstimmung verlangen, damit dieser Beschlussantrag wieder auf den Kern dessen zurückgeführt werden kann, um den es hier eigentlich geht, denn es geht nicht um die Frage der Fahne oder um die Identität, sondern darum, ob wir den Südtiroler Spitzensportlern die Möglichkeit geben sollen, einen Eintritt in den Landesdienst anstreben zu können, anstatt den Dienst bei den Carabinieri oder wo auch immer anstreben zu müssen.

PRÄSIDENT: Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Beschlussantrag Nr. 27/13. Wir stimmen zunächst über die Prämissen ab: Ich eröffne die Abstimmung: mit 2 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 6 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Wir stimmen über Punkt 1 des beschließenden Teils des Beschlussantrages ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 9 Ja-Stimmen und 23 Nein-Stimmen abgelehnt.

Wir stimmen über Punkt 2 des beschließenden Teils ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 9 Ja-Stimmen und 22 Nein-Stimmen abgelehnt.

Punkt 12 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 30/14 vom 8.1.2014, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss, betreffend die Müllverbrennungsanlage: Mülleinfuhrverbot"**.

Punto 12) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 30/14 dell'8.1.2014, presentata dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss, concernente l'inceneritore: divieto d'importazione di rifiuti"**.

Nach dem endgültigen Verzicht auf den Bau einer Müllverbrennungsanlage durch das Trentino äußerte der neue Trentiner Umweltlandesrat den Wunsch nach einer engeren Zusammenarbeit zwischen Südtirol und dem Trentino in der Müllpolitik in Form der Entsorgung von Trentiner Müll in der Bozner Müllverbrennungsanlage. Der Trentiner Landeshauptmann Ugo Rossi bestätigte, dem Land Südtirol ein derartiges Angebot unterbreitet zu haben. Das Projekt sollte ab Mitte 2014 anlaufen, da die verfügbaren Mülldeponien im Trentino in absehbarer Zeit überfüllt sein werden.

Es sei jedoch daran erinnert, dass unser Landesgesetz die Einfuhr von landesfremdem Müll nach dem Verantwortungsprinzip nicht gestattet, wonach jede Provinz selbst den Müll zu entsorgen hat, den sie produziert. Dies äußert sich in der genannten Bestimmung und im Landes-Abfallwirtschaftsplan, der für die Müllaufbereitung streng ökologische Kriterien vorschreibt und Lösungen ablehnt, die anderswo zur Anwendung kommen (zum Beispiel im berüchtigten Fall von Brescia): Dabei wird versucht, den Müll zu Geld zu machen, indem auch mithilfe von eingeführtem Abfall so viel wie möglich verbrannt wird.

Außerdem war die Bestimmung, die die Einfuhr von Müll verbietet, das Ergebnis einer konkreten Absprache zwischen dem Land und der Gemeinde Bozen anlässlich der Definition des Landesplans: Die neue Müllverbrennungsanlage sollte auf dem Gebiet der Gemeinde Bozen entstehen, während das Land (gesetzlich) garantiert, dass die Anlage lediglich für die thermische Abfallbehandlung des

Südtiroler Mülls verwendet wird. Dieser Grundsatz ist angesichts allfälliger Forderungen nach Einfuhr von nicht in Südtirol produziertem Müll zur Verbrennung in Bozen zu verteidigen.

Synergien mit dem Trentino sind in diesem Bereich natürlich willkommen, aber nur, wenn dabei die Erfolgsmethoden der beiden Provinzen zusammengelegt werden. Eine Müllverbrennungsanlage gilt – auch nach den jüngsten europäischen Bestimmungen – jedoch nicht als Erfolgsmethode.

Erfolgsmethoden, im Rahmen derer Synergien mit dem benachbarten Trentino angestrebt werden können, sind hingegen die Mülltrennung in ihren zahlreichen Formen (und in dieser Hinsicht ist das Trentino unter zahlreichen Gesichtspunkten innovativer als Südtirol) oder die Abfallvermeidung über Lösungen zur Reduzierung von Verpackungsmaterial im Vorfeld. Gerade aus diesem Grund bedarf es auch landesübergreifender Vereinbarungen mit den Herstellern und Verkäufern von Waren: Zu diesem Zweck ist eine gemeinsame Aktion zweier Provinzen sicherlich effizienter als ein Alleingang. Aus diesen Gründen

bekräftigt

der Südtiroler Landtag

die seinerzeit getroffene und gesetzlich verankerte Entscheidung, landesfremden Müll weder einzuführen noch zu behandeln und

verpflichtet

die Landesregierung,

der Trentiner Landesregierung diese Entscheidung, landesfremden Müll in Südtirol weder einzuführen noch zu behandeln, umgehend mitzuteilen. Stattdessen soll der benachbarten Provinz jegliche Form der Synergie vorgeschlagen werden, um im Vorfeld die Müllproduktion zu verhindern und zu verringern, damit die Mülltrennung, das Recycling und die Wiederverwertung von Müll als Ressource immer effizienter wird.

Dopo che il Trentino ha definitivamente rinunciato alla costruzione di un proprio inceneritore, il nuovo assessore trentino all'ambiente ha auspicato "una maggiore integrazione tra Alto Adige e Trentino" per quanto riguarda la politica dei rifiuti che si concretizzerebbe nel trasferimento dei rifiuti trentini all'inceneritore di Bolzano. Il governatore trentino Ugo Rossi ha confermato di aver inviato a Bolzano una simile proposta. Il progetto dovrebbe partire a metà 2014, anche in considerazione dell'imminente esaurimento delle discariche disponibili in Trentino.

A questo proposito, va ricordato che la nostra legge provinciale vieta l'importazione di rifiuti da fuori provincia, secondo il principio di responsabilità per cui ogni territorio deve farsi carico dei rifiuti che produce. Ciò si è tradotto nella norma citata e nell'impianto del piano provinciale rifiuti, secondo il quale il trattamento dei rifiuti deve basarsi su criteri strettamente ecologici, rifiutando soluzioni adottate altrove (vedi il noto caso di Brescia) dove si cerca di "fare cassa" incenerendo più rifiuti possibili, anche importandoli.

Inoltre, la norma che vieta l'importazione di rifiuti fu anche il frutto di un preciso accordo tra la Provincia e il Comune di Bolzano ai tempi della formulazione del piano provinciale: il Comune si faceva carico di "ospitare" il nuovo inceneritore sul proprio territorio, ma in cambio la Provincia garantiva (e fissava per legge) che l'inceneritore sarebbe servito esclusivamente per "chiudere" il ciclo dei rifiuti altoatesini. Tale principio va difeso nei confronti di qualsiasi eventuale richiesta di trasferimento di rifiuti non altoatesini ad impianti del nostro territorio.

Le sinergie col Trentino anche in questo campo sono naturalmente benvenute, ma solo se consentono di mettere in comune le migliori pratiche di ciascuna provincia. L'incenerimento – anche secondo la più recente normativa europea – non può essere considerata una "migliore pratica".

Per migliori pratiche su cui ricercare sinergie coi vicini trentini possiamo invece considerare la raccolta differenziata e le sue diverse tecniche (su cui il Trentino per molti aspetti è più avanti della provincia di Bolzano), o la prevenzione della produzione dei rifiuti attraverso soluzioni che riducano a monte gli imballaggi, obiettivo questo per cui servono accordi anche sovra provinciali con chi opera nella produzione delle merci e la loro vendita: in questo campo l'azione congiunta di due Province può essere più efficace di una sola.

Tutto ciò considerato,

*il Consiglio della Provincia
autonoma di Bolzano
ribadisce*

*con forza la decisione presa a suo tempo e fissata in legge provinciale di non importare né trattare alcun tipo di rifiuto proveniente dall'esterno della provincia e
impegna*

la Giunta provinciale

a comunicare immediatamente alla giunta provinciale del Trentino questa decisione di non importare né trattare in Alto Adige alcun tipo di rifiuto dall'esterno, proponendo invece alla vicina provincia ogni possibile sinergia sia nell'azione per prevenire e ridurre a monte la produzione di rifiuti, sia per rendere sempre più efficace la raccolta differenziata, il riciclaggio e il riutilizzo del rifiuto considerato come risorsa.

Der Abgeordnete Dello Sbarba hat das Wort zur Erläuterung.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Grazie, presidente. Care colleghe e cari colleghi, questa mozione è nata nel momento in cui è stata diffusa la notizia che il presidente della Giunta provinciale del Trentino Ugo Rossi con l'assessore all'ambiente Mauro Gilmozzi hanno chiesto alla Provincia di Bolzano di poter smaltire, bruciare nel nostro inceneritore i rifiuti provenienti dalla provincia di Trento. In questo momento loro mandano i loro rifiuti credo in parte a Brescia, perché in Trentino servizi mi pare ci sia dentro la società dell'inceneritore di Brescia. Questo ha dato adito ad una discussione anche in provincia di Bolzano e io ritengo ed è nostra convinzione che tra i tanti errori fatti su quell'impianto ne sia stato fatto uno di progettazione che consiste nell'aver fatto un inceneritore che in questa momento si rivela sovradimensionato rispetto alle necessità. In Trentino quindi ci dicono che se abbiamo capacità in eccesso, prendete i nostri rifiuti, bruciateli e così si risolve il problema. Il fatto è che se c'è capacità in eccesso, ossia se il nostro inceneritore ha troppi pochi rifiuti da bruciare, questa è una virtù, non è un vizio né un problema. Semmai il problema è di chi lo ha progettato ed ha fatto le statistiche e le proiezioni dei rifiuti in provincia di Bolzano, che non ha messo nel conto la volontà e la disponibilità della popolazione a spingere sulla raccolta differenziata privando l'inceneritore di carburante. L'incenerimento, lo ripeto, non è una pratica virtuosa, la pratica virtuosa è riciclo, il recupero ecc. - questo non lo dico io ma le normative europee - e quindi noi dobbiamo essere solo contenti se fortunatamente abbiamo sempre meno rifiuti da bruciare. Poi che cosa se ne fa di quell'inceneritore costato 130 milioni di euro che si rivela sovradimensionato, questo è un altro paio di maniche, ma l'impianto non può giustificare la produzione artificiale di rifiuti. La nostra legge contiene tre principi. Il primo è quello per cui la politica dei rifiuti è una politica ambientale e non economica, noi quell'impianto non lo abbiamo costruito per guadagnarci, ma semmai per chiudere il ciclo dei rifiuti senza discariche. Il secondo principio è quello di responsabilità, per cui ogni territorio deve essere responsabile in proprio della chiusura del proprio ciclo di rifiuti, cioè deve essere in grado di smaltire, trattare, recuperare, riciclare con le tecniche che ogni territorio sceglie, ma ogni territorio è responsabile dei propri rifiuti. Il terzo principio è il divieto di importazione di rifiuti dall'esterno, quindi a prescindere dal fatto che sia stata una scelta corretta o scorretta, nella legge provinciale è previsto che il nostro inceneritore non possa bruciare rifiuti dall'esterno. Attenzione, qui c'è un punto da chiarire perché in Trentino a volte si parla di portare a Bolzano dei rifiuti e a volte si parla di portare combustibile da rifiuto, e queste sono due cose diverse, perché se per il rifiuto in quanto tale c'è un divieto di legge chiaro, per l'importazione nel nostro territorio, sul combustibile da rifiuto, cioè sul rifiuto un po' pretrattato e trasformato in combustibile derivante da rifiuto ci potrebbero essere dei margini per aggirare la nostra legge provinciale.

La domanda posta dai colleghi trentini non trova nella legge provinciale una risposta definitiva, noi dobbiamo chiarire questa cosa e la mozione ha l'obiettivo di chiarire questo punto. Sottolineo anche il fatto che il divieto di importazione, cioè il fatto che l'inceneritore avrebbe trattato solo rifiuti prodotti sul territorio in provincia di Bolzano, come accordo complessivo di distribuzione dei vari compiti, a Lana il compostaggio ed altrove altre funzioni nel ciclo dei rifiuti, faceva parte di un accordo complessivo che era stato trovato tra la Provincia e il Comune di Bolzano che doveva ospitare l'impianto e che ha accettato l'impianto solo in base a queste assicurazioni. Questo non significa che noi dobbiamo rifiutare una qualsiasi sinergia con i colleghi del trentino in merito alla questione dei rifiuti, anzi, però la sinergia va trovata sulle funzioni virtuose come ad esempio quella del riciclaggio. Ad esempio c'è un grossissimo problema che riguarda l'eliminazione a monte dei rifiuti, ad esempio degli imballaggi, la riduzione degli stessi, che ha bisogno di accordi quadro con i grandi distributori in cui è più facile fare questi tipi di

accordi con le due provincie insieme, ossia come Trentino-Alto Adige che non la sola provincia di Bolzano o il solo comune di Bolzano etc. Certamente con il Trentino ci sono grandi possibilità di sinergia solo sulle pratiche virtuose e non sulle pratiche 'viziose' come quello dell'incenerimento di rifiuti che sono risorse, che come si sa, più o meno inquinanti. So che mi verrà risposto che la legge dice già che c'è un divieto di importare rifiuti, poi mi si dirà anche che la Giunta provinciale forse ha già risposto e su questo sentiremo l'assessore competente al quale chiedo se la Giunta provinciale ha già preso provvedimenti su questo. Anche se così fosse, ossia se la giunta provinciale avesse risposto sostanzialmente ai trentini di continuare a portare i loro rifiuti a Brescia o in Veneto, io assessore riterrei ugualmente utile – ad esempio prima l'assessore Tommasini ha detto di essere d'accordo in merito alla mozione sulle scuole comuni, anche perché ad esempio questo a Firmian lo abbiamo già realizzato – un'espressione solenne del Consiglio provinciale. Credo sia una cosa molto più importante e di peso, anche nei confronti dei colleghi del Trentino, ribadire da una parte la volontà di mantenere nella nostra legge il divieto di importazione dei rifiuti in qualsiasi forma essi siano – perché una legge si può anche cambiare – e noi dobbiamo fare capire a tutti, anche ai cittadini della provincia di Bolzano tanto perché certe idee passino dalla testa di alcuni, che noi come Consiglio provinciale oggi – poi gli anni passano – non siamo disposti a modificare questa previsione che sta nella nostra legge, ossia il divieto di importazione dei rifiuti, e poi comunicare e dare incarico alla Giunta provinciale o comunque comunicare noi stessi come Consiglio provinciale ai colleghi trentini che la sinergia sul piano dell'incenerimento viene respinta, mentre viene accettata ogni possibile sinergia ed ogni possibile messa in comune di pratiche virtuose come la riduzione e il riciclaggio dei rifiuti. Questa è la sostanza della nostra mozione e spero si discuta su questo per fare chiarezza anche verso l'opinione pubblica. Spero che tutti i colleghi e le colleghe sentano anche la necessità di mettere un punto fermo anche su questo ed ho già visto polemiche giornalistiche in cui si dice perché non facciamo un po' di soldi con questo inceneritore, magari lo mettiamo a disposizione di altre province e così magari abbassiamo le tariffe del riciclaggio dei rifiuti. Queste sono pericolose argomentazioni populiste che stravolgerebbero la nostra politica dei rifiuti che è sempre stata una politica ambientale e mai economica volta a fare soldi sul business dei rifiuti.

BLAAS (Die Freiheitlichen): Ich möchte eines vorweg sagen. Wir Freiheitlichen sind ganz klar gegen den Mülltourismus und gegen die Geschäftsmacherei mit Müll und Abfall aus anderen Gegenden. Jeder produziert Müll, aber keiner will ihn dann haben, besonders nicht vor der Haustür.

Der vorliegende Beschlussantrag ist in seiner Kernaussage zwar gut gemeint, beinhaltet aber ein bisschen das Floriani-Prinzip, spricht nur über das Mülleinfuhrverbot und nicht über die Müllausfuhr und ein Verbot desselben. Laut Aussagen von Seiten der Landesumweltagentur will man die Biomüllanlage im Trentino mit nutzen. Dies bedeutet ein klares Ja zur Ausfuhr, aber bei der Einfuhr offensichtlich ein Nein. Fakt ist, dass wir nun einen überdimensionierten Müllverbrennungsofen haben, der nicht optimal ausgelastet ist und deshalb auch nicht richtig genutzt werden kann. Das bedeutet anteilmäßig einen Anstieg des Schadstoffausstoßes, weil der Verbrennungsofen nicht optimal auf Betriebstemperatur gehalten werden kann. Wir erinnern uns alle an einen klaren Fall in Baden-Württemberg, wo man den Müll verzweifelt in der Schweiz gesucht hat, oder an den neapolitanischen Müll, der in Deutschland sehr begehrt war, weil die Trennung nicht funktioniert hat und der Müll aus Neapel einen hohen Anteil aus Kunststoff hat und für den Betrieb der Anlage sehr gut geeignet war. Wir wollen diese Situation natürlich nicht, denn uns interessiert der Müll aus Neapel nicht.

Stefan Orfatto vom Eco Center sagt zwar, dass ein öffentlicher Betrieb nicht angehalten sei, Gewinne zu machen, das stimmt, aber ebenso stimmt es auch, dass eine öffentliche Einrichtung dafür Sorge zu tragen hat, dass die Belastungen finanzieller Natur für die Bürger so gering als möglich zu halten sind. Daher sollten wir die Kooperation mit dem Trentino suchen, welches in Sachen Abfallbewirtschaftung weiter fortgeschritten ist als Südtirol. Wir sollten offen sein und gemeinsame tragbare Lösungen suchen und auch finden. Danke!

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Hinsichtlich Mülltrennung ist in den letzten Monaten glücklicherweise auch in Bozen etwas geschehen. Man hat sich diesbezüglich wirklich Mühe gemacht, aber wir sehen, dass die Erziehung hinterher hinkt. Das Verantwortungsbewusstsein fehlt einfach, und das ist nicht nur irgendwo in den Außenbezirken der Fall, wo man sagen kann, dass es vielleicht Leute bzw. Pendler sind, die den Müll in Bozen irgendwo ablegen, sondern auch im Stadtzentrum sieht man überall noch wild abgelegten Müll. Es fehlen die Erziehung und das Verantwortungsgefühl des Einzelnen, sodass diesbezüglich noch mehr zu tun ist. Dass man aber die Familien nicht zwingen kann, etwas zu tun, ist sehr schade. Das kann man nicht, denn diesen Zwang kann man nicht ausüben, aber es sollte so viel Verantwortungsgefühl für das Gesamte vorhanden sein, um zu verstehen, dass jeder Einzelne davon betroffen ist.

Was diesen unglückseligen Müllverbrennungsofen anbelangt, gegen dessen Maße oder Übermaße jahrelang ein Kampf geführt worden ist, ... Die Leute haben nicht geglaubt, also die Politik hat wahrscheinlich auch zu wenig hingehört. Es waren nicht nur Populisten am Werk, vielleicht auch einige, sondern Techniker und Fachleute haben davor gewarnt und gesagt, dass er überdimensioniert sei und Bozen diesen nicht bräuchte. Hier wird ein Prinzip ganz klar angefügt und auch das Landesgesetz genannt, das die Einfuhr von landesfremden Müll nach dem Verantwortungsprinzip nicht gestattet. Ich bin der Meinung, dass dies in Ordnung ist.

Der Stellungnahme von Walter Blaas kann ich aber auch etwas abgewinnen. Er hat gesagt, dass die Politik den Müllverbrennungsofen so gewollt hätte und wenn man ihn nicht nütze, dies ein Mehr an Schadstoffausstoß bedeute. Ich möchte die Landesregierung fragen, ob sie sich damit befasst hat und ob es stimmt, was die Techniker dazu sagen. Wenn dies der Fall ist, dann muss man versuchen, Schaden zu vermeiden, und es ist eine Frage des Hausverständes, dass man eine Lösung anstrebt, bei der es so wenig Schaden als möglich geben soll. Ich meine jetzt den Gesundheitsschaden und nicht den wirtschaftlichen Schaden, obwohl für diesen auch, leider Gottes, das Land und der Steuerzahler aufzukommen hat.

Wer wird darauf antworten? Ich muss mich immer noch orientieren, Herr Landesrat Theiner, denn ich sehe Sie immer noch im Gesundheitsassessorat. Das hat aber auch damit zu tun. Vielleicht können Sie uns sagen, was technisch Sache ist. Wenn dieser Einwand stimmt, dann ist auch die Ausrichtung des Beschlussantrages in einem anderen Licht zu sehen. So wie Ihr ihn dargelegt und geschrieben habt, würde ich ihn sofort unterstützen. Wenn es stimmt, was Walter Blaas sagt, nämlich dass die Nicht-Vollnutzung einen größeren Schadstoffausstoß bedeute, dann muss man das Ganze überdenken. Wir haben es nicht so gewollt, Ihr habt es nicht so gewollt und viele haben es nicht so gewollt, aber die Entscheidung ist so getroffen worden. Der Müllverbrennungsofen ist in Betrieb, wobei man sagen muss, dass man größeren Schaden abwenden sollte.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Io proponevo una piccola integrazione alla mozione che il collega Riccardo Dello Sbarba ha già citato inizialmente. Volevo estendere il cosiddetto concetto di rifiuto anche ai CSS (Combustibili Solidi Secondari) che sono un prodotto derivato dai rifiuti. Il decreto legge del 14.2.2013 ha fissato alcuni criteri affinché certe categorie di questi CSS possano essere considerati non più come rifiuti. Per dare maggiore valenza a questa mozione che ovviamente valuto positiva, vorrei che il concetto di rifiuto fosse esteso anche a questi combustibili solidi secondari, se Riccardo Dello Sbarba è d'accordo con questo emendamento.

ARTIOLI (Team Autonomie): Appoggio totalmente la mozione presentata dal collega Dello Sbarba, anche se ribadisco che purtroppo in zona industriale c'è una patina giallina che, se ad esempio parcheggiate lì per un giorno una macchina di colore bianco, avrete modo di verificare che cosa 'viene fuori' da questo inceneritore. E' veramente pericoloso e purtroppo non sta funzionando, ha avuto tre guasti e adesso è stato fermato. Piuttosto, visto che il sistema di raccolta rifiuti nel territorio di Bolzano non sta funzionando, perché anche se nelle campagne di Bolzano sono aumentate le tonnellate di plastica, è anche vero che è il doppio più sporca di prima.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): *(interrompe)*

ARTIOLI (Team Autonomie): Mi faccia finire con l'assessore, consigliere Dello Sbarba, perché se no poi non mi ascolta.

PRÄSIDENT: Ich bitte um etwas Ruhe. Dankeschön.

ARTIOLI (Team Autonomie): Nelle campagne di Bolzano per la raccolta della plastica abbiamo aumentato le tonnellate, ma non raccogliamo plastica pulita e adesso dobbiamo pagare un'altra azienda che pulisce la plastica, in quanto quella contenuta nelle campagne è tutta sporca, ed allora non abbiamo ottenuto praticamente nulla. A questo punto visto che l'inceneritore va alimentato da immondizia, cerchiamo di prendere l'immondizia locale e di riempirlo soprattutto non con immondizia tossica. Quando ho letto che volete prendere i rifiuti industriali e buttarli nell'inceneritore mi sono venuti i capelli dritti. Oltretutto si sta verificando che le aziende in zona industriale hanno rilevato un aumento delle malattie respiratorie, ci sono sempre più tosse strane che stanno colpendo il personale che lavora in zona industriale, tanto che gli imprenditori si sono incontrati e stanno pensando di pagare in proprio un controllo per capire quello che sta succedendo. Parlandosi hanno capito che tutto il personale si sta ammalandando più spesso e sempre con patologie inerenti le vie respiratorie. Oltretutto, lo ripeto, basta parcheggiare

l'auto in zona industriale per qualche giorno e vi accorgerete passando un dito sopra l'auto – fate la prova – che c'è un pulviscolo, una patina piccola e gialla. Sicuramente non essendo un tecnico io non sono in grado di capire esattamente, ma sono una mamma e una persona che ragiona e per questo dico che c'è qualcosa che assolutamente non sta funzionando. Per questo motivo io non sono d'accordo di portare ulteriore immondizia anche dal Trentino quando noi già ne abbiamo tantissima e la città di Bolzano è stata rovinata in quanto ormai troviamo immondizia dappertutto. Oggi su Facebook una persona ha postato che a Merano c'è lo stesso disastro - quindi il problema non è solo di Bolzano ma anche di Merano - in quanto si è trovata venti pannolini buttati fuori da casa sua. Questo accade perché le persone non riescono a capire esattamente dove devono mettere alcuni rifiuti e la gente pensa che tanto poi va buttato tutto nell'inceneritore, e così si semplificano la vita. In Austria, 'unser Vaterland', puoi lasciare tutto sotto casa tanto una volta al mese passa gratuitamente un camion a raccogliere tutto e quella notte tu puoi scegliere se magari hai bisogno di quel pezzo che magari il tuo vicino di casa ha deciso di buttare via, e noi non diamo neppure questa possibilità. Ci sono tantissime persone anziane che non sanno più come differenziare le immondizie e sono senza macchina perché non ce l'hanno! A Egna hanno tolto tutto in quanto hanno dei ratti grandi così e ora devono andare tutti con la macchina alla discarica. Ora c'è una società di volontari che si reca dalle persone anziane per prendere l'immondizia! Rasentiamo la follia e poi andiamo a prendere le immondizie di Trento?

URZI (L'Alto Adige nel cuore): Un po' di imbarazzo c'è nell'affrontare l'argomento, in quanto tutto il complesso sistema dello smaltimento dei rifiuti urbani è stato affrontato in maniera disordinata. L'ultimo episodio di questa lunga telenovela è l'avvio della riforma della raccolta differenziata nella città di Bolzano che – ed è sotto gli occhi di tutti – è stato un fallimento devastante in quanto sostanzialmente non ha potenziato la qualità, nonché l'ammontare del rifiuto differenziato. Se ne è raccolto di più in quanto ogni singola campana si è riempita di più, ma non è che in ogni singola campana oggi si trova il rifiuto migliore che serve poi per un effettivo riciclo. Questo per i cittadini del capoluogo ha comportato un costo spropositato e ora si trovano ad affrontare il peso del mantenimento sul proprio territorio anche dell'impianto di termovalorizzazione. Sappiamo come i problemi legati alla raccolta differenziata abbiano prodotto quello che abbiamo tutti sotto gli occhi, ossia una città sporca nella quale si trova l'occasione di lasciare il 'sacchetto' ovunque, in maniera disordinata, senza quindi favorire quella raccolta differenziata che invece doveva essere nell'obiettivo dell'amministrazione provinciale. Ci troviamo poi di fronte all'ammissione da parte dell'amministrazione comunale di Bolzano, con l'assessore dei Verdi, che è stata autrice di questo ingegnoso sistema di raccolta differenziata, che dice: 'abbiamo un sistema, prendiamo tutta la plastica e la buttiamo nell'inceneritore'. Ci si domanda che tipo di raziocinio c'era dietro questa operazione così complessa se si è ottenuto un disagio su più fronti: l'aumento sostanzialmente della tassazione sui cittadini, differenziata sporca, complicazioni sul piano organizzativo, sporcizia della città. Sui principi indicati dalla mozione sono d'accordo, sul fatto che si debba garantire un uso dell'inceneritore, termovalorizzatore che sia, legato al fabbisogno locale, ma il problema è che è stata costruita 'una cattedrale nel deserto' perché quel termovalorizzatore è veramente eccezionalmente più grande rispetto al fabbisogno, soprattutto dopo l'avvio di questi processi che solo in linea teorica hanno ridotto il numero di rifiuto da incenerire, tanto che l'amministrazione comunale corre ai ripari dicendo che, per alimentare l'inceneritore portiamoci anche la plastica, così abbiamo risolto il problema e ci risparmiiamo il costo di differenziare il differenziato. Ecco il pasticcio ed il corto circuito che si è innescato e su questo bisogna essere molto chiari per indicare quale tipo di prospettiva indicare per la provincia di Bolzano, ma anche per l'utilizzo in economicità del termovalorizzatore. Pensiamo che è stato realizzato non solo per incenerire e distruggere, ma anche per creare elettricità, quindi l'inceneritore produrrà e il suo mantenimento sarà redditizio solo se quell'impianto sarà in grado di generare tanta elettricità da compensare i costi, non solo di realizzazione ma anche di manutenzione. Questo è il corto circuito per cui qui nessuno ha il coraggio di dire che l'importazione di immondizia da fuori è necessaria in quanto altrimenti va in crisi il sistema che è stato voluto dalle amministrazioni di sinistra, SVP e Verdi, scusatemi! Allora ragazzi e ragazze, signori, mettiamoci d'accordo su che cosa si vuole, se vogliamo ridurre o se vogliamo potenziare. Se vogliamo rendere economica questo tipo di cattedrale ricordiamoci che - in linea teorica perché questo canale ancora non funziona - il termovalorizzatore è anche un produttore di calore, ed allora bisogna alimentarlo, bisogna farlo funzionare. Come lo facciamo funzionare senza rifiuti? Io non so darvi una risposta, me la diano coloro che hanno pensato questa grande trovata, questa grande impresa, questa enorme cattedrale che adesso non ha l'alimentazione per poter funzionare. Grazie.

SCHIEFER (SVP): Ich glaube, dass es für alle müßig ist, über den Verbrennungsofen zu reden dahingehend, was er gekostet hat und darüber, dass er zu groß ist. Der Verbrennungsofen ist da, teilweise muss man

sagen, leider, auch im Interesse der Gemeinden. Die Gemeinden haben sich die ganzen Jahre her immer beklagt, dass er zu groß und vor allem zu teuer sei, weil die Gemeinden und die Bürger den Großteil der Kosten des Verbrennungsofens zurückzahlen müssten. Wir müssen jetzt schauen, wie wir, erstens, mit dem Verbrennungsofen zurecht kommen, dass man, zweitens, die Energie, die daraus entsteht, optimal nutzen kann, und dass man ihn, drittens, nicht mit Gewalt füllt und man auf alle Fälle schaut, ihn so zu nutzen, dass die Kosten halbwegs vertretbar sind.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auf etwas anderes hinweisen, und zwar auf die Xela in Kurtatsch. Diesbezüglich sind wir ziemlich allein gelassen worden. Man weiß, dass der Gift- und Sondermüll nicht nur von Südtirol und auch nicht nur vom Trentino, sondern von ganz Italien zusammengeführt wurde, und zwar aufgrund des italienischen Gesetzes, mit dem nicht nur der Müll, in dem Fall der Giftmüll und Sondermüll, auf Südtirol beschränkt werden muss, sondern aus ganz Italien importiert werden darf. Wir haben in Kurtatsch und im Unterland dieses Schlamassel mit der Xela gehabt, die im Moment geschlossen ist, aber ich würde mir in Zukunft, sollte diese giftige Stinkfabrik wieder geöffnet werden, von diesem Hause hier und auch von den Grünen noch mehr Unterstützung erwarten.

Was im Übrigen den Verbrennungsofen und die Kooperation mit dem Trentino betrifft, möchte ich nur darauf hinweisen, dass es manchmal auch von Vorteil sein könnte, wenn wir auf diesem Gebiet mit dem Trentino eine Kooperation, ein Kooperationsmodell anstreben würden. Wir dürfen nicht vergessen, dass an der Grenze südlich von Salurn auch die Biomüllvergärungsanlage gebaut wurde und die nächste in Lana geplant ist. Es könnte morgen von Interesse sein, den Biomüll vom Unterland, um vielleicht Kosten und Wege zu sparen, im Trentino zu entsorgen. Das sind Kooperationsmodelle, die man sicher anstreben sollte. Ich glaube, dass dies auch im Assessorat schon angedacht wurde. Deswegen ersuche ich den Landesrat um seine Stellungnahme. Danke!

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Meine Kollegen, die in der letzten Legislatur im Landtag saßen, haben mich daran erinnert, dass der Einsatz der Grünen in Sachen Xela immer schon groß war, dass verschiedene Anfragen gestellt worden sind und die Antworten immer recht ausweichend waren. Die Unterstützung müsste man sich diesbezüglich nicht nur von den Grünen, sondern auch aus anderen Reihen holen.

Volevo solo brevemente aggiungere una precisazione in merito a quanto detto dal consigliere Alessandro Urzì. Quando ero consigliera comunale a Bolzano, reduce da un dibattito durato diciassette ore in merito al bidoncino e all'introduzione del nuovo sistema di raccolta differenziata, ho provato un po' di nostalgia quando è stato toccato l'argomento. Il collega ha ragione nel senso che tutto il ciclo dei rifiuti sembra abbia due ruote, delle quali una va sempre in una direzione e l'altra nella direzione opposta. Da una parte si è cercato di diminuire il residuo, dall'altra si è costruito un forno troppo grande che ora produce troppa energia per la quale non si ha il teleriscaldamento. Ricordo a tutti quelli che credono che il teleriscaldamento sarà una cosa veloce, che non sarà così, in quanto per costruirlo ci vorranno dai 7 ai 10-12 anni e per tutto il periodo si perde il calore ed i soldi collegati ad esso, si crea CO₂ in più perché comunque i caloriferi della città continuano a funzionare a gasolio. È tutto partito storto dall'inizio e qualsiasi azione volta a rendere più virtuoso il comportamento delle cittadine e dei cittadini in fatto di rifiuti, in fondo è già vanificato a priori. Anche per quanto riguarda questa prospettiva di cooperazione con il Trentino, trovo che il termine 'cooperazione' un po' ardito...

ABGEORDNETER: *(unterbricht)*

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Una cooperazione per importare rifiuti? Siamo attenti su questo, perché quello che si fa alla fine non è propriamente una cooperazione. Voglio dire che il discorso è 'parlato' da tutti i punti di vista, e secondo me l'unica cosa che c'è da fare non è mettere a questa vicenda una pezza dopo l'altra – ed è per questo motivo che abbiamo presentato un'interrogazione in merito al piano gestione rifiuti – ma bisogna iniziare a pensare a modelli completamente nuovi, altrimenti noi continuiamo a mettere delle pezze ogni volta che vediamo o che mancano i rifiuti, oppure che i rifiuti che riusciamo a produrre in loco non bastano. Alla fine dovremmo produrre più rifiuti, una cosa che tutti sappiamo, che però non va bene. Spero quindi in un ripensamento con modelli completamente nuovi. Grazie.

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Eines vorweg. Riccardo Dello Sbarba hat es auch ausgeführt. Unser Landesgesetz verbietet den Export und Import von Müll. Nachdem die gesetzliche Grundlage fehlt, kann ein Ansuchen von anderen Provinzen oder Regionen nicht angenommen werden. In dem Sinne habe ich auch das Ansuchen beantwortet.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf das eingehen, was in den vergangenen Wochen im Zusammenhang mit der Müllverbrennungsanlage in Bozen verbreitet wurde. Vieles von dem, was geschrieben und berichtet wurde, entspricht der Wahrheit, vieles aber überhaupt nicht. Ich habe mich, auch in Anbetracht der Tatsache, dass wir heute darüber sprechen, entschlossen, vor der offiziellen Inbetriebnahme der Müllverbrennungsanlage den gesamten Landtag zu einer Besichtigung vor Ort einzuladen, wo die Techniker entsprechende Auskünfte geben werden. Im Laufe des Monats April werden alle dazu eingeladen werden.

Ich möchte aber eines vorweg sagen, ohne den dafür zuständigen Technikern vorgreifen zu wollen. Was die Qualität anbelangt, kann ich Ihnen versichern, dass alles unternommen wurde, damit diese stimmt, unabhängig von der Müllmenge, die angeliefert wird. Es stimmt nicht, dass die Tatsache, dass wir weniger angeliefert bekommen, entsprechende Auswirkungen hat, was die Luftqualität anbelangt, sondern wenschon ist es ein ökonomisches Problem, aber auch diesbezüglich liegen alle Zahlen auf dem Tisch. Es ist, glaube ich, am besten, wenn wir uns dies vor Ort ansehen, uns eingehend mit der Thematik beschäftigen und nicht versuchen, das Thema in fünf Minuten abzutun. Wir werden im Rahmen der nächsten Sitzungssession den Termin für die Besichtigung der Anlage vereinbaren. Ich würde vorschlagen, dass wir diese im Laufe des Monats April machen, denn Ende April ist die offizielle Inbetriebnahme geplant. Ich möchte aber auf alle Fälle, dass der Landtag vorher die Gelegenheit hat, diesen nicht nur zu besichtigen, sondern auf alle Fragen technischer Natur eine Antwort zu bekommen.

Nachdem wir das Ansuchen der Nachbarprovinz abgelehnt haben, erübrigt sich gewissermaßen der Beschlussantrag, weil die Landesregierung gar nicht anders kann. Wir haben ein eindeutiges Landesgesetz und diesem haben wir auch entsprochen. Deshalb ist der Beschlussantrag aus unserer Sicht abzulehnen.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Grazie, presidente. Come ha detto giustamente la collega Foppa, la vicenda inceneritore è sbagliata sin dall'inizio. Vorrei però precisare quale è stato l'inizio - perché noi l'abbiamo seguita passo per passo - ossia che è stata una scelta del piano rifiuti fatta dalla Giunta provinciale negli anni novanta. Questo piano rifiuti si basava su di una serie di proiezioni di aumento della quantità di rifiuti, che poi si sono rivelate sbagliate - ripeto che il piano risale agli anni novanta e la collega Klotz credo si possa ricordare meglio di noi - ed era un piano di attuazione del LEROP - piano di coordinamento ecc. ecc. - che non è mai passato in Consiglio provinciale, nonostante per esempio le nostre colleghe Christina Kury e Alessandra Zendron avessero fatto numerose mozioni e numerosi interventi molto critici su quel piano. Collega Urzi, in quel piano era previsto l'inceneritore a Bolzano, ci fu una trattativa, ma Bolzano fu messa di fronte alla scelta della Giunta provinciale che avrebbe costruito un inceneritore centrale, che l'avrebbe costruito sul territorio del comune di Bolzano, che avrebbe dichiarato l'area di interesse provinciale, e quindi il Comune si è trovato abbastanza con le spalle al muro a dover, come dire, 'trattare'. Certo se in quel momento il Comune avesse puntato i piedi e fosse andato sulle barricate... c'è stato l'errore anche da parte di chi tra i Verdi stava in Consiglio comunale, questo lo devo dire apertamente. Naturalmente noi eravamo una piccola parte di quel Consiglio comunale, la maggioranza era ovviamente della Volkspartei e dell'allora PD che non ricordo come si chiamasse, forse ancora Partito Comunista, poi c'erano i socialisti ecc. ecc.. Credo che avrebbe fatto bene a tutta la provincia se il Comune di Bolzano avesse puntato i piedi e avesse chiesto una discussione molto più approfondita sulle scelte di quel piano rifiuti. Una volta accettata la trattativa su quel piano rifiuti, l'unica cosa che oggi resta al Comune di Bolzano è fare una battaglia per togliere il carburante all'inceneritore, ossia fare una raccolta differenziata, la più spinta possibile, in modo tale che l'inceneritore diventi superfluo, e poi chi ci ha speso centotrenta milioni ci dovrà dire che cosa vuole fare dell'inceneritore. Guardate che questo non è contro il piano rifiuti perché il piano rifiuti è un po' 'schizofrenico' come tutti questi piani, perché da una parte dice che bisogna spingere sulla differenziata e dall'altra sceglie di fare l'inceneritore sovradimensionato. Sta di fatto che nell'ultimo anno la raccolta differenziata nel Comune di Bolzano è passata dal 47% al 67%, con un salto del 20%. Tutto bene in questo salto? Certamente no! E' stato un salto improvviso - devo dire che i Verdi in Comune di Bolzano hanno sempre spinto su questo e su questo sono sempre stati ostacolati specialmente dai colleghi della Volkspartei di Bolzano, e questo mi dispiace anche dirlo - e passare di colpo in due mesi - era il fanalino di coda, la provincia di Bolzano era la vergogna e ne abbiamo parlato tante volte - da un 47% al 67% comporta dei problemi in quanto a volte tutto questo riciclaggio non è puro, come dice la collega Elena Artioli, però il problema è partire da questo risultato e non dire che questo risultato è stato sbagliato. Adesso bisogna fare un'opera di educazione e di verifica. Io credo che certi dati siano stati esagerati perché c'è ancora qualcuno che in realtà è contro la raccolta differenziata, questo è il problema, non è contro la raccolta differenziata, limitata e sbagliata! Se Bolzano ha fatto questo saldo significa che prima parecchie persone erano contro la raccolta differenziata e non avevano la coscienza che bisogna avere, anche di forze politiche, ed allora bisogna migliorare questa raccolta differenziata: questo ovviamente è l'obiettivo. Collega

Schiefer, assessore Theiner e presidente Kompatscher, per quanto concerne le sinergie, negli anni novanta a Bolzano sono state bruciate cinquantamila tonnellate di rifiuti trentini – quelle balle verdi che si accumulavano lì dall'altra parte del coso – e in questo senso ci sono ancora colloqui sul recupero di quel debito, e c'è il discorso di Cadino. Tutto questo è nella storia, ma io credo che vada molto ben chiarita a tutti - all'opinione pubblica ed anche qui al collega Blaas - una cosa, che la legge sui rifiuti non verrà modificata da questo Consiglio provinciale nel senso cioè per poter in qualche modo, direttamente o indirettamente, sotto sotto o apertamente, importare rifiuti. Questo mi pare, anche sentendo il dibattito, perché tutti sono contro l'inceneritore ecc., ma poi c'è sempre un ma, adesso che c'è, allora usiamolo fino in fondo. Per togliere questo tipo di ipotesi credo che sia abbastanza necessario che questa mozione venga votata. Accetto l'emendamento di Paul Köllenspergher e vi invito, colleghi della Volkspartei, a votare la mozione, perché sarebbe ridicolo che voi votiate contro una mozione così, visto che l'assessore ha detto che avete già risposto. Rispondiamo anche noi come Consiglio provinciale!

ABGEORDNETE: (*unterbrechen*)

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): A questo punto vi invito ad astenermi, a votare solo la parte deliberativa lasciando perdere le premesse. Però credo che un segnale, anche come Consiglio provinciale, vada dato, e non è un segnale in contraddizione con la volontà della Giunta, e quindi penso che questa mozione possa trovare la maggioranza in questo Consiglio.

PRÄSIDENT: Ich bitte den Kollegen Köllensperger, den Änderungsantrag offiziell einzubringen. Kollege Dello Sbarba hat in seiner Replik dessen Annahme bestätigt.

Der Abgeordnete Köllensperger hat das Wort, bitte.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Der Änderungsantrag sieht Folgendes vor: Im verpflichtenden Teil werden nach den Worten "rifiuto dall'estero" die Worte "compresi tutti i prodotti derivati dai rifiuti, tra cui i combustibili solidi secondari (CSS)" eingefügt.

PRÄSIDENT: Der Änderungsantrag wird jetzt an alle verteilt.

Ich verlese den deutschen Text des Änderungsantrages: Im verpflichtenden Teil wird nach den Worten "landesfremden Müll" folgender Wortlaut eingefügt ", einschließlich aller Erzeugnisse aus Müll, darunter die Ersatzbrennstoffe".

Der Abgeordnete Dello Sbarba hat ersucht, dass über den Beschlussantrag getrennt abgestimmt wird.

Wir stimmen über die Prämissen des Beschlussantrages Nr. 30/14 ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 7 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 7 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Wir stimmen über den so abgeänderten beschließenden Teil des Beschlussantrages Nr. 30/14 ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 7 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 7 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Der Beschlussantrag Nr. 30/14 ist somit abgelehnt.

Ich erinnere daran, dass die Sitzung vorzeitig geschlossen wird, damit uns der Landeshauptmann den Landeshaushalt vorstellen kann. Danach wird eine Sitzung des Kollegiums der Fraktionsvorsitzenden stattfinden.

Vor Beendigung der heutigen Sitzung teile ich Ihnen noch mit, dass gegen das Protokoll der letzten Landtagssitzung, welches zu Beginn der heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt wurde, während der laufenden Sitzung keine schriftlichen Einwände vorgebracht wurden und dass dasselbe deshalb im Sinne von Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung als genehmigt gilt.

Nachdem es 16.59 Uhr ist, schließe ich die Sitzung.

Ore 16.59 Uhr

Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:

ACHAMMER (29)

AMHOF (27)

ARTIOLI (26, 43, 49)

BLAAS (48)

DELLO SBARBA (4, 12, 28, 44, 47, 52)

FOPPA (22, 31, 32, 38, 51)

HEISS (11)

KLOTZ (14, 26, 41, 48)

KNOLL (4, 23, 33, 35, 38, 44)

KÖLLENSPERGER (11, 29, 49, 53)

KOMPATSCHER (15, 43, 44)

LEITNER (9, 18, 27, 39)

MAIR (42)

MUSSNER (39)

PÖDER (7, 17)

RENZLER (12)

SCHIEFER (50)

STEGER (13, 19, 20, 28, 38, 43)

STIRNER (25)

THEINER (51)

TOMMASINI (31)

URZÌ (13, 19, 24, 37, 40, 50)